

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
 Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgezeigte Kolonnenzeile oder deren Raum 60 Pf. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Berührungsaussagen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gebaute Wort 20 Pf. (zweiwöchige 2 fettegedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeld und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Wort über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 6. September 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ein wichtiger Tag für Berlin.

Das Berliner Stadtparlament, das sonst nicht gerade das leidenschaftliche Interesse der Miesenstadt auf sich zu ziehen weiß, hatte gestern seinen großen Tag. Herr Bermuth, der neue Oberbürgermeister, wurde eingeführt und hielt seine Eröffnungsrede. Und auf der Tagesordnung stand die Frage, die heute die Massen im ganzen Reich auf die tiefste erregt: die Teuerung.

Bermuths Rede wirkt sympathisch und ist an Verheißungen nicht arm. In die Spitze seiner Ausführungen stellte der neue Herr das Versprechen, das kostbare Gut der Selbstverwaltung nicht schmälern zu lassen. Es ist wenig genug, was den preussischen Städten und der Reichshauptstadt an Selbstverwaltung geblieben ist, selbst in dem beschränkten Sinne, in dem man dort von Selbstverwaltung reden kann, wo ein empörendes Klassenwahlrecht sie von vornherein für die große Mehrzahl verkürzt. Aber immerhin: gegenüber den nie aufhörenden Bedrohungen der städtischen Autonomie ist ständige Wachsamkeit dringend notwendig und wir wollen nur hoffen, daß Herr Bermuth stets die nötige Energie und Unbeugsamkeit finden wird, um Berlin Rechte zu wahren.

Aber die gleiche Energie wird notwendig sein, wenn eine wirklich moderne Verwaltung und großzügige Kommunalpolitik die vielen Sünden und Verschümpfungen des Kommunalrechts gut machen soll. Herr Bermuth hat die wichtigen Probleme der Wohnungsfrage und der Versorgung der Stadt mit Elektrizität erwähnt und gerade auf diesen Gebieten hat der Freisinn bisher vollkommen versagt. Wird Herr Bermuth solche Widerstände zu überwinden wissen? Wir Sozialdemokraten werden gewiß nichts unversucht lassen, um hier auch in Zukunft vorwärts zu drängen. Hoffentlich wird die Arbeit, die Herr Bermuth in Angriff zu nehmen verspricht, von der Art sein, daß wir, die Vertreter der überwältigenden Majorität der Miesenstadt, sie unterstützen können. Die Zukunft wird es ja zeigen.

Indem Herr Bermuth die Wichtigkeit einer Neuregelung der Nahrungsmittelversorgung Berlins nachdrücklich betonte, lenkte er die Aufmerksamkeit auf die augenblicklich dringendste Aufgabe der Gemeindeverwaltung. Die Frage wurde auch als erster Punkt der Tagesordnung behandelt. Die sozialdemokratische Fraktion hatte die Frage in Fluß gebracht, indem sie am 28. August den folgenden Antrag gestellt hatte:

Die Versammlung erucht den Magistrat, zur Abwehr der sich stetig steigenden Nahrungsmittelsteuerung, welche Gesundheit und Leben der Bevölkerung Berlins auf das Ärgste bedroht,

1. an den Bundesrat und Reichstag eine Eingabe zu richten, in der unter Darlegung der herrschenden Notlage gebietet wird die sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, der Grenzsperrung für die Einfuhr von Schlachtvieh, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der Einfuhrsperre;
2. städtische Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu schaffen und die vorhandenen auszubauen.

Die bürgerlichen Fraktionen haben dann am 30. August folgenden Antrag Cassel-Rörte-Rosenow eingebracht:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen, schleunigst die gemischte Deputation zur Beratung von Maßregeln zur Milderung der bestehenden Fleischsteuerung einzuberufen zwecks Vorberatung über die angelegten der dauernd steigenden Verteuerung des Fleisches und der sonstigen Lebensmittel durch dringende Vorstellungen bei den zuständigen Instanzen und anderweitig zu treffende Maßnahmen. — Der Magistrat wird ferner erucht, die Sitzungen der Deputation zu beschleunigen und baldigst der Versammlung entsprechende Vorlagen zur Beschlußfassung zu übermitteln.

Die Debatte war eine einmütige Verurteilung der agrarischen Raub- und Aushungerungspolitik, sowie der probozierenden Untätigkeit der Regierung. Als Vertreter der Sozialdemokraten sprach Genosse Wurm. Der erste Teil seiner Rede war eine scharfe und wirksame Abrechnung mit der Zollwucherpolitik. Mit besonderem Nachdruck hob unser Redner hervor, daß zur Linderung der Fleischnot nur vorübergehende Maßnahmen, wozu auch eine zeitweilige Erleichterung der Einfuhr von Gefrierfleisch gehören würde, gänzlich unzureichend wären. Dauernde Maßregeln seien zu treffen, soll wirkliche Abhilfe und nicht nur Forderung eines unreellen Zwischenhandels erzielt werden. Dann wies Wurm im zweiten Teil seiner Aus-

führungen in interessanter und treffender Weise auf die Pflicht der Kommunen hin. Der Freihandel allein sei ungenügend, die verteuernenden Wirkungen des Zwischenhandels und der Ringbildung aufzuheben. Das Prinzip der freien Konkurrenz verjage da vollkommen. Hier könne nur der Kommunalsozialismus Abhilfe schaffen. Mit der Aufzählung der nächsten und dringendsten Maßnahmen und der Aufforderung, den Kampf gegen die Agrarierherrschaft mit aller Schärfe fortzuführen, schloß unser Redner.

Die liberalen Stadtverordneten Cassel, Rommsen und Rosenow stimmten in ihrer Kritik der herrschenden Wirtschaftspolitik unserem Redner im wesentlichen zu. Soweit es sich aber um die eigenen Maßnahmen der Gemeinde handelt, zeigten sie eine außerordentliche Zurückhaltung, die der Bevölkerung nicht viel gutes verheißend würde, wenn es bloß auf die Herren und ihre Bereitwilligkeit allein ankäme. Denn diese Vertreter der ersten und zweiten Klasse sprechen nur allzu leicht zurück, wenn es gilt, Maßnahmen zu treffen, die zwar im Interesse der überwältigenden Majorität der Berliner Bevölkerung liegen, aber manchen einflussreichen Wähler vielleicht verletzen könnten.

Auch Herr Bürgermeister Reide versprach zwar im Namen des Magistrats alle Anregungen sorgsam erwägen zu wollen, zeigte sich aber im übrigen auch reservierter als wünschenswert gemein wäre. Die Herren von der Verwaltung sollen nur etwas mehr Mut fassen. Es wird schon gehen, ja es muß gehen. Denn die Herren haben hier eine unerlässliche Pflicht gegen ihre Auftraggeber, die Berliner Bevölkerung, zu erfüllen. Und das kann ihnen ja diesmal um so leichter fallen, als sie damit zugleich Gelegenheit haben, sich als loyale Bürger zu erweisen. Hat doch ein Erlaß der preussischen Regierung ausdrücklich den Kommunen ihre Pflicht eingeschärft, für die Beschaffung von Nahrungsmitteln zu sorgen.

Die Debatte endete mit der Ueberweisung der Anträge an die gemischte Deputation, die im Vorjahre bereits eingesetzt worden war. Man muß dringend wünschen, daß diese Deputation rasche Arbeit tut. Denn es ist keine Zeit zu verlieren.

Die Bevölkerung von Berlin wird mit gespannter Aufmerksamkeit darauf zu achten, daß die Gemeinde ihre Pflicht erfüllt, daß es nicht bei bloßen Erwägungen bleibt, sondern alle Maßnahmen getroffen werden, die die herrschende Not lindern können.

Ganze Arbeit freilich können die Gemeinden nicht leisten, das kann nur das Reich. Und hier muß mit allem Nachdruck der Kampf fortgeführt werden, allem Regierungswiderstand und Agrarierhochmut zum Trotz. Der Reichstag muß einberufen, die Grenzen geöffnet werden! Und wenn die Regierung nicht will, so muß eine immer mehr anschwellende Volksbewegung sie dazu zwingen!

Die Sitzung.

Die heutige erste Sitzung der Stadtverordneten nach der zwei-monatigen Sommerpause ist zunächst der Einführung des am 10. Juni vom Könige befristigten Oberbürgermeisters Staatssekretärs a. D. Erzellens Bermuth in sein neues Amt gewidmet.

Die Mitglieder der Versammlung und des Magistrats sind in Amtstracht mit der Rette erschienen. Der Jubrand zu den Tribünen ist enorm.

Vorsitzer Michalek eröffnet die Sitzung kurz nach 5 Uhr.

Durch ein Geleit von acht Stadtverordneten, zu denen auch Stadtv. Stadthagen (Soz.) gehört, werden der neue Oberbürgermeister und der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin v. Conrad in den Saal geführt.

Der Oberpräsident nimmt bei dem Stuhle des Oberbürgermeisters Aufstellung und verliest folgende Ansprache.

Hochberehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Herren Stadträte und Stadtverordnete! Ein bedeutsamer Anlaß ist es, der mich heute in Ihre Mitte führt. Nachdem Ihre Wahl zum Ersten Bürgermeister der Stadt Berlin die allerhöchste Befestigung gefunden hat, handelt es sich um Ihre mir nach der Städteordnung obliegende Einführung in Ihr Amt. Ihr Herr Amtsvorgänger hat nach mehr als 12jähriger Wirksamkeit keine Stellung als Leiter des Magistratsoslegiums niedergelegt. Seine pflichttreue und unermüdete Arbeit, die er getan hat im Geiste der Selbstverwaltung, aber auch getragen von preussischem Staatsbewußtsein, hat die Anerkennung der Regierung und den Dank der städtischen Körperschaften gefunden. Euer Excellenz eröffnet sich heute ein fruchtbares Feld der Tätigkeit. Die Städteordnung hat dem Dirigenten des Magistrats eine besondere Stellung gegeben, wichtig nicht nur wegen der Möglichkeit, Anregungen auf den verschiedensten Gebieten der Verwaltung zu geben, sondern auch wichtig bei dem Umfang

der städtischen Unternehmungen, die sich Berlin im Laufe der letzten Jahrzehnte geschaffen hat. Diesen Unternehmungen dient ein Heer von Beamten, und auf dem Oberbürgermeister, der über sie die Disziplinargewalt ausübt, lastet die Verantwortung für vieler Menschen Schicksal. Diese Unternehmungen der Stadt, die Sie vorfinden, haben vielfach von Sachverständigen große Anerkennung erfahren. Auch in weiten Kreisen der Bürgerschaft herrscht volle Bereitwilligkeit, sich in Ehrenämter zu betätigen; daher werden Sie auch hier viele tüchtige Mitarbeiter finden. In Berlin herrscht aber auch der Geist der Kritik. Eine solche Kritik, wenn sie sich nicht auf reine Negation beschränkt, sondern auch positive Vorschläge macht, wird Ihnen nicht unerwünscht sein. Denn in einem großen kommunalen Verbände gibt es keinen Stillstand; fast täglich treten aus der raschen Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens neue Anforderungen an die Stadtverwaltung heran und von Jahr zu Jahr werden weitere Gebiete für das kommunale Leben erschlossen. So auch in neuester Zeit, wo das Zweckverbandsgesetz den Oberbürgermeister auch zum Vorsitzenden der beiden Körperschaften des Zweckverbandes bestimmt und ihm damit die lohnende Aufgabe stellt, Gegenüber unter den beteiligten Gemeinden auszugleichen. Ihre Eigenchaft sowohl als Leiter des Zweckverbandes wie als Leiter des Magistrats wird uns auf manchen Gebieten zusammenführen. Ist doch das Oberpräsidium diejenige Instanz, wo sich die staatliche und die städtische Verwaltung begegnen. Dieser Aufgabe werden beide Teile ohne Schwierigkeit gerecht werden können, wenn einerseits volle Achtung vor der Selbstverwaltung, andererseits ein lebendiges Gefühl dafür vorhanden ist, daß man als Kommunalverband nicht allein in der Welt steht, sondern auch ein Organ des Staatsganzen ist. Persönlich möchte ich Euer Excellenz noch an die Zeit erinnern, wo wir beide, Sie im Reichsamte des Innern, ich in der Reichskasse, im Reichsdienste standen. Ich schöpfe daraus die Hoffnung, daß auch die zukünftige gemeinsame Arbeit erleichtert werden wird durch vertrauensvolle persönliche Beziehungen, die der Sache dienen sollen. Möge Ihre Tätigkeit an der Spitze eines Gemeinweins von mehr als zwei Millionen Seelen und eines kommunalen Verbandes von vier Millionen Ihnen zur Befriedigung, der Stadt Berlin und Groß-Berlin zum Segen gereichen. In diesem Sinne heiße ich Sie beim Eintritt in Ihr Amt herzlich willkommen!

Oberbürgermeister Bermuth:

Euer Excellenz sage ich aufrichtigsten Dank für die Worte freundlichen Anteils, mit denen Sie meine Einführung in das Amt begleitet haben. Es wird mir eine Ehre sein, an meinem Teile dabei mitzuhelfen, daß das Wohl der Hauptstadt mit dem Staatswohl in Einklang steht. Mir ist bewußt, daß ich die Stadt in einem schwierigen Uebergang antreffe, welcher in besonderem Maße das verständnisvolle Handhabearbeiten der Staats- und Gemeindeorgane erheischt. Der wirtschaftliche Bereich Berlins ringt seit langem nach einer Gestalt, einer kommunalen Beweglichkeit, welche den unerlässlichen Voraussetzungen des Zusammenwohnens und des Weltstadterlebens ohne Hemmnis zu dienen fähig ist. Ein bedeutsamer Anlauf hierzu ist von der Gesetzgebung gemacht, aber er hat die Notwendigkeit des Weitererschreitens noch verstärkt. Berlins Streben geht dahin und muß dahin gehen, daß seine Interessen innerhalb des neuen Organismus in demselben Stufenverhältnis vertreten sind, wie die Interessen seiner Mitgemeinden, und daß die kommende Entwicklung das kostbare Gut der Selbstverwaltung ungeschmälert läßt. Gerade hierin wissen wir das Wohl des Staates mit dem unseren eins. Der Staat sieht sein Vertrauen in den Schaffensdrang und das Pflichtbewußtsein seiner Bürger glänzend gelohnt durch die Capazität der Zehntausende, die Berlins Verwaltungslast auf ihren Schultern tragen. Ihm vor allem ist daran gelegen, daß das Berlin der Zukunft von dem alten Bürgerinn, dem alten Städteinn durchdrungen bleibt, der uns mit den Nachbarorten längst innerlich verbindet. In der eigenen freien Verantwortung wurzelt und bewährt sich das Treueverhältnis der Gemeinde zum Staat.

Meine Herren, als ich Ihre mich hoch ehrende Wahl mit herzlichem Danke annahm, bin ich die Verpflichtung eingegangen, ein redlicher Hüter der Selbstverwaltung

zu sein. In der Erfüllung dieser Pflicht glaube ich den besten Ausgangspunkt für meine Tätigkeit in der Stadtverwaltung und für die Pflege des Einvernehmens zwischen den beiden städtischen Körperschaften zu finden. An uns ist es, zu erweisen, daß der Grundgedanke alles Gemeindelebens auch den Ansprüchen der Weltstadt handhelt. Davon, daß dies gelingt, hängt schließlich die geordnete Lösung aller uns obliegenden wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben ab. Nicht nur im gesamten Verkehrsweisen, im Wohnungs- und Bauwesen, in den Forderungen, welche Schönheit und Gesundheit an das Straßenbild, an die städtischen Einrichtungen und die Umgebung Berlins stellen, sondern auch in der Sorge für die Hilfsbedürftigen, für die Arbeitslosen und für das heranwachsende Geschlecht. Wir müssen deshalb, so scheint mir, diesen Aufgaben innerhalb unserer engeren Gemeinde und im erweiterten Berlin in großem Maße gerecht zu werden suchen. Ernste Fürsorge erfordert der Bedarf der Stadt an Lebensmitteln, die Kupung des so weite vermehrten, so große Zukunftsaussichten bietenden städtischen Grundbesitzes und die Neuregelung unserer Versorgung mit Elektrizität. Zuletzt, aber nicht als unwichtiges bleibt, daß unsere Leistungen mit dem städtischen Säckel und dieser mit jenen in Gleichgewicht gehalten werden. Im Zusammenhange damit die tunlichste weitere Vereinfachung der Verwaltung.

An uns, meine Herren, ist es, daß der Berliner sein Berlin auch ferner wohlisch findet und daß sein Teil der Stadt aus mangelnder Pflege oder aus Nabelstiche in den Hintergrund schiebt. In alledem planmäßig zu handeln, ist mein Vorsatz, nachhaltigen Erfolg darin erringen zu helfen, mein lebhafter Wunsch. Vermessen wäre es, wollte ich zu plötzlichen, blendenden Erfolgen mich anheischig machen. Meine Achtung, ja ich darf es ohne Phrasen

Fagen, meine Bewunderung für die Schöpfungen der Berliner Verwaltung, insbesondere auch für die reichen Ertragsleistungen aus der Amtszeit des allberühmten jüngsten Ehrenbürgers unserer Stadt läßt mich vielmehr die Bescheidenheit meines eigenen Könnens empfinden. Ob es mir gelingen wird, allezeit den kraftvollen Antriebe zu geben, dessen die Stadt fort und fort bedarf, kann Ihnen und kann in meinem neuen Wirkungskreise mir selbst erst die Erfahrung sagen. Aber ich verspreche, alles, was ich zu geben vermag, dem Dienste der Stadt zu widmen. Ich möchte nach den Grundsätzen, unter denen Berlin erblüht ist, intensiver und glücklicher als im Magistrat so mit Ihnen wirken, mit Ihnen das Suchen und Streben und die Freude am Erreichten teilen. Wenn Sie mich in meiner Amtsführung auf dem Territorium verzeihen, werden Sie, das darf ich ja wohl sicher sein, nicht verabsäumen, mir das zu erkennen zu geben. Auch ich werde meine An- und Absichten unumwunden zu vertreten bemüht sein, damit durch Auseinandersetzung, wenn nötig im Widerstreit, das Rechte gefunden wird. Doch am Anfang des Weges möge, das hoffe und bitte ich, das Vertrauen, und am Ziele die auf gemeinsamer Arbeit fest gegründete Zuneigung stehen. Ich bitte Sie von Herzen, mich so freundlich und nachsichtig in Ihren Kreis aufnehmen zu wollen, wie ich freudig in ihn eintrete.

Darauf begrüßte der Vorsteher **Michelet** den neuen Oberbürgermeister, dessen reiche Erfahrungen im Reichs- und Staatsdienste und dessen praktische Kenntnisse auf dem gewerblichen, Handels- und Verkehrsgebiete des In- und Auslandes sichere Gewähr böten für die Bewältigung der neuen Anforderungen, die an den neuen Mann gestellt würden. Nicht die politische Stellung, nicht das Bekanntnis zum extremen Liberalismus sei — wie man der Veranlassung oft zu unrecht nachsage — Voraussetzung für die Kandidatur zum Oberbürgermeisterposten. Von der zähen Energie des neuen kommunalen Oberhauptes erhoffte und erwarte man, daß er an seiner Stelle der fortschreitenden Kultur die Wege ebene und daß er das Palladium der Selbstverwaltung hochhalten werde.

Darauf erfolgte die Einführung des bisherigen Beigeordneten **Berndt** in sein Amt als beauftragter Berliner Stadtrat.

Oberbürgermeister **Wermuth** vollzieht die Einführung und bereidigt den Stadtrat Bericht auf die Verfassung und die Städteordnung. Auch dieses neue Magistratsmitglied wird namens der Versammlung vom Vorsteher **Michelet** willkommen geheißen.

Sodann gedenkt der Vorsteher des im Juli erfolgten Hinscheidens des ehemaligen Oberbürgermeisters, **Ehrenbürgers Spöck**.

Die auf die Teuerung bezüglichen Anträge werden hierauf gemeinsam vorweg beraten.

Die Teuerungsbekämpfung.

Stadtb. Wurm (Soz.):

Kaum ein Jahr ist vergangen, seit wir und hier mit der Kollage der Bevölkerung zu beschäftigen hatten, welche durch die Nahrungs- und Bekleidungssteigerung verursacht wurde, und schon wieder geht durch das Land der Schrei der Not, noch lauter als im vergangenen Jahre. Dieser Antrag wendet sich an den Staat und an die Gemeinde. Nicht an den Reichsfiskus wenden wir uns wie im Vorjahre der Magistrat — dessen Eingabe ist in den Akten verworfen, niemand hat sich um sie gekümmert, am wenigsten der Reichsfiskus.

Wenn wir jetzt an den Bundesrat und den Reichstag zu gehen beantragen, so geschieht das nicht bedauerlich, weil wir diese für weniger agrarisch halten als den Reichsfiskus. In agrarischen Fragen ist auch im neuen Reichstag die alte schwarzeblauere Mehrheit vorhanden, zu der auch über die Hälfte der W. sozialliberalen hält. Wenn wir trotzdem an den Reichstag gehen wollen, so deshalb, weil er die Städte ist, wo die Stimme der Städte und ihrer notleidenden Bevölkerung erhoben, laut erhoben werden muß.

Wobin hat die heutige, 1902 eingeleitete, Wirtschaftspolitik geführt? Die Teuerung, insbesondere des Fleisches ist geradezu unerträglich geworden. (Wobin gibt eine Reihe statistischer Zahlen.) Dasselbe gilt von der Brotteuerung. Jeder Erwachsene muß jährlich für sein Brot 20 Mark, eine Arbeiterfamilie 70 M., mehr zahlen, als ohne die Getreidezölle zu zahlen wäre. Der

Fleischverbrauch von Groß-Berlin

ist allein in den letzten zehn Jahren um 72 Millionen Mark verteuert worden, pro Kopf um 21 M., auf eine Familie von 5-6 Köpfen eine

Verteuerung bis 125 M. allein für Fleisch!

Die Hauptschuld für die Preissteigerung trifft nicht die Lebensmittelmittel, wie die gegnerische Seite glauben machen möchte, sondern die es ermöglicht haben, daß sich zwischen Produzenten und Konsumenten ein Zwischenglied eingeschoben hat, der die monopolistische Ausbeutung der Konsumenten betreibt. Sogar die „Nordd. Allgem. Ztg.“ hat neuerdings auf die Zunahme des Pferdefleischkonsums hinweisen müssen. Das ist ein

Zeichen tiefer Not;

in den Fleischschlächtereien werden ja doch nur die abgetriebenen Wäule geschlachtet, da ein gutes, vollkräftiges Pferd dafür viel zu teuer wäre. Beweis hat der Fleischkonsum etwas zugenommen; aber was bedeutet diese Zunahme gegenüber dem Quantum Fleisch, welches die Bevölkerung genießen müßte, wenn sie sich richtig ernähren sollte! Der Landwirtschaftsminister von **Sorlemere-Liefer** meinte zwar, die Bevölkerung brauchte nicht Fleisch zu essen; er stellte sich auf den Standpunkt des Vegetariers. Demgegenüber steht fest, daß durchschnittlich 230 Gramm Fleisch täglich von jedem Erwachsenen genossen werden müssen, daß selbst das Reichsgesundheitsamt als Minimum 150 Gramm verlangt. Was dem Arbeiter, dem kleinen Beamten, kurz der großen Masse der Bevölkerung tatsächlich zur Verfügung steht, stellt sich tief unter den Durchschnittsverbrauch. Dem Marinefeldaten liefert die Verwaltung dagegen durchschnittlich 335 Gramm Fleisch. Auf solche schreienden Gegensätze muß ganz besonders hingewiesen werden.

Wenn wir unseren Antrag auf alle Fälle ausdehnen, so geschieht das nicht deshalb, weil wir etwa eine schlechte Roggenernte hatten. Die Ernte ist im Gegenteil eine reichliche; aber die Befreyung bewirkt es, daß der Ueberfluß nach dem Auslande geht, daß das Einfuhrsperresystem seinen unheilvollen Einfluß übt und den im Lande zurüchlebenden Teil des Brotgetreides unvernünftig verteuert. Hat doch Herr **Spahn** im Reichstage mit erhellender Offenheit selbst zugegeben: „Die Einfuhrscheine sind dazu da, höhere Getreidepreise zu bringen und fest zu halten.“ Die Einfuhrscheine sind mit daran schuld, daß die Ausgabe für die Arbeiter- und Waisenerziehung schließlich den Arbeitern mit aufgebürdet wurde! Was die Regierung im vorigen Jahre dagegen getan hat, was **Blondwerf**. Die Frist wurde von sechs auf drei Monate herabgesetzt; die Schweine kurlierten aber überhaupt nur zwei Monate! Es wurden Frucht-ernährungsstellen bewilligt; diese waren aber geradezu winzig und konnten gar keinen Einfluß ausüben. Die Zahl der Einfuhrscheine ist trotz der erfolgten Einschränkung sogar gewachsen. Darum verlangen wir die Vereinfachung der Einfuhrscheine. Ebenso die der Futtermittelzölle. Der Stall des Bauern ist ja die Kinderstube unseres Viehes; der Bauer hat die Nachzucht anzuziehen, muß aber gerade infolge dieser Zölle oft sein Vieh zu jedem Preise loszuschlagen oder Viehschlachtungen in großem Maße vornehmen. Das ist auch im vorigen Jahre geschehen, und jetzt fehlt es an allen Ecken und Enden. Wollen die Herren **Agrarier** das deutsche Landwirtschafte soll durchaus imstande sein, den ganzen deutschen Bedarf zu decken; aber sie kann das bis heutigen Tages nicht; es fehlen immer noch mindestens fünf Prozent, die müßten vom Auslande eingeführt werden, aber sie kommen nicht, weil man die Grenzen, angeblich im Gesundheitsinteresse, gesperrt hat. Viehdiebstahl über gewisse Grenzen, aber auch nur über gewisse Quarantänestellen, eingeführt werden, und nur mit so unvernünftigen und sehr hohen Kosten, daß diese ange-

liche Fleischlieferung ihren Zweck vollständig verfehlt. Die Grenze für Schweine ist nur bei Nationen geöffnet, so daß der gesamte Schweineexport über **Waltowitz** geleitet werden muß. Die Folge davon ist, daß die Schweine nicht nach Deutschland, sondern nach England ausgeführt werden; diese nach England gelangenden Schweine sind also mit deutschem Futter genährt worden! Dabei ist außerdem zu beachten, daß Direktoren großer Schlachthöfe diese strengen Vorschriften für unnötig und lediglich für Skizzen erklären. Der § 12 des Fleischbeschaugesetzes war in dem Gesetzentwurf überhaupt nicht vorhanden, der ist erst durch die Agrarier hineingebracht worden. Eine einzige Tatsache beweist die Ueberflüssigkeit dieser Vorschriften: Fleisch, das ohne diese Vorschriften eingeführt wird, wird in England genossen; 80 Proz. des in den englischen Städten verzehrten Fleisches besteht aus amerikanischem und argentinischem Fleisch, das ohne die Vorschriften des § 12 eingeführt wird.

Auch bei diesem § 12 gibt eben nicht die Sorge um das Wohl der Konsumenten, sondern der Produzenten, die das Monopol der Fleischversorgung in Händen behalten wollen, den Ausschlag. Wir sind damit zu Preisen gekommen, wie wir sie noch nie gehabt haben. In unseren Kolonien, die uns Hunderte von Millionen kosten, soll sich angeblich die Landwirtschaft glänzend entwickeln, aber das Kolonialvieh darf nicht über die deutsche Grenze! Vorgesetzten empfahl die „Kreuzzeitung“ die Verwendung von Fleischextrakt statt des Fleisches, wohingegen, weil die deutschen Agrarier in den Kolonien das Fleisch zu Fleischextrakt verarbeiten lassen, der auf Betreiben der Agrarier von jeder Kontrolle im Fleischbeschaugesetz ausgenommen ist! Doch die landwirtschaftlichen Zölle eine Schranke ohne Ende sind, hat ja der frühere Landwirtschaftsminister v. **Arnim** selbst dargelegt; es ist da schließlich

kein Ende der Volkswanderung und -auswanderung

mehr abzusehen. Entweder hat die deutsche Bürgerkraft und Arbeiterkraft den festen Willen, dagegen Front zu machen, oder sie duckt sich gegenüber der höheren Konkurrenz wie zu den Zeiten der Hörigkeit. Wir sind der Meinung, daß man nicht so stark genug Front machen kann. Aber selbst wenn der Reichstag sofort einberufen wird und den Wünschen der Bevölkerung entspreche, wäre dem Notstand noch nicht vorgebeugt; daher der zweite Teil unseres Antrages.

In der gemischten Deputation sind im Vorjahre scharfe Differenzen aufgetreten. Man meinte, die Stadt habe nicht das Recht, in die freie wirtschaftliche Konkurrenz einzugreifen. Die Fleischversorgung durch die Stadt lehnte Herr **Cassel** ausdrücklich ab. Heute hörten wir vorbeihastende Worte, die nach einer anderen Richtung gehen.

Vorbereitende Maßnahmen sind vom Uebel;

sie begünstigen nur den unrealen Zwischenhandel. Das Ausland muß sich auf einen dauernden Export nach Deutschland einrichten können. Andererseits besteht auch bei der Mehrheit dieser Versammlung der Trieb, unsere eigene Viehwirtschaft usw. auf den städtischen Gütern zu fördern, nicht in besonderem Maße. Zum Teil ist es richtig, daß der

Zwischenhandel gewissermaßen eine Monopolstellung

einnimmt. Wenn Sie sich informieren wollen, wie Berlin unter dieser Ringbildung leidet, so sehen Sie sich einmal auf unserem Viehhof um. Eben weil die Zufuhr eine begrenzte ist, hat sich der Zwischenhandel ein Monopol geschaffen. Der Viehhändler kauft die Waren auf und behält sie zurück, kurz und gut, der Zwischenhandel trägt einen großen Teil der Schuld.

Ohne Kommunalsozialismus, ohne Betätigung der Gemeinden ist es nicht möglich, diesen Zustand abzuschaffen.

Der Freihandel kann da nicht helfen, sondern es muß kommunal-sozialistisch vorgegangen werden. Gerade der Freihandel hat in England den Municipalsozialismus geboren. Wir verlangen, daß die Stadt die Einfuhr von Nahrungsmitteln von außen her in die Hand nimmt. Es sind im städtischen Seefischverkauf 8000 Doppelzentner Fische verkauft worden, aber mit Fischen allein ist nichts zu machen. Fische sind zwar ein brauchbarer Ersatz für Fleisch, aber das Volk muß sich erst daran gewöhnen, es will und muß vor allem Fleisch essen.

Die weitesten Kreise der städtischen Bevölkerung richten ihre Blicke auf die Stadterhaltung. Wir müssen eine dauernde Versorgung Berlins mit Nahrungsmitteln anstreben; wenn Sie auf diesem Wege mit uns wandeln werden, wird die Bevölkerung dankbar sein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtb. **Cassel** (A. L.): Die breiende Frage der Lebensmittelteuerung ist in der letzten Zeit so ausgiebig in der Öffentlichkeit erörtert worden, daß neuer darüber auch vom Borredner, mit dem ich in vielen Punkten übereinstimme, nicht hat vorgetragen werden können. Die statistischen Einzelheiten bleiben besser den Verhandlungen der gemischten Deputation vorbehalten. Einem ist insbesondere die neuerliche Steigerung der Schweinefleischpreise. Die Teuerung ist allgemein als Tatsache anerkannt, selbst die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat sie zugestehen müssen. Nun heißt es, der Konsum sei ja nicht zurückgegangen, sondern noch gestiegen, also sei auch die Kaufkraft gestiegen. Das ist nicht richtig; diejenigen, die es am meisten brauchen, können es nicht mehr bezahlen. Es kommt hinzu, daß das in den letzten Jahren so oft gehörte Argument, die deutsche Landwirtschaft könne den deutschen Fleischbedarf ausreichend produzieren, nicht zutrifft; vielmehr ist sogar eine Verringerung am Viehdiebstahl und an anderen Fleischsorten eingetreten trotz der Vermehrung der Bevölkerung. Aber selbst wenn es mit den 85 Proz. stimmen sollte, ist damit noch nicht nachgewiesen, daß ausreichend Fleisch auf den Markt kommt. Im Interesse einer gesunden Volksernährung müssen viel größere Mengen auf den Markt gebracht werden. Es findet jetzt geradezu eine Unterernährung der Bevölkerung statt; und in Zukunft wird es vielleicht noch viel mehr an dem nötigen Quantum fehlen, um den Durchschnittsbedarf von mindestens 65 Kilogramm pro Kopf jährlich zu decken. Die Hauptschuld an dieser Situation trägt die Schulpollgesetzgebung und die Abwertungspolitik der letzten Jahre. Wir werden deshalb in der gemischten Deputation auch dahin zu wirken haben, daß der Reichstag und die Verbündeten Regierungen ersucht werden, hier Wandel zu schaffen, insbesondere auch bezüglich des Fleischbeschaugesetzes. Durch Einführung von Fleisch wäre schon bedeutend geholfen, das beweist das Beispiel Englands, wo 80 Proz. des gesamten Verbrauches an Rind- und Hammelfleisch aus argentinischem Gefrierfleisch besteht. Trotzdem ist dort der Bestand an Rindvieh nicht zurückgegangen, sondern sogar erheblich gestiegen. Daß die Stadt als solche bei den Maßnahmen, die zur Verringerung der Teuerung zu ergreifen wären, beiseite stehen solle, ist nicht unsere und nicht meine Meinung und auch von mir in der gemischten Deputation nicht gesagt worden; ich lehne nur ab, daß die Stadt statt der bisherigen Schläger und Händler die Fleischversorgung in die Hand nimmt. (Rufe.) Das mit dem Fischverkauf durch die Stadt gegebene Beispiel hat sehr günstig gewirkt. Wenn die Einfuhr von Gefrierfleisch durch das Gesetz gestattet würde, könnte sehr wohl auch die Stadt sich an der Kaufvermittlung dieser Waren beteiligen. Positive Vorschläge hat auch Herr **Wurm** nicht weiter gemacht, denn daß die Vermehrung der Viehhaltung auf den Viehhöfen keine große Bedeutung hat, wird er doch nicht leugnen. Wesentlich kommt es also immer wieder darauf hinaus, daß die Gesetzgebung geändert werden muß, soll eine Unterernährung des Volkes vermieden werden. Die erforderliche Menge von Fleisch muß vorhanden sein, und zwar zu für die große Masse erschwinglichen Preisen; die schon zitierte Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes spricht das selbst als eine Notwendigkeit aus. Was nützen und aber die schönen Worte, wenn die Tatsachen der Regierung ihnen so wenig entsprechen! Die Erbitterung und der Unwille des Volkes über die Teuerung sind allgemein. Früher sprach man von einem „Fog. Fleischtrummel“; tatsächlich ist Jahr für Jahr die Teuerung fortgeschritten, und heute hat sie eine Höhe erreicht wie nie zuvor; es ist nicht besser, sondern viel

schlimmer geworden. Bestimmten können zu der Meinung kommen, diese werde erst gebracht werden, wenn es zu spät ist; das kann uns aber nicht hindern, unsere Pflicht zu tun und gründlich zu erwägen, was zur Abhilfe geschehen kann. Den Antrag **Wurm** sollten wir ebenfalls der gemischten Deputation überweisen.

Stadtb. **Wommers** (A. L.): Der Notstand besteht, unsere Fleischlieferung zu schaffen, ist aber leider sehr beschränkt. Die Volksernährung in städtischer Regie zu übernehmen, ist der ungeeignete Vorschlag, der gemacht werden kann und der heutige Zeitpunkt wäre der unpassendste zur Ausübung dieser Prinzipienfrage. Das Fleisch und das Brot müßte auf diesem Wege eher teurer als billiger werden. Das gleiche gilt vielleicht auch von der Verjüngung des Viehbestandes auf den Viehhöfen. Die Argumente gegen den Fleischhandel werden auch von den wachsenden Agrariern vorgebracht, eine für Herrn **Wurm** doch etwas bedenkliche Bundesgenossenschaft. Wir müssen mit allen interessierten Kreisen zusammenwirken, um auf die Verringerung der Gesetzgebung und der Verwaltungspraxis durch Eingaben hinzuwirken. Daneben muß von Stadt wegen der Fischverkauf gefördert werden.

Bürgermeister **Dr. Weide**: Seit Monaten blüht auch der Magistrat sorgenvoll auf die Teuerungsbekämpfung. Auch die Stadt Berlin soll und wird ihre Stimme erheben, um bei der Staats- und Reichsregierung auf die Fleischlieferungen hinzuwirken, die dauernd oder vorübergehend eine Verringerung herbeiführen können. Das wird nicht allzu leicht sein, aber den Versuch zu unternehmen lohnt wohl. Von der Einführung gefrorenen Fleisches versprechen wir uns manches, aber auch diese Maßnahme muß von langer Hand vorbereitet werden. Was wir sonst selbst zu tun in der Lage sind, wird immer nur ein kleines Mittel bleiben können. Der städtische Fischverkauf ist wieder eröffnet worden; die beiden ersten Tage des Verkaufes haben einen außerordentlich starken Zutpruch gefunden, größer als in der Zeit vorher, wo im ganzen 8000 Zentner verkauft worden sind. Eine Ausdehnung ist in gewissen Grenzen noch möglich bis zu 200 Zentnern pro Verkaufstag. Ob wir mit dem Fleischverkauf und der Züchtung auf den Viehhöfen gute Erfahrungen machen werden, wage ich zu bezweifeln. Wir haben die Güter für unsere großen städtischen Anstalten nutzbar zu machen gesucht, aber selbst wenn wir hier Erfolg erzielen, was spielen diese geringen Quanten für eine Rolle? Immerhin sollen alle Vorschläge in der gemischten Deputation gründlich geprüft werden; ich habe sie als stellvertretender Oberbürgermeister bereits zum nächsten Dienstag eingeladen.

Stadtb. **Rosenow** (A. L.): Es ist ein Staatsinteresse, daß dem Volke die Lebensmittel zu erschwinglichen Preisen zugeführt werden. Diejenigen, die heute noch die Fleischnot leugnen, handeln geradezu rückslos. Die vorliegenden Anträge werden hoffentlich wenigstens den Erfolg haben, daß die Einfuhr von Gefrierfleisch gestattet wird. Der Staat braucht guternährte Menschen nicht nur für die Landesverteidigung, sondern auch für die Industrie. Beide Anträge sollten von der gemischten Deputation gründlich erwogen werden.

Stadtb. **Krüger** (A. L.) geht auf die Frage der Einfuhr von Gefrierfleisch näher ein und tut dar, daß es sich dabei um eine durchaus einwandfreie Nahrung handelt, wie durch sorgfältigste Untersuchungen erwiesen sei.

Beide Anträge werden darauf einstimmig der bestehenden gemischten Deputation überwiesen.

Um 8 Uhr tritt die Versammlung in die Erledigung der fernere noch auf der Tagesordnung stehenden 90 Gegenstände ein, die zum großen Teil nur untergeordnetes Interesse haben und ohne Debatte passieren.

Über den weiteren Verlauf der Sitzung geht uns noch folgender Bericht zu:

Anlässlich der Abänderung der Dienstanzweisung für die Schulkommissionen hat die Versammlung dem Magistrat mehrere Wünsche unterbreitet. Einstimmig hat sie den Vorschlag der Vereinfachung der Schulkommissionen mitgeteilt, der durch den Magistrat in Antrag gebracht. Der Magistrat hat, während er einigen anderen Wünschen der Versammlung entspricht, den letzterwähnten Antrag abgelehnt.

Stadtb. **Dr. Rosenfeld** (Soz.): Für diese Stellungnahme führt der Magistrat lediglich an, daß auch in den früheren Anweisungen für die Schulkommissionen die Betätigung gestanden hat. Das Volksschulunterrichtsgesetz von 1906 enthält aber diese Bestätigung nicht; es besagt nur, daß die Schulkommissionen unter Leitung der Schuldeputation stehen. Von welchen Gesichtspunkten geht denn der Magistrat, wenn er die Betätigung für notwendig hält, bei ihrer Gewährung oder Verweigerung aus? Darüber möchten wir Aufschluß haben und beantragen, die Angelegenheit einem Ausschuss von 10 Mitgliedern zu überweisen.

Stadtb. **Hirselorn**: Der Magistrat ist nach eingehender Erwägung zu der Entscheidung gekommen, es hier bei dem bestehenden Recht bewenden zu lassen. Das Gesetz von 1906 sagt auch: Wo besondere Schulkommissionen eingesetzt sind, kann es dabei sein Bewenden behalten.

Stadtb. **Dr. Rosenfeld**: Damit ist doch noch lange nicht gesagt, daß auch alle uralten Dienstanzweisungen aufrecht erhalten werden müssen. Das Gesetz von 1906 sagt wohlweislich nichts darüber, wie die Kommissionen aussehen sollen.

Auch Stadtb. **Cassel** ist der Meinung, daß immerhin eine gewisse Unklarheit vorzuliegen scheint, und empfiehlt, entsprechend dem Antrag **Rosenfeld** zu beschließen.

Die Angelegenheit geht an einen Ausschuss.

Die Lohnordnung für das Personal der städtischen Krankenhäuser, die seit dem 1. April 1900 besteht, will der Magistrat berat aufheben, daß vom 1. August 1912 ab für die Stations-, Haus-, Küchen- und Waschmädchen an barem Lohn monatlich statt 20 M. bis nach sieben Jahren 30 M. 24 bis 30 M. bezahlt werden sollen; die fünf Anfangsstufen erfahren dadurch eine entsprechende Verbesserung.

Stadtb. **Dr. Wehl** (Soz.): Die vorgeschlagene Maßnahme sieht wie eine plötzliche große Preissteigerung des Magistrats aus, aber sie sieht nur danach aus. Tatsächlich ist es, wie die Begründung ergibt, bei den niedrigen Lohnsätzen, deren Erhöhung wir immerfort vergeblich betrieben haben, dem Magistrat nicht mehr möglich gewesen, die besetzten Stellen zu besetzen, so daß er mitten im Etatsjahr, ja sogar mitten in den Ferien Lohnserhöhungen bewilligen mußte; also nur der Not gehörend, greift er ein wenig tiefer in denbeutel. Wie groß müssen die Schwierigkeiten gewesen sein, wenn selbst unser Magistrat es nicht mehr mit ansehen konnte! Aber auch hier wird bloß Rücksicht auf die Sache genommen. Das betreffende Personal muß in den Krankenhäusern für dieselben Leistungen dieselben Löhne erhalten wie in den übrigen städtischen Anstalten.

Die Vorlage wird angenommen.

Dem „Gemeinnützigen Verein für Wilschhauschen in Groß-Berlin (E. V.)“ soll die Ausstellung eines Wilschhauschens auf der kleinen Schulinzel zwischen Pulk- und Hörschbrücke gestattet werden.

Stadtb. **Wengels** (Soz.) wiederholt seine schon in der Tiefbandeputation vorgetragenen Beschwerden über gewisse nicht zu billigen Praktiken dieses Vereins. Die Angestellten, die selbständigen Hilfsleiter oder Hilfsleiterinnen hätten eine 15stündige Arbeitszeit und würden mit ganzen 70 M. entlohnt. Sonntagsruhe hätten sie früher überhaupt nicht gehabt; nachdem in diesem Punkte die Polizei eingeschritten, sei ihnen der freie Nachmittag im Monat entzogen worden. Und diese Gesellschaft mache in Wilschhauschen! Auch sonst sei in der Praxis des Vereins noch vieles zu beanstanden. Solche Institute müsse die Stadt selbst in die Hand nehmen.

Stadtrat **Frauk**: Wir haben diese Beschwerden bereits zum Gegenstande einer Anfrage gemacht. Die Antwort steht noch aus. Die Vorlage wird angenommen.

Den vorgeschlagenen freihändigen Ankauf des Grundstücks **Alte Jakobstr. 28** und **Oranienstr. 89** beantragt Stadtb. **Leid** (Soz.) und wünscht genauere Prüfung in einem Ausschuss.

Stadtb. **Böser** (A. L.) hält das für unnötig. Stadtrat **Raff** betont, daß die Kaufsumme für die **Alte Jakobstraße** feststehe und

man für weniger als 200 000 M. das Gebäude niemals bekommen werde. Der Antrag wird abgelehnt, die Vorlage angenommen.

Aus Anlaß des Grabenunglücks auf Zechen Lohningen soll städtischerseits ein Beitrag von 8000 M. geleistet werden.

Stadt. Bruns (Soz.): Wir gehen gern unsere Zustimmung, wenn uns auch die Summe ein wenig niedrig erscheint. Wir sprechen aber gleichzeitig den Wunsch aus, daß die Verteilung der eingehenden Spenden etwas schneller und etwas weniger umständlich als im Falle Kadob erfolgen möge. Wir wünschen weiter, daß Staat und Gesehgebung alle Mittel aufbieten möge, um dergleichen Unglücksfälle in Zukunft mehr als bisher vorzubeugen. Die Bewilligung wird einstimmig beschlossen.

Schluß der öffentlichen Sitzung nach 9 Uhr.

folgen der Teuerung.

Die in Augsburg besonders empfindliche Steigerung der Fleischpreise hat einen weiteren Rückgang des Fleischkonsums zur Folge. Nach dem im Druck befindlichen Verwaltungsbericht des städtischen Schlacht- und Viehhofes hat der Konsum an Fleisch im Jahre 1911 wieder erheblich abgenommen und einen Tiefstand erreicht, wie er in keinem der letzten 10 Jahre zu verzeichnen war. Gegenüber dem Jahre 1910 ist eine Abnahme des Fleischkonsums von 7,5 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung zu konstatieren. Selbst der Konsum an Pferdefleisch ist zurückgegangen, dieser jedoch deshalb, weil die Zahl der zur Schlachtung gelangten Pferde nicht ausreichte, um dem Bedarf zu genügen. Die Folge dieses Mangels an Schlachtfleisch und die gesteigerte Nachfrage bedingte auch eine ganz erhebliche Steigerung des Preises für Pferdefleisch.

Wie stellen sich die Landwirte zur Vieheinfuhr?

Von einem Interessenten in Oedi (Rheinland) werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß fast alle Kleinbauern am Niederrhein (Kreis Kempen und benachbarte Kreise) sich entschieden für die unberühmte Grenzöffnung für Lebensmittel ausgesprochen haben. Als Erklärung diene folgendes: „Seit der Grenzsperrung beziehen fast alle hiesigen Landwirte das Vieh durch Händler, die es von den großen Gütern im Osten Deutschlands kaufen. Während die hiesigen Abmelkwirtschaften heute beispielsweise für eine mittelwertige tragende Kuh 600—700 M. zahlen, konnte man in dem nur ein paar Stunden von uns entfernten Holland das gleiche Vieh für etwa 400 M. haben. Zudem ist holländisches Vieh bedeutend wertvoller schon wegen der größeren Ertragsfähigkeit an Milch.“

Ähnliche Urteile aus verschiedenen Gegenden Deutschlands haben Landwirte zu wiederholten Malen in der bürgerlichen Presse abgegeben. Die Großhändler suchen aber immer noch die Fiktion aufrechtzuerhalten, als ob die gesamte deutsche Landwirtschaft an der Grenzsperrung interessiert wäre.

Ein Zentrumsmann über die Fleischteuerung.

In der Düsseldorf-Verordnetenversammlung führte bei Besprechung des Antrages des Sozialdemokratischen Vereins, Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen, der Zentrumsmann, Obermeister der Düsseldorf-Regierung, G. I. E. aus, es sei eine absolute Unwahrheit, wenn behauptet werde, heute werde mehr Fleisch erzeugt als früher. „Es sind dies leicht — so fuhr er fort — 20 bis 25 Jahre her, daß ich so mitten im Geschäft stand und jede Woche zum Vieheinkauf nach Köln fuhr. Damals wurden Ochsen unter 1000—1100 Pfund überhaupt nicht verkauft. Heute wiegen die Ochsen selten mehr als 7 Zentner. Ich behaupte, daß heute ein ganzes Drittel an Gewicht weniger als die Woge kommt als früher. Aus der Gegend von Kleinenbroich (Niederrhein, Ned.) holte ich früher meine Ochsen, wenigstens 25 Stück, heute sind nur zwei Stück da. Aus den großen Gütern werden Ochsen nicht mehr gemästet. Man kauft dieselben, solange sie arbeiten können, und dann sind sie als Schlachtwiech nicht mehr zu gebrauchen. Ich behaupte, daß der Staat ein so hartes Pötz hat und nicht nachgeben will. Ich erwarte die Verwallung, bei der Staatsregierung vorstellig zu werden, daß die Grenzen für ausländisches Magervieh geöffnet werden.“

So ein Sachverständiger aus dem Reichsgewerbe, der dazu noch Zentrumsmann ist. Das Düsseldorf-Zentrumsmann aber bezeichnete die Protestbewegung gegen die Teuerung als „Protestrummel“.

Die Marktumulte in Schlesien dauern an.

Neuerdings ist es in Rohenau (Kreis Sprottau) zu Zusammenstößen gekommen. Die Agrarier scheinen in einem großen Prozeß ihre „Anschuld“ beweisen zu wollen; im Saganer Amtsblatt ist folgende Aufforderung zu lesen:

„Mit Bezug auf die Beleidigungen, Bedrohungen, Expressungen und tätlichen Angriffe, welchen die Butter- und Gemüselieferanten vom Lande in den letzten Markttagen in Sagan ausgesetzt waren, hat die Kreisamtskommission Herrn Rechtsanwalt Gelinek in Sagan ersucht, zum Schutze der Verkäufer Beschwerden in dieser Sache entgegenzunehmen. Personen, welche dazu Auslagen machen, werden aufgefördert, sich Mittwoch, den 4., oder Sonnabend, den 7., von 9—11 Uhr im Bureau des Herrn Rechtsanwalt Gelinek in Sagan, Am Markt, oder zur gleichen Zeit im „Hotel zum weißen Löwen“, Zimmer Nr. 1, zu melden. Kosten irgend welcher Art entstehen niemand.“

Die landwirtschaftliche Preiskommission des Kreises Sagan.

J. A. Westmann.

Der Prozeß kann für die Sprachforscher sehr wichtig werden, denn wie und berichtet wurde, haben die schlesischen Bauernfrauen einen ungeheuren Vorrat derbster Schimpfwörter auf die remittenten Käufer angewandt, die natürlich mit zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden müssen.

Teuerung und kommunale Körperschaften.

Der hiesige Magistrat ließ in der Sitzung der Stadtkollegien am Dienstag durch den Bürgermeister Lindemann erklären, daß er sich mit der Frage der Teuerung beschäftigt habe. Er müsse die wachsende Notlage anerkennen, wolle jedoch erst abwarten, welche Stellung der Preussische Städtetag einnehme. Wenn ein Antrag des Städtetages an den Bundesrat — der gewiß beschlossen werde — die Grenzen für die Einfuhr von Vieh zu öffnen, keinen Erfolg habe, werde der Magistrat die Frage prüfen, ob durch städtische Maßnahmen dauernd die Not gelindert werden könne. Die sozialdemokratischen Vertreter verlangten, daß die Innungskommission vom vorigen Jahre wieder sofort in Funktion trete und den Kollegien Maßnahmen gegen die Teuerung vorschläge. Für Kiel, das eine eigene Seewarmannterstation für die Einfuhr dänischen Viehes habe, müsse die kommunale Fleischversorgung leichter sein als anderswo. Der Magistrat erklärte, diese Anregungen zur Kenntnis zu nehmen und über keine Stellungnahme den Kollegien später Bericht zu erstatten. Die sozialdemokratische Fraktion wird dafür sorgen, daß die Sache nicht auf die lange Bank geschoben wird.

In der Leipziger Stadtverordnetenversammlung vom 4. September wurde von der sozialdemokratischen Fraktion die herrschende Teuerung zur Sprache gebracht und beantragt, einen gemischten Ausschuß einzusetzen, um Maßnahmen zu sofortiger Abhilfe zu beraten. Der Oberbürgermeister erklärte, daß der Rat fortwährend „Erwägungen“ anstellt, aber noch zu keinem Abschluß gekommen sei. Der Rat werde sich an die Regierung wenden, um die Wünsche des Preussischen Städtetages zu unterstützen. Die Redner aus dem bürgerlichen Lager erkannten den Notstand ebenfalls an. Schließlich wurde die Einsetzung des gemischten Ausschusses mit erheblicher Mehrheit beschlossen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung von Königsberg unterbreitet dem Stadtparlament folgende Anträge: „Der Magistrat wird ersucht, an den Reichsanwalt, an den Bundesrat und Reichstag eine Petition um Suspendierung der Lebens- und Futtermittelzölle sowie die Öffnung der Grenzen für Schlachtwiech und Fleisch unter Beibehaltung der gegen Seucheneinfuhr unzerlässlichen Schutzvorschriften zu richten; ferner den Verkauf von Seefischen zum Selbstkostenpreis in die Wege zu leiten und, dem Beispiel der Stadt Posen folgend, Fleisch in Rußland aufzukaufen und zum Selbstkostenpreis zu verkaufen.“

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Detmold haben an den Magistrat das nachstehende Gesuch gerichtet: „Die Unterzeichneten richten an den Magistrat der Stadt Detmold das Ersuchen, seinen Einfluß bei der künftl. Staatsregierung dahin geltend zu machen, daß zur Wäherung der herrschenden Teuerung ihre Vertreter im Bundesrat beauftragt werde, für eine zunächst zeitweise Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel und für die Öffnung der Grenzen zur Einfuhr von Schlachtwiech und Fleisch einzutreten.“

Die Stadtverordneten Düsseldorf überwiegen die Eingabe des Sozialdemokratischen Vereins, die Abhilfe der Fleischnot fordert, einer neungliedrigen Kommission, die schleunigst geeignete Vorschläge machen soll.

Die sozialdemokratische Fraktion des Gemeinderats von Mühlhausen i. G. beantragte eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag: 1. um sofortige Aufhebung der Zölle auf Vieh, Fleisch, Getreide und Futtermittel, des § 12 des Fleischbeschaugesetzes, des Einfuhrschleines; 2. den Lebensmittelverkauf — insbesondere Fleisch — berat zu organisieren, daß durch Einkauf direkt von Produzenten und Abgabe zum Selbstkostenpreise die Einwohner Mühlhausens vor zu großer Unterernährung bewahrt werden.

In Suhl beantragten die sozialdemokratischen Stadtverordneten eine Eingabe an Bundesrat und Reichstag um sofortige Aufhebung der Zölle und Grenzsperrungen für Lebensmittel, Einberufung des Reichstages, kommunale Einrichtungen zur Versorgung mit Nahrungsmitteln. Veschlossen wurde nur, eine gemischte Kommission zur Prüfung der Anträge einzusetzen.

Eine Teuerunginterpellation haben unsere Genossen im Württemberg-Stadtparlament eingebracht. Die Interpellation verlangt sofortige Aufhebung aller Zölle auf Getreide, Vieh, Fleisch und Futtermittel, Beseitigung des Scheins der Einfuhrschleine für Getreide und Beseitigung aller Verbote gegen die Einfuhr von Vieh und Fleisch, soweit sie nicht durch sanitäre Gründe unbedingt geboten sind. Ferner ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, selbst Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, der Lebensmittelteuerung entgegenzuwirken.

Protestkundgebungen gegen die Teuerung.

In Oera fanden am Mittwoch drei Versammlungen statt, die gegen die Fleischnot protestierten und von zirka 3000 Personen besucht waren. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Dienstag abend protestierte in Nordhausen eine Versammlung gegen die Hungerpolitik. Das Lokal war überfüllt, hunderte fanden keinen Einlaß. Es wurde eine Resolution angenommen, die die Öffnung der Grenzen und Einfuhrerleichterungen für ausländisches Fleisch verlangt. Eine Deputation soll der Stadtverwaltung die Forderungen der Arbeiter nach Vermittlung billigen Fleisches unterbreiten.

In Danzig protestierte eine stark besuchte Vorstanderversammlung der freien Gewerkschaften und der Partei gegen die Teuerung. Sie faßte eine Resolution, in der die Öffnung der Grenzen, die Einfuhr von billigem Gefrierfleisch und die Einberufung des Reichstages gefordert wird. Der Magistrat von Danzig soll aufgefordert werden, im Sinne der Resolution zu wirken und den städtischen Arbeitern Teuerungszulagen zu gewähren.

In Sommerfeld war die Protestversammlung gut besucht. Die Ausführungen des Referenten Hildebrandt-Neuköln wurden oft von Beifall unterbrochen. Die Resolution fand einstimmige, begeisterte Annahme.

In Mühlhausen i. Thür. protestierten 1200 Männer und Frauen gegen die Teuerung. In der Resolution wurden die üblichen Forderungen an die Regierung gestellt und die Stadtverwaltung dringend ersucht, auch endlich Schritte zur Selbsthilfe zu tun.

In Breslau fanden in verschiedenen Stadtteilen acht außerordentlich stark besuchte Versammlungen statt. In allen Versammlungen nahmen auch Hausfrauen das Wort, die ihrer Empörung über die Teuerung Ausdruck gaben. Unter stürmischem Beifall, besonders auch der Frauen, wurde der folgende Passus der Resolution angenommen:

„Schließlich fordert die Versammlung den sozialdemokratischen Parteitag in Chemnitz auf, den Anstoß zu einer allgemeinen Bewegung gegen die Fleischteuerung zu geben, die neben den Protestversammlungen und Flugblättern auch härtere Mittel der Demonstration, zum Beispiel den zeitlich begrenzten allgemeinen Fleischboikott, in Erwägung zieht.“

Einzelne der Versammlungen mählten wegen des ungeheuren Andranges ins Freie verlegt werden.

Eine Protestversammlung in Brandenburg a. d. Oavel war nicht nur sehr stark von Männern und Frauen der Arbeiterklasse, sondern auch von vielen Angehörigen der bürgerlichen Kreise besucht. In der beschlossenen Resolution wird die Regierung um schleunige durchgreifende Maßnahmen gegen die Teuerung und um die sofortige Einberufung des Reichstages ersucht.

Verbot der Einfuhr von frischem Fleisch.

Auf mehrfach geäußerten Wunsch geben wir den § 12 des Fleischbeschaugesetzes, der in seinen Konsequenzen die Einfuhr von frischem Fleisch so gut wie unmöglich macht und daher in erster Reihe auf das unumgängliche Maß zu beschränken ist, im Wortlaut wieder:

Die Einfuhr von Fleisch in luftdicht verschlossenen Mäßen oder ähnlichen Gefäßen, von Würsten oder sonstigen Gemengen aus zerhacktem Fleisch in das Zollinland ist verboten. — Im übrigen gelten für die Einfuhr von Fleisch in das Zollinland folgende Bedingungen:

1. Frisches Fleisch darf in das Zollinland nur in ganzen Tierkörpern, die bei Windtöten, ausschließlich der Häuter, und bei Schweinen in Hälften zerlegt sein können, eingeführt werden. — Mit den Tierkörpern müssen Brust- und Bauchfell, Lunge, Herz, Nieren, bei Kühen auch das Futter in natürlichem Zusammenhang verbunden sein. Der Bundesrat ist ermächtigt, diese Vorschriften auf weitere Organe auszuweiten.

2. Zubereitetes Fleisch darf nur eingeführt werden, wenn nach der Art seiner Gewinnung und Zubereitung Gefahren für die menschliche Gesundheit erfahrungsgemäß ausgeschlossen sind oder die Unschädlichkeit für die menschliche Gesundheit in zuverlässiger Weise bei der Einfuhr sich feststellen läßt. Die Feststellung gilt als unanfechtbar insbesondere bei Sendungen von Pöttefleisch, sofern das Gewicht einzelner Stücke weniger als 4 Kilogramm beträgt; auf Schinken, Speck und Därme findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. September 1912.

Knittel zum Duell gefordert!

Der Ehrenkodex des vornehmsten Adels ist ein eigenartliches Ding. Weil der auf die Denunziation seines Offizierskollegen Hauptmann Kammler hin gemahregelte Amtsrichter Knittel sein Recht wahrte, und seinen Ankläger als bössartigen Geisteschwachen bezeichnete, — aber nur der Wahrheit gemäß, wie die Strafkammer von Ratibor

feststellte — soll er sich jetzt mit seinem Demuzianten schicken. Der nach Gerichtsurteil bössartige Geisteschwache hat nämlich dem Amtsrichter Knittel eine Duellforderung geschickt, und zwar nach einem Beschlusse des Ehrentrats. Der Ehrentrat hat sich demnach mit dem vom Gericht wie erwählter qualifizierter Hauptmann Kammler gewissermaßen solidarisch erklärt und ihm das Recht zugesprochen, von Knittel „Satisfaktion“ zu verlangen.

Knittel ist selbst Amtsrichter, berufsmäßiger Jäger des Gesehes. Das Geseh verbietet den Knittel und stellt ihn unter Strafe. Trotzdem mutet das militärische Ehrengericht Knittel zu, daß er, um seine Offizierschere zu wahren, die Ehre Knittel begehrt, als Richter selbst zum Gesehesverächter zu werden, und obendrein eines gerichtsnotorischen bössartigen Geisteschwachen wegen.

Aber mehr noch: Knittel wurde als Offizier der Reserve grundlos gemahregelt. Durch die Gerichtsverhandlung und die gerichtliche Entlarvung seines Demuzianten hat er das festgestellt. Dafür soll er sich nun in eine Duellholzerlei mit seinem Demuzianten einlassen. Lehnt er das ab, so verstößt er gegen die besondere Ehre des vornehmsten Adels und macht sich seines Offiziercharakters unwürdig. Weil er sich sein geistliches Recht zu verschaffen suchte und weil er vom Boden des Gesehes auch der Duellforderung gegenüber nicht abweichen will, würde er als Offizier vollends fassiert werden!

Eine wahrhaft tolle Komödie. Ob Knittel das tun wird, wozu er als Amtsrichter und christgläubiger Zentrumsmann doppelt verpflichtet wäre; ob er die Duellforderung mit einem auch seiner festen Ueberzeugung nach Geisteschwachen ablehnen wird? Wir sind gespannt darauf!

Der Kampf gegen die Wachemiten

wird von der Koppischen Richtung eifrig fortgesetzt: Die Oppendorfsche Zeitschrift „Wahrheit und Klarheit“ quittiert den Empfang von neuem wichtigen Material gegen die Köhner Richtung. Herrn Wachem und seinen „Grünshäbeln“ sollen noch die Leviten gründlich gelesen werden. Zugleich fängt in der Zeitschrift „Das katholische Deutschland“ ein bis jetzt noch unbekanntes Einsender eine Artikelserie an, die gleichfalls recht verheißungsvoll für die Wachemiten ist. „Und es muß gesagt werden!“ so lautet die Ueberschrift der angefangenen Artikel. Dann heißt es:

„Ich tritt es mir in die Augen und die Feder zittert, wie ich sie ergreife — aber, was kein deutscher Katholik wagte — ich wage es — um der Wahrheit, um der Bemahrung des katholischen Glaubens willen — und ich richte den Katholikentag von Aachen — ich wage es — und ich sage ihm, daß er — als der erste, dem Befehl des gläubig katholischen Volkes im deutschen Vaterlande nicht entsprochen hat, daß er ein politischer, daß er ein Demonstrations-Katholikentag war. — Ein Katholikentag, der sich gegen den Papst und gegen seine Meinung ausspricht — eine lauchbare Auflage!“

Er hat böse Vorspiele gehabt — der Katholikentag in Augsburg 1908 brachte das erste Symptom der inneren Krankheit, mit der die „Köhner Richtung“ auch die Katholikentage zu vergiften begann — die preussischen Bischöfe mühten öffentlich gegen eine Resolution die Stimme erheben, welche die Interkonfessionalisierung der katholischen Kaufmannvereine bezweckte.

Das katholische Volk, welches teilnahm in Aachen, hat es meistens nicht gemerkt, daß die Tagung den Zweck hatte, dem Stahalter Christi vorzuspiegeln, wie fest, wie allgemein das katholische Volk Deutschlands auf dem Standpunkt der christlichen Gewerkschaften stehe. Es hat Beifall geflaskht, wo — ausnahmsweise — prononziert katholische Töne angeklungen wurden, wie beim Jesuitentag, aber auch da — wo die hochwürdige Leitung es zu Demonstrationszwecken nach Rom hin verlangte. A. D. dort, wo Sieberts — ausgerechnet der „aristokratische“ — Wiesberts die deutschen Katholiken belehrt, welche religiösen Aufgaben die Demutwanderung der Bevölkerung stelle, und dort, wo Herr Weber der Breslauerischen Bischöfenheit nachhelft durch eine schallende Demonstration für die „Christlichen“, wobei auch das Präsidium mitlatschte und demonstrierte. Wir kommen noch darauf zurück.

Es war kein deutscher Katholikentag, sondern ein „Köhner“ Katholikentag. Die Sünde gegen den heiligen Geist, welche die Lenker dieses Tages begingen, besteht darin, daß sie das katholische Glaubensbewußtsein zu einer Demonstration im „aristokratischen“ Sinne benutzten! Möge Gott der Herr sie ihnen verzeihen, aber unser Blatt will nicht stumm bleiben dabei — auch die Zeitunglenker werden von Gott nicht nur über ihre Aebten, sondern auch über ihr Schweigen gerichtet. Deswegen — ob es auch weh tut — um ähnliche Fälle zu verhüten, muß es gesagt werden.“

Oben wie die genannten Zeitschriften nimmt sich die „Ständeordnung“ die Köhner Richtung vor. Deren Kampfesweise sei die der Modernisten und Freimaurer, man grebe offenen Auseinandersetzungen aus dem Wege, wähle und hege nur im geheimen usw. Also der glänzende aberkünstliche Wachener Katholikentag hat den Wachemiten keine Ruhe gebracht. Wie es scheint, hat vielmehr die Wachener Tagung das Feuer im katholischen Bruderstreit erst recht gekürt.

Achtzehnhundertsechundsichziger Illusionen.

Erneuerung des Nationalliberalismus predigte kürzlich der preussische Landtagsmann Dr. Maurer in der „Nationalzeitung“. Ob ihm seine Leute zustimmen? Wir glauben es kaum, schon aus dem besondern Grunde nicht, weil er die nationalliberalen Parteikollegen aufforderte, sich an das grundlegende Programm der nationalliberalen Partei aus dem Jahre 1867 zu halten. „Man lese es und handele danach im kommenden Jahre!“

Das grundlegende Programm ist als Wahlausruf des geschäftsführenden Ausschusses der nationalliberalen Partei im Oktober 1867 erschienen. In seinem wichtigsten Teile lautet es:

„Preußens Geschichte sind enger als jemals mit den Lebensbedingungen des deutschen Volksgesistes verknüpft. Sie werden sich um so schleuniger und glorreicher erfüllen, je weiter und breiter die Beteiligung aller Klassen berangegogen wird.“

Das beschränkte Klassenwahlrecht hat sich überlebt und der nächste Landtag wird zu prüfen haben, in welcher Weise und unter was für Voraussetzungen der Uebergang zum allgemeinen Stimmrecht zu bereiten ist. Wenn das allgemeine Stimmrecht kann keine bereingelte Erscheinung bleiben, es bedarf einer Reihe auf Selbstverwaltung und Volksbildung gerichteter Gesetze, ohne welche der Staat, der sich auf das allgemeine Stimmrecht stützt, den gefährlichsten Schwankungen preisgegeben würde.“

Und Dr. Maurer glaubt, daß seine preussisch-nationalliberalen Genossen sich wieder an dieses Programm erinnern werden?

Noch in der Programmklärung der nationalliberalen Partei vom 21. Mai 1881 werden „alle Bestrebungen, gleichviel von welcher Seite sie kommen, welche auf die Schwächung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung und auf die Rückkehr zu abgestorbenen Formen unseres wirtschaftlichen Lebens gerichtet sind, entschieden bekämpft“.

Würde auch dieser Punkt noch festgehalten, die National- liberalen mühten mit aller Kraft, der sie fähig sind, sich selbst bekämpfen!

Herr Dr. Maurer wird seine Kollegen vergeblich rufen!

Teuerungsbekämpfung im bayerischen Landtag.

Aus München wird uns berichtet: Die Teuerungsbekämpfung im bayerischen Landtag erreichten am Mittwoch ihr Ende und am Schluss zugleich ihre Höhe, als Kuer in einer durch die Kraft ihrer Beweisführung stark wirkenden Anklagerede die Antwort auf das „Nicht“ des Ministers gab.

Kuer wies die statistischen Spielereien des Ministers zurück. Sodan habe auf die Begründung der sozialdemokratischen Interpellation überhaupt nicht geantwortet, sondern eine ihm vorher von seinen Referenten aufgeschriebene Abhandlung verlesen, die ihn außerdem mit lauter falschen Zahlen und Angaben bedient hätten. Die Antwort des Ministers habe den Eindruck gemacht, als ob ein adeliger Großgrundbesitzer in einem Vortrage in rücksichtslosster Weise seine persönlichen Interessen vertrete, nicht als ob ein Regierungsvertreter gesprochen, dem das Volkswohl am Herzen liegt.

Präsident v. Orterer unterlagte diese „schwere persönliche Beleidigung“.

Kuer beharrte unter lebhafter Zustimmung auf seiner Meinung. „Sie leugnen, Herr Minister“, sagte er, „die amtlichen Sanitätsberichte ab, die Ihrer Verwaltung unterstehen. Sie sprechen von gelegentlichen Krankheiten in einzelnen Bezirken, obwohl jene Berichte aus allen Teilen Bayerns Rückgang der Lebenshaltung infolge der Teuerung feststellen und die Berichte der Gewerbeinspektorate diese Angaben bestätigen.“

Weinerlich beklagte sich Herr v. Sodan über den Ton Kuers, und da man ihm in der Eile keine Antwort aufschreiben konnte, hielt er alle seine Behauptungen aufrecht. Schließlich verlangte er Achtung für seine persönliche Ueberzeugung.

Kuer erwiderte: Sie beanspruchen Achtung Ihrer persönlichen Ueberzeugung und wollen doch den größten Teil der bayerischen Bevölkerung wegen seiner Ueberzeugung rechtslos machen.

Orterer erteilte Kuer wegen dieser Behauptung einen Ordnungsruf.

Kuer: Das ist keine Behauptung, das ist eine Tatsache. Der Minister soll erst in der Achtung fremder Ueberzeugungen mit gutem Beispiel vorangehen. Der Minister kann nicht aus seiner Haut. Er ist Großgrundbesitzer und treibt Großgrundbesitzerpolitik.

Die Interpellation verlief ohne Ergebnis. Aber das Volk weiß nach diesem Vorspiel, was es von der Reichsregierung zu erwarten hat — den Nachweis, daß es nicht hungert. Sonst nichts!

Welche Bundesstaatsregierungen stellen sich in den Dienst der Scharfmacher?

Wie die „Landeszeitung für beide Mecklenburg“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, liegen beim Bundesrat von sechs Bundesregierungen, darunter einer süddeutschen, Anträge auf Verschärfung der Schutzbestimmungen für Arbeitswillige vor.

Die württembergische Regierung hat jüngst erklärt, daß sie einen solchen Antrag nicht gestellt habe. Waden kommt wohl auch kaum in Betracht, so daß von süddeutschen Regierungen eigentlich nur Bayern übrig bleibt. Von Hamburg und Sachsen ist bekannt, daß sie ein Zucht- hausgesetz erlassen. Bleiben also noch drei Regierungen, die es für geboten halten, von ihrer Zucht- hausbegeisterung der Öffentlichkeit vorläufig nichts wissen zu lassen. Zwei davon dürften die beiden Junterstaaten Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz stellen. Wer aber ist der dritte Staat, der den Befehlen der industriellen und agrarischen Scharfmacher folgt?

Konservative Wahlterroristen vor Gericht.

Ein an ostelbische Wahlpraktiken erinnernder skandalöser Vorfall, der sich am Stichwahltag in Rartröhlitz, Kreis Merseburg, ereignete, fand dieser Tage vor dem Raumburger Landgericht sein gerichtliches Nachspiel. Der als Wahlvorsteher fungierende Rittergutsbesitzer und Rittmeister a. D. Bode verurteilte den sozialdemokratischen Vertrauensmann, Gen. Bretschneider-Großlehna die Teilnahme an der Wahlhandlung, obwohl Bretschneider seine vom Ortsvorsteher aus Großlehna ausgestellte Wählerlegitimation vorgezeigt. Als Bretschneider dann zum Ueberflusse sich noch mit seiner vom Amtsvorsteher ausgestellten Nachfahrkarte legitimieren wollte, erklärte der Rittmeister a. D.: Die Karte er gehalten haben. Bretschneider ließ sich nicht einschüchtern, er erklärte vielmehr, er habe sich doppelt legitimiert und bleibe sitzen; er werde nur der Gewalt weichen. Daraufhin packten der Wahlvorsteher Rittmeister Bode und der Beisitzer Rittergutsbesitzer Albrecht den Genossen Bretschneider bei den Armen, um ihn herauszudrängen. Da das nicht gelang, winkte der Rittmeister seine Gutsleute heran, die nun auf Befehl Bretschneider brutal zur Tür hinaus warfen, so daß unser Genosse bewußtlos und mit einer klaffen Wunde am Kopf liegen blieb. Die erhebliche Verletzung machte unseren Genossen für mehrere Tage arbeitsunfähig.

Für dieses rohe Treiben hatte das Schöffengericht Freyburg nur den Rittergutsbesitzer Albrecht zu ganzen — drei Mark Geldstrafe verurteilt. Den Wahlvorsteher und Rittmeister a. D. Bode hatten die Schöffengerichter freigesprochen, weil es nach landrätlicher Anweisung ihm angedeutet war, im Wahllokal nur zu dulden, wen er wollte. — Vernünftigerweise, lehrte sich das Landgericht Raumburg nicht an dieser albernen Ausrede, sondern hob das freisprechende Urteil auf und erklärte dazu in der Begründung u. a.: Ob dem Wahlvorsteher die Papiere formell ausreichend erschienen konnten, bleibe dahingestellt. Es hätte dem Vorsteher aber nicht der geringste Zweifel darüber kommen dürfen, daß ein so anständiger Mann, wie der Privatkläger Bretschneider, die Legitimation sich von einem anderen anderen verschafft haben könnte. Eine ganz besondere Härte darin, daß er seine Leute zum Hinauswerfen herangeholt habe. Darin zeige sich ein ganz willkürliches Handeln. Auch die Beleidigungen seien nur ausgesprochen, um den Privatkläger und seine Partei herabzusetzen. Trotz aller Gereiztheit des Wahlkampfes hätte sich ein Mann von der Bildung des Angeklagten nicht soweit hinreich lassen dürfen. Die Strafe habe seiner Wohlhabensart angepaßt werden müssen. Deshalb sei wegen Körperverletzung und Beleidigung auf 100 Mark Geldstrafe oder 10 Tage Haft erkannt worden.

Außerdem wurde Bretschneider die Publikationsbefugnis für das Kreisblatt zugesprochen.

„Erfolge“ der behördlichen Jugendpflege.

Der preussische Staat hat im vergangenen Jahre eine Million, in diesem Jahre 1 1/2 Millionen Mark für die Zwecke der „nationalen Jugendpflege“ zur Verfügung gestellt. Ein erheblicher Teil dieser Millionenpönde fließt in die Kassen der religiösen Vereine, die selbstverständlich glauben, in erster Linie zur „nationalen Jugendpflege“ berufen zu sein. Natürlich wollen auch die behördlichen Organe in der „Fürsorge“ um die schulentlassene Jugend nicht zurückbleiben. Im Gegenteile, sie haben sich sogar, da ihnen ja reichliche Mittel zur Verfügung stehen, recht energisch dieser hohen „nationalen Aufgabe“ angenommen. Wie es da zugeht,

wo die Behörden „energisch eingegriffen“ haben, wird in einer Broschüre: „Pädagogische Wohlfahrts- und Heimatspflege mit besonderer Berücksichtigung der Jugendpflege“, die Schulrat Fritz Kempff, königlicher Kreisfachschulinspektor in Kempen-Posen verfaßt hat, geschildert.

Es heißt da: „In einem Nachbarreise sind frühliche von den Lehrern ins Leben gerufene Veranstaltungen eingeschlagen, weil der Ortsgeistliche gleichsam als Ortsfachschulinspektor in die Sache eingriff.“

Weiter teilt der Verfasser mit: „Ich hat vor einiger Zeit einen mir befreundeten Kreisfachschulinspektor um einen Bericht über die Jugendpflege in A., ich mußte nämlich, daß dort der evangelische Geistliche und mehrere Lehrer geradezu Musterbeispiele auf diesem Gebiete geleistet hatten. . . . In meinem Bedauern erfuhr ich aber, daß die Jugendpflege in einem tiefen Schlaf verfallen sei und daß es fraglich erscheine, ob noch einmal ein fröhliches Erwachen folgen werde. Man hat so lange organisiert, Ausschüsse gebildet, Sitzungen abgehalten, bis von der Jugendpflege nichts mehr zu merken war. So lange sie in der Stille wirken und wachsen konnte, gedieh alles prächtig, seit man aber behördlicherseits sich energisch der Sache annahm, konnte von einem Fortschritt nicht mehr die Rede sein. Die eigentlichen Jugendpfleger wurden sachte beiseite geschoben, ein Komitee wurde gebildet, eine höhere Polizeiperson trat an die Spitze, alles war vor- handen, bloß keine Jungen; die belamen's mit der Angst und blieben fort!“

Ein verfehlter Beschluß.

In dieser Notiz teilt uns unser Berichterstatter mit, daß die ge- rügte Resolution nicht vom Genossen Dr. August Müller-Hamburg eingebracht wurde, der sich vielmehr auf eine Besprechung des Genossen- schaftswesens beschränkte, sondern vom Genossen Karl Hoffmann- Viefelhof. Sachlich wird dadurch an unserer Kritik natürlich nichts geändert.

Einen Reinfall

erlitt der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie vor der Berufungskammer des Landgerichts zu Hildesheim. In der für den Wahlkreis Celle-Gisforn herausgegebenen Wochenschrift „Die Fackel“ hatte ein längerer Artikel mit dem Reichsverband gründlich abgerechnet. Wegen der darin enthaltenen Kennzeichnung der Agenten des Reichsverbandes fühlten sich der Generalsekretär Komoll in Hannover und noch zwei gänzlich unbekannt Sekretäre des Reichsverbandes beleidigt und erhoben gegen den Verleger der „Fackel“, Genossen Hoffmann in Celle, die Privatbeleidigungsklage. Genosse Hoffmann wurde auch aus § 21 des Preßgesetzes wegen Beleidigung zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. Der Antrag auf Publikation des Urteils in den Kreisblättern wurde dagegen ab- gelehnt. Hoffmann wurde nicht als Verfasser, sondern als Verleger bestraft.

Den Reichsverbändlern war die Strafe zu niedrig; sie legten Berufung ein. Hoffmann hatte sich bei dem Urteil des Amtsgerichts beruhigt und daher hand nur die eine höhere Strafe verlangende Berufung des Reichsverbandes zur Verhandlung. Der Vertreter Hoffmanns, Rechtsanwalt Dr. Müller II aus Hannover, machte nun darauf aufmerksam, daß eine Privatklage nach Stenglein und anderen Kommentatoren nicht auf Grund des § 21 des Preßgesetzes erhoben werden könne. Danach sei gegen einen Verleger nur die Offizialklage möglich. Das Gericht schloß sich diesen Auslegungen auch an und stellte auf die verschiedenen Einwendungen folgen- des fest:

Der Artikel enthält Beleidigungen gegen den Reichsverband; die Kläger sind zur Klage legitimiert, da sie als Mit- glieder des Reichsverbandes sich beleidigt fühlen können; daß aber der Angeklagte Hoffmann den Artikel verfaßt oder vor der Verbreitung gekannt hat, ist nicht erwiesen; da der § 21 des Preß- gesetzes für Privatklagen keine Anwendung finden kann, war eine Verurteilung Hoffmanns als Verleger nicht möglich. Eine von Klä- gern eingelegte Berufung wirkt auch zugunsten des An- geklagten; das Gericht hebt deshalb das Urteil der Vorinstanz auf und stellt das Verfahren ein.

In seiner Nachsicht konnte der Reichsverband sich nicht ärgern, und nun hat er durch seine Berufung unseren Genossen von der Strafe befreit und noch die sehr erheblichen Kosten zu tragen.

Der preussisch-bayerische Lotterievertrag.

Obgleich der bayerische Ministerpräsident Freiherr v. Hertling gestern in der bayerischen Kammer der Abgeordneten eine große staatsmännliche Rede über die Nützlichkeit einer Verständigung Bayerns mit Preußen über die sogenannte Lotterieverträge gehalten hat, verweist die Kammer heute den Staatsvertrag mit Preußen über die Klassenlotterie zu neuerlicher Beratung an den Finanz- ausschuss zurück.

Ein Soldatenschinder.

Aus Thorn wird uns geschrieben: Wegen Mißhandlung Untergebener in sechs Fällen, vorchrist- widriger Behandlung Untergebener in zehn Fällen, Beleidigung von Untergebenen in Verbindung mit Mißbrauch der Dienstgewalt in zwei Fällen und Verleitung von Untergebenen zur Begehung von Straftaten durch Mißbrauch der Dienstgewalt in zwei Fällen hatte sich der Unteroffizier Erich Weiner von der 8. Batterie 11 Fuß- Art.- Regim. zu verantworten. Weiner bildete im Winter 1910 Rekruten aus. Während der Instruktionstage ließ er die Kanoniere Schulze III und Herold einen Kohlenkasten stehlen, bis die Arme herunterfielen. Eines Abends nach Jopfenstreich mußte Schulze III ungefähr 20 Mal aufstehen und sich wieder ins Bett legen. Als Herold und Schulze III einmal schlummrige Füße hatten, mußten diese auf einen Schemel steigen, während er den übrigen Kameraden der Stube Befehl, den beiden auf die Füße zu spucken. Nach einem Rapport ließ Weiner den Kanonier Schulze mehrermale eine Wäsche hinauf- und hinablaufen. An einem anderen Tage mußte Schulze mit ge- strecktem Schemel in tiefer Kniebeuge bis zur Erschöpfung in der Stube herumhüpfen. In vier Fällen ließ er Herold und Schulze, welche unsauber waren, von ihren Kameraden am bloßen Ober- körper mit kaltem Wasser, Seife und Bürste bearbeiten, so daß Schulze blutete. Endlich machte Weiner zu den anderen Kanonieren Anmerkungen, in denen er ihnen Herold und Schulze der „kamerad- schaftlichen Liebe“ anempfohl.

Das Kriegsgericht ließ gegen Weiner, da ihm von seinen Vor- gefetzten gute Zeugnisse ausgestellt wurden, große Milde walten; es verurteilte ihn wegen vorchristwidriger Behandlung in zwölf Fällen, davon in vier Fällen in Verbindung mit Beleidigung, sowie wegen Aufforderung Untergebener zur Begehung von Straftaten in vier Fällen zu ganzen vier Wochen Mittelarrest.

So bekämpft man in Preußen Militärmißhandlungen.

Türkei.

Der jungtürkische Kongreß.

Konstantinopel, 4. September. In Anwesenheit von 55 früheren Abgeordneten, 4 Senatoren und 24 Delegierten beriet heute der jungtürkische Kongreß über die Verteili- gung an den Parliamentswahlen. Die Debatte verlief sehr stürmisch. Unter anhaltendem Lärm sprach sich der Kongreß durch Aufheben der Hände gegen die Teilnahme an den Wahlen aus. Darauf wurde die Sitzung unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen wurde die Abstimm- ung wiederholt und in namentlicher Abstimmung mit 66 gegen 13 Stimmen eine Resolution angenommen, in der es heißt: Das Komitee für Einheit und Fortschritt, das die Kammerabteilung als einen Angriff auf die Verfassung be- trachtet, hat beschlossen, an der Wahlteilzunehmer, um durch geeignete Mittel der Nation ihre Rechte zurückzu-

geben. In der nächsten Sitzung, die am Sonnabend statt- findet, soll die Reorganisation des Komitees beraten werden.

Die Friedensverhandlungen.

Konstantinopel, 5. September. Blättermeldungen zufolge beriet gestern der Ministerrat den Bericht der türkischen Delegierten über die Friedensverhandlungen. Nach dem Studium des Berichts werde die Worte den Dele- gierten neue Instruktionen für die Wiederauf- nahme der Verhandlungen erteilen.

Der Wechsel im italienischen Kommando.

Rom, 5. September. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht folgende Note: Nachdem die erste Phase der militärischen Opera- tionen in Libyen durch die tatsächliche Besetzung der Küste von Kap Macabaz bis Tobruk erfolgreich beendet ist, hat sich die Regierung, um eine weitere Ausdehnung der Operationen nach dem Innern zu erleichtern, entschlossen, die beiden Kommandos über die Truppen in Tripolitanien und in der Cyrenaika voneinander un- abhängig zu machen. Daher ist General Caneva, nachdem ihm das für sein Werk gebührende Lob ausgesprochen war, durch könig- lichen Erlaß vom 2. September seines Kommandos ent- hoben und in Tripolitanien durch Generalleutnant Ragni und in der Cyrenaika durch Generalleutnant Briccola ersetzt worden. Beide Generale erhalten die gleichen militärischen und zivilen Befugnisse, wie sie bisher das einheitliche Oberkommando in Tripolis inne hatte.

Marokko.

Vormarsch gegen El Hiba

Paris, 5. September. Wie die „Agence Havas“ aus Rabat vom 3. September meldet, hat General Dhautey ein- sofortiges Vorgehen der Abteilung des Oberst Mangin gegen den Prätendenten El Hiba beschlossen, um die in Marrakech gefangenen gehaltenen Franzosen zu befreien und da die Untätigkeit dem Prestige im Süden schädlich er- scheint. Der Ausbruch des Oberst Mangin soll binnen drei Tagen erfolgen.

Wie aus Casablanca berichtet wird, ist gestern ein Zuaven- bataillon abmarschiert, um Saffi und Mogador zu be- setzen.

Letzte Nachrichten.

Mahnahmen gegen die Teuerung.

Kassel, 5. September. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Magistrat von Kassel hat der Stadtverordnetenver- sammlung soeben von folgendem Beschluß Kenntnis gegeben:

1. Zur Behebung der Fleischteuerung alsbald eine Eingabe an den Bundesrat und Reichstag zu richten, in der die Oeff- nung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh, frischem Fleisch und sonstigen Lebensmitteln unter den veterinärpolizei- lichen erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen verlangt wird;
2. sich dem Antrage der Stadt Kassel anzuschließen, dahingehend, den in Düsseldorf zusammenstreichenden Städte- tag um ein energisches Eintreten für die Oeffnung der Grenzen Bundesrat und Reichstag zu ersuchen;
3. eine gemischte Kommission von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern zur Prüfung der Frage einzusetzen, in welcher Weise durch örtliche Maßnahmen der Fleisch- teuerung etwa entgegenge wirkt werden kann.

Diese Maßnahmen entsprechen teilweise den Forderungen zweier Versammlungen, die von der sozialdemokratischen Partei einberufen und von mehr als 2000 Personen besucht waren.

Braunschweig, 5. September. (P.-C.) Der Magistrat der Stadt Braunschweig richtete, den „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ zufolge, an das herzogliche Staatsministerium des Er- suchens, beim Bundesrat dahin zu wirken, daß ge- eignete Maßnahmen ergriffen werden, um der herr- schenden Fleischnot und Teuerung abzuhelfen. Ferner nahmen die Stadtverordneten einen Antrag an, der den Magistrat ersucht, Mittel und Wege ausfindig zu machen, daß auch seitens der Stadt der Teuerung gesteuert werde.

Streik in der Bismarckhütte.

Breslau, 5. September. (P.-C.) Der „Königsbrücker Zeitung“ zufolge sind 150 Mann von der Verlags- und Hochofenbetriebs- der zur Bismarckhütte gehörenden Halbhütte nicht zur Arbeit er- schienen. Sie fordern eine zehnprozentige Lohn- erhöhung und andere Vergünstigungen.

Ein Hoffnungsstrahl.

Bethune, 5. September. (B. L. W.) Während eines neuen Rettungsversuches in Clarence wurde in der Tiefe von 1000 Metern ein lebendes Pferd gefunden. Dadurch ist die Hoffnung, die ver- unglückten Bergleute noch lebend aufzufinden, wieder wach geworden.

Zwei weitere Grubenunglücke.

Walzenburg, 5. September. (B. L. W.) Wie das „Neue Tage- blatt“ meldet, wurden heute nachmittag auf dem Tiefbauschacht Segenshütte bei Altmasser 5 Bergarbeiter durch auf- getretene Grubengase betäubt aufgefunden. Die Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Von den Verunglückten waren drei verheiratet.

London, 5. September. (B. L. W.) Ein schwerer Unfall hat sich heute in einer Kohlengrube bei Dover zugetragen. Ein sehr großer Wassertank fiel infolge Nachgebens seiner Stützen in den Schacht, in dem mehrere Arbeiter beschäftigt waren. Vier von ihnen wurden getötet, sechs schwerverletzt, davon einer tödlich.

Ueberschwemmung in der Bukowina.

Czernewitz, 5. September. (P.-C.) Infolge der anhaltenden Regengüsse der letzten Tage ist im ganzen Lande eine kolossale Ueberschwemmung eingetreten. Insbesondere ist der Pruthfluß über seine Ufer getreten und hat weite Strecken überflutet. Zahl- reiche an diesem Fluß liegende Ortschaften stehen unter Wasser. Die Einwohner mußten in der Nacht fluchtartig ihre Wohnungen verlassen. Der Verkehr ist größtenteils unterbrochen. Militär ist zur Hilfeleistung abgegangen. Auch in der Hauptstadt Czernewitz steht das Wasser bereits in den niedergelegenen Stadtteilen. Falls das Regenwetter andauert, ist eine unabse- hbare Katastrophe zu erwarten. Das Wasser ist bisher noch im Steigen begriffen.

Eisenbahnkatastrophe in Melbourne.

Melbourne, 5. September. (P.-C.) Gestern Abend stieß in der Nähe des Bahnhofes der Spencer Street ein Güterzug, der nach Stadt Coburg fuhr, mit einem Personenzug zusammen, in welchem sich die Mitglieder eines Aderbaulongreffes befanden. Der Zusammenstoß war außerordentlich heftig; die Lokomotive und vier Wagen sind zertrümmert, zwei Frauen getötet und 49 Per- sonen verletzt, darunter 12 Lebensgefährlich.

Zur Landtagswahl-Taktik.

Von Paul Girsch.

Was zunächst den Verzicht auf möglichst erschöpfende Stimmzählung betrifft, so bin ich der Meinung, daß dieser Verzicht nicht viel auf sich hat. Aus diesem Grunde habe ich ja auch in der „Chemnitzer Volksstimme“ vom 4. Juli ein taktisches Zusammengehen mit den Fortschrittler schon bei den Urwahlen angeregt. Gewiß kann man hiergegen einwenden, daß es aufreizend wirkt, wenn man zahlenmäßig nachweisen kann, daß die Sozialdemokratie bei fast 24 Prozent aller Urwählerstimmen ganze sieben Vertreter, die Konservativen dagegen bei nur 14,15 Prozent der Urwählerstimmen 152 Vertreter ins Parlament entsenden konnten. Aber im großen ganzen hat die Stimmzählung unter dem Dreiklassenwahlssystem mit der öffentlichen Stimmabgabe und den sonstigen Schikanen doch nur sehr bedingten Wert. An Stoff zur Aufklärung und Klärung der Massen über das ihnen zugefügte Unrecht fehlt es uns nicht, wir könnten deshalb auf die Stimmzählung sehr wohl verzichten, vorausgesetzt, daß wir dadurch auf der anderen Seite Vorteile für uns herausholen und die Zahl der Anhänger des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im Parlament vermehren könnten.

Anders steht es mit dem Verzicht auf Gegenfeitigkeit im Unterstützen von Kandidaten. Seitdem die Sozialdemokratie sich an den Wahlen zum preussischen Landtage beteiligt, hat sie auf die Gegenfeitigkeit großen Wert gelegt. Bereits die am 26. April 1903 abgehaltene Landeskonferenz hat in Uebereinstimmung mit dem Mainzer Parteitagbeschlusse ausdrücklich bestimmt, daß wir in Wahlkreisen mit mehr als einem Abgeordneten nur unter Verbürgung der vollen Gegenfeitigkeit für liberale Kandidaten stimmen dürfen. Ähnlich war unsere Taktik im Jahre 1908, wo wir bei den Urwahlen in Landtagswahlkreisen, in denen nur ein Abgeordneter zu wählen ist, in der Stichwahl die Wahlmänner der bürgerlichen Parteien nur dann unterstützt haben, wenn deren Abgeordneten Kandidat mindestens 5 Tage vor den Urwahlen schriftlich erklärt hat, daß er für den Fall seiner Wahl in der Session 1908 die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen sowie eine neue Wahlkreiseinteilung beantragen oder für einen solchen Antrag stimmen wird, wenn er von anderer Seite beantragt wird, während wir in Kreisen, in denen mehr als ein Abgeordneter zu wählen ist, in der Stichwahl die Wahlmänner derjenigen bürgerlichen Parteien unterstützt haben, deren Wahlkomitee sich unter gewissen Voraussetzungen bereit erklärte, der Sozialdemokratie ein Mandat abzutreten. Für den Fall, daß das bürgerliche Wahlkomitee und sein Wahlmann unsere Bedingungen nicht erfüllten, war strikte Stimmhaltung bei den Stichwahlen angeordnet. In bezug auf die Stellungnahme zur Abgeordnetenwahl galt die Bestimmung, daß wir in Kreisen mit einem Abgeordneten bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien nur Kandidaten unterstützten, die sich für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen schriftlich erklärt hatten, und daß wir in Kreisen mit mehr als einem Abgeordneten, wo wir den Ausschlag bei der Stichwahl zu geben haben, bereits vor den Urwahlen die Uebertragung eines Mandats forderten. Für den Fall der Bewilli-

gung dieser Forderung war beschlossen, daß die sozialdemokratischen Wahlmänner schon im ersten Wahlgang außer für einen sozialdemokratischen Kandidaten für die Kandidaten der betreffenden bürgerlichen Partei stimmen sollten. Wurde die Forderung dagegen nicht bewilligt, so hatten die sozialdemokratischen Wahlmänner in der Hauptwahl nur für ihre Kandidaten zu stimmen, und sich bei den Stichwahlen der Stimme zu enthalten. Die Ausnahmen, die mit Genehmigung des Zentralwahlkomitees zulässig waren, können wir an dieser Stelle als unerheblich übergehen.

In der Praxis haben wir tatsächlich diese Taktik auch befolgt. Ich erinnere nur an die Wahl in dem damals noch ungeteilten Riesenwahlkreise Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg vom Jahre 1908, wo 1020 konservative 920 freisinnig-liberalen und 654 sozialdemokratischen Wahlmännern gegenüberstanden, wo aber die Liberalen unser Angebot, uns ein Mandat abzutreten, rundweg ablehnten und wir uns infolgedessen bei der Stichwahl der Abstimmung enthielten. Niemand hat schärfer als Eduard Bernstein das damalige Verhalten der Liberalen verurteilt, die indirekt der Reaktionskräfte die beiden Mandate des Kreises zugeschanzt haben. Sogar er doch, in den Sozialistischen Monatsheften 1908 Nr. 12, aus der Zurückweisung unseres Angebots durch die Freisinnigen den Schluß, daß diese die Sozialdemokraten als Staatsbürger zweiter Klasse ansehen, daß sie praktisch nichts anderes tun, „als was die Konservativen in ihren Wahlflugblättern offen auszusprechen den — allerdings auch einen ungläubigen geistigen Tiefstand anzeigenden — Mut hatten: Nimmermehr darf ein Sozialdemokrat in den preussischen Landtag einziehen.“ Und Bernstein fügte hinzu:

„Daß eine Wahlreform in Preußen dringend notwendig ist, das weiß der Himmel. Aber ob sie kommt, das hängt nicht von den Liberalen ab. Selbst wenn die Sozialdemokratie die Selbstentmannung so weit getrieben hätte, überall für den Liberalen zu stimmen, würden die liberalen Fraktionen zusammen es im höchsten Falle auf 120 bis 130 Abgeordnete gebracht haben.“

Zu einem noch schärferen Urteil über die Taktik der Liberalen kommt Bernstein am Schluß jenes Artikels bei einem Ausblick auf die Wahlen des Jahres 1908:

„Was im deutschen Bürgerium noch ein wenig demokratisch denkt, darf überzeugt sein, daß was auch kommen mag, wie arg auch die Reaktion sich breit machen mag, dann ebenso wie diesmal nicht eine einzige sozialdemokratische Stimme für einen Freisinnigen zu haben sein wird, dessen politisches Einmaleins 1600 000 = 0 sein läßt.“

So Bernstein im Jahre 1908. Was er heute im Anschluß an Eisner empfiehlt, erschien ihm damals als Selbstentmannung. Damals billigte er die Taktik der Partei, er konnte sie gar nicht zeitig genug auch für die nächsten Wahlen als die einzig richtige anpreisen, und heute verdammt er dieselbe Taktik in Grund und Boden. Ich muß gestehen, daß ich es da doch lieber mit dem Bernstein vom Jahre 1903 als mit dem Eisner und Bernstein vom Jahre 1912 halte. In der Zwischenzeit hat sich nichts geändert, was uns bewegen könnte, von unserer bisherigen Taktik abzulassen. Ob die Fortschrittler auch diesmal wieder jedes Eintreten für sozialdemokratische Kandidaten ablehnen, das mögen sie mit sich selbst abmachen. Offiziell hat die fortschrittliche Volkspartei dazu bisher keine Stellung genommen, es liegt nur die Äußerung des Abgeordneten Dr. Schepp aus dem „Tag“ vom 28. August vor, die allerdings darauf schließen läßt, daß er und seine Freunde aus der Vergangenheit nichts gelernt haben. Scheuen die Fortschrittler ein taktisches Zusammengehen mit den Sozialdemokraten, so tragen sie und nicht wir die Verantwortung dafür, wenn die Reaktion aus dem Wahlkampf nicht geschwächt hervorgeht.

Ueber den Verzicht auf ein Mindestprogramm der Liberalen ist nicht viel zu sagen. Bern-

stein selbst betont ja bereits, daß es sich hier nur um die Nationalliberalen handeln kann, da das Programm der Fortschrittler die Uebertragung des Reichswahlrechts auf Preußen verlangt, und über die Bernsteinische Anschauung, daß die Zahl unserer Vertreter sich durch das von den Nationalliberalen erstrebte Pluralwahlrecht etwa verzehnfachen würde, habe ich mich bereits in dem vorhergehenden Artikel geäußert. Gewiß ist die Sprengung der jetzigen konservativ-kerikalischen Mehrheit eine unbedingte Notwendigkeit, aber glaubt im Ernst jemand daran, daß uns das durch die von Eisner und Bernstein empfohlene Taktik möglich ist? Glaubte im Ernst jemand daran, daß wir auf diese Weise den Schwarz-Blauen 90 bis 100 Mandate abnehmen können? 120 bis 130 Abgeordnete für die liberalen Fraktionen zusammen rechnete Bernstein im günstigsten Falle im Jahre 1903 bei einem Eintreten der Sozialdemokraten für die Liberalen auf der ganzen Linie heraus. Mehr werden es auch heute kaum sein, und da die Nationalliberalen und Fortschrittler bereits etwas mehr als 100 Sitze am Abgeordnetenhaus einnehmen, so würde selbst nach der Berechnung von Bernstein das Ergebnis der Eisnerschen Taktik eine Vermehrung ihrer Mandate um höchstens 20 bis 30 bedeuten.

Schließlich noch ein Wort über den Verzicht auf die Differenzierung der Kandidaten. In dieser Frage weicht Bernstein von Eisner insofern ab, als er nicht jedem Nationalliberalen ohne weiteres die Stimmen der Sozialdemokraten zuführen will. Notorische Scharfmacher sollen unserer Unterstützung nicht teilhaftig werden. Nach dem vorher Gesagten brauche ich meinen Standpunkt, daß für uns nur die Unterstützung von Anhängern des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Frage kommen kann, nicht noch besonders zu begründen. Da es preussische Nationalliberale, die auf dem Boden der Uebertragung des Reichswahlrechts auf Preußen stehen, nicht gibt, wenigstens nicht unter den offiziellen Kandidaten der Partei, so ist für uns die Unterstützung Nationalliberaler ausgeschlossen. Sollte irgendwo ein weiser Rabe auftauchen, der sich in einer so grundsätzlichen Frage von seinen Parteifreunden trennt, so können wir weiter darüber reden.

Also nicht aus Liebe am Althergebrachten, nicht aus Freude am geduldrigen Beharren und zähen Aushalten, auch nicht aus Furcht, es könnte dadurch Vermirrung in die Reihen der Wähler getragen werden, verwerfe ich die Vorschläge von Eisner und Bernstein. Den Wählern die neue Taktik vorzumachen wäre nicht schwer, aber die Vorbedingung dafür ist die Ueberzeugung von ihrer Richtigkeit, und diese Ueberzeugung habe ich bisher nicht gewinnen können. Für die Sozialdemokratie würden gar keine Vorteile dabei herauspringen und für die Sprengung des Dreiklassenwahlsystems würden die Chancen so gering sein, daß der Einsatz in das Spiel in gar keinem Verhältnis zu den Gewinnaussichten steht. Sollten wir daran fest, daß wir in Wahlkreisen mit mehr als einem Abgeordneten unter Verbürgung voller Gegenfeitigkeit den Fortschrittler ein Zusammengehen anbieten, so würden wir unter der Voraussetzung, daß die Fortschrittler darauf eingehen, der Reaktion annähernd ebenso viel Mandate abnehmen können, wie Bernstein bei der von ihm 1903 als Selbstentmannung bezeichneten, jetzt so warm angepriesenen Taktik als Gewinn für die Liberalen herausgerechnet hat. Sicher würden wir im Verein mit den Fortschrittler erobert können Ober- und Niederbarnim mit drei, West-Haveland-Brandenburg-Zauch-Belzig mit drei, Teltow-Beeskow mit zwei, Breslau-Stadt mit drei, Herford-Galle-Bielefeld mit drei, vielleicht auch West- und Ostpreignitz mit drei und Kottbus-Spremberg mit zwei Abgeordneten. Bedenkt man weiter, daß wir durch die Erfahrungen gewiß wohl nirgends mehr einem Zentrumsmann in der Stichwahl zum Siege verhelfen werden, so würde das den schwarzblauen Vloed weitere drei bis vier Mandate kosten, die voraussichtlich

Kleines Feuilleton.

Emil Fischer, der Berliner Chemiker, begeht am 8. September die Feier seines 70. Geburtstages. Fischer gehört zu den erfolgreichsten Forschern unserer Zeit. Schon in verhältnismäßig jungen Jahren — er hatte die 30 erst wenig überschritten — gelang ihm die Entdeckung des Phenylhydracins, eines chemischen Körpers, auf den die verschiedenen Zuderarten in verschiedener Weise reagieren oder unter Bildung leicht unterscheidbarer Stoffe einwirken. Dadurch wurde Fischer weiter geführt zur Untersuchung der Kohlehydrate, wobei es ihm gelang (Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts) den Aufbau der verschiedenen Zuderarten festzustellen, bestehende Zerstörer über ihren Aufbau zu beleuchten und eine ganze Reihe neuer Zuderarten, die bis dahin noch gar nicht bekannt waren und in der Natur nicht vorkommen, künstlich herzustellen. Ebenso gelang ihm die Synthese (künstliche Herstellung) der meisten bekannten Zuderarten. Diese Arbeiten begründeten seinen Weltruf; er war ganz allgemein als der Zuder-Fischer bekannt, ein Weiname, der ihm noch lange Zeit verblieb, als er 1892 von der Würzburger an die Berliner Universität berufen wurde, an der er heute noch wirkt.

Die Arbeiten Fischers beschränkten sich aber keineswegs auf Zuder. Wir verdanken ihm auch die Synthese vieler Körper der sogenannten Purinreihe; in diese Gruppe gehören äußerst wichtige Substanzen, wie die Harnsäure, ferner die Hauptbestandteile des Kaffees, Tee und Kakao (Koffein, Thein, Theobromin). Die Aufklärung der Konstitution der Harnsäure, mit der auch die anderen genannten Körper chemisch verwandt sind, hat große Bedeutung für die Medizin gehabt und hat weiter zur künstlichen Herstellung einer ganzen Reihe dieser wesentlichen Alkaloide sowie anderer in der Natur nicht vorkommender zu Arzneizwecken geführt.

Vor etwa zehn, elf Jahren erlangt Fischer das Veronal, jetzt eines der bekanntesten und wirksamsten Schlafmittel.

Seit 1894 hatte Fischer sich ganz besonders der Chemie der Eiweißkörper zugewandt, der biologisch wichtigsten Gruppe chemischer Substanzen. Er führte diese große Gruppe auf einen verhältnismäßig einfachen Atomenkomplex (Grundsubstanz) zurück, die sogenannte Aminosäure, mit deren Hilfe ihm die künstliche Herstellung einer ganzen Reihe von Eiweißarten, der Polypeptide, gelang. Diese ungemessenen Erfolge haben seinen früheren Weinamen, wenn auch nicht in Vergessenheit, so doch in Abnahme gebracht; er wird heute allgemein als der Eiweiß-Fischer bezeichnet. Die Chemie der Eiweißstoffe, dieses für die Wissenschaft so unendlich wichtige Gebiet, wurde durch ihn eigentlich erst der systematischen Erforschung zugänglich gemacht; besonders in physiologischer Beziehung, namentlich bezüglich der Aufnahme von Nahrungstoffen und ihrer Verarbeitung durch den menschlichen und tierischen Körper, haben Fischers Arbeiten der Forschung ganz neue Bahnen erschlossen.

Bei diesen Verdiensten um die Wissenschaft konnte auch die äußere Anerkennung nicht ausbleiben; wir erwähnen nur die Verleihung des Nobelpreises an Fischer (1902).

Im persönlichen Verkehr ist der Jubilar liebenswürdig und anregend; nur hat er eine recht unmoderne annütende Schwäche: Aus seinem Institut sind studierende Frauen verbannt. Als er nach Berlin kam, führte er diesen Grund nicht so unbedingt durch wie später; damals wurden ausnahmsweise auch bei ihm Studentinnen zugelassen. Nachdem aber einer seiner Assistenten sich mit einer der Praktikantinnen verlobte und bald darauf verheiratete, fürchtete er vielleicht, das Institut könne den Charakter einer Ehevermittlungskanzlei annehmen und verlagte fernwehlich seine Einwilligung. Unseres Erachtens ist es überhaupt unzulässig, die Benutzung der staatlichen Einrichtungen zum Studium von dem Belieben einzelner Professoren und Institutsleiter abhängig zu machen. Doch darüber wollen wir an seinem Geburtstage mit dem Gelehrten nicht rechten. Hoffentlich bleibt ihm die geistige Frische noch recht lange erhalten.

Die Wüste im Amursch... Eine Darlegung des russischen Generals Wittchenko, der sich als Oberbefehlshaber der Kasakenregimenter des Donbezirks in Koboltscher-Kast befindet, schildert die große Gefahr, die jenen Gegenden durch die Invasion großer Sandmassen droht. Städte und Dörfer des Dongebietes haben zu ihrer Bekämpfung schon über eine Million Mark aufgewendet und damit 600 000 Quadratmeter von dem Verlandbetrieben bewahrt, — aber nur einstweilen. Schon im Jahre 1892 hatte der russische Gelehrte Wladimir Solowich prophezeit: „Der große Feind kommt aus dem Orient. Er ist für uns schlimmer als die alles zerstörenden mongolischen Horden, denn es ist die Wüste Asiens selbst, die, vom Wind in Bewegung gesetzt, ihre Sandzungen immer weiter ausstreckt, und dort, wo sie sich einmal festgesetzt hat, keine Vegetation mehr entstehen läßt. Sie ist im Amursch begriffen gegen uns und bedroht mit ihrem tobdringenden Sand bereits die Tore von Riew.“

Im Dongebiet existiert ein Volksstamm, der infolge des Vordringens der Wüste innerhalb der letzten fünfzig Jahre schon viermal seine Wohnsitz ändern mußte. Für jene Gebiete, deren Waldbestände von den Einwohnern aus Gewinnsucht oder anderen Motiven gefällt wurden, ist die Gefahr am größten, denn die Waldungen sind Dämme, die dem sich heranwühlenden Sandmeer den stärksten Widerstand entgegensetzen. Man berechnet, daß Jahr für Jahr 1500 Quadratmeter fruchtbares Land im Gouvernement des Don und 4000 Quadratmeter im Gouvernement Astrachan unter der gelben Flut verschwinden. Im abgelaufenen Jahr erreichte der Vernichtungsschritt seine größte Ausdehnung seit einem Menschenalter. Wiederaufholung, — das ist die einzige Möglichkeit, die Rettung bringen kann. Wie man im Elden Kalabriens durch Wiederanpflanzung von Bäumen die alte Fruchtbarkeit des Landes wiedergewonnen sucht, so will man in den beiden entlegenen russischen Provinzen durch Wiederaufforstung die Kultur-

gebiete vor der Verwüstung schützen. Die Kosten würden, so haben russische Forstleute berechnet, gering sein im Vergleich zu den drohenden Verlusten. Man muß für den Hektar Land etwas über 30 M. aufwenden; das bedeutet eine jährliche Ausgabe von 300 000 M., durch die ein Verlust vermieden werden kann, der für jedes einzelne Jahr auf 8 Millionen Mark zu veranschlagen ist.

Notizen.

- Das Neue Volks-Theater bereitet zum 14. d. Mts. eine Uraufführung von Gogols Einakter: „Die Spieler“ vor.
- Das Neue Schauspielhaus am Rollendorfsplatz wurde von Gustav Charité als künftigen Direktor für den Münchener Dreimaskenverlag auf drei Jahre gepachtet. Inzwischen erhielt er die polizeiliche Konzession vom 1. September ab.
- Deutsche Bibliothek. Ein unter diesem Namen in Berlin gegründetes großes Verlagsunternehmen will demnächst seine ersten Veröffentlichungen auf den Büchermarkt bringen. Es sind vorerst Herausgaben klassischer Bücher, die in besonders geschmackvoller Ausstattung zu dem Einheitspreise von 1 Mark für den in Leinwand gebundenen Band herausgegeben werden.
- Die Ausstellung für Wohnungskunst in der Philharmonie wird am Sonntag, den 8. September geschlossen. Heute Freitag spricht Herr Redakteur Feder dort in weichen Sälen über die Weiten des Tapezierers und Dekorateurs in der modernen Wohnung. Besonders Eintrittsgeld wird nicht erhoben.
- Karl Goldmark, der Restor aller deutschen Komponisten — er steht im 83. Lebensjahr — beschäftigt eine neue komische Oper im Stil des Rossinischen „Barbier von Sevilla“ zu schreiben. Das zweitägige Libretto stammt von seinem langjährigen Mitarbeiter A. W. Müller.
- E. W. Korngolds „Schauspiel-Duett“, das neueste Werk des erst fünfzehnjährigen Wiener Komponisten wird in diesem Winter in weit über hundert Städten zu Gehör kommen.
- Der Konkurrenzkampf um Wagners Parsifal. Die Direktion der Pariser Großen Oper erklärt: Sie sei genötigt (!), den Parsifal gleich im Jahre 1914 aufzuführen, sonst läme ihr ein anderes Pariser Unternehmen damit zuvor.
- Henri Jbsens Wohn- und Sterbehäuser in Christiania, ein an der Ecke des Drammenweg und der Arbinsgate gelegener Bau, wird, anstatt eines früher geplanten Jbsensmuseums, jetzt in ein — Hotel mit Café verwandelt. ... Sie transit gloria mundi!
- Riesen-Refordpreise für Kunstwerke. Auf der Auktion Taylor in London wurden für 25 Zeichnungen von Turner zwei Millionen Mark bezahlt. Bei Christie ging eine chinesische Vase, die vor 17 Jahren 6500 M. gebracht hatte, für 198 000 M. weg. Am selben Ort erzielten 18 angeblich echte Gemälde Corots in 45 Minuten 1 250 000 M. . .

Den Nationalliberalen zufallen würden. Dazu kommt, daß ein faktisches Zusammengehen in den Kreisen mit mehr als einem Abgeordneten naturgemäß nicht ohne Rückwirkung auf die Kreise mit einem Abgeordneten bleiben würde, wo wir selbst keine Aussicht auf Gewinnung des Mandats haben, wo wir aber die Wahl des Fortschrittlers herbeiführen könnten. Genaue Berechnungen lassen sich nicht anstellen, aber immerhin wäre eine Schwächung der Reaktion um 20 bis 30 Mandate das mindeste.

Gewiß genügt das nicht, um die Mehrheitsverhältnisse im Landtage wesentlich zu verschieben, oder gar um eine Mehrheit für eine vernünftige Wahlreform zu sichern. Aber es macht doch einen gewaltigen Unterschied, ob 60 oder ob 80 bis 90 Anhänger des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts im Landtage sitzen. Mit einem solchen Heere läßt sich der Wahlrechtskampf von der Tribüne des Abgeordnetenhauses, unterstützt durch den Reichstag und getragen von dem Willen des Volkes, das seine Demonstrationen stärker und stärker gestalten muß, schon leichter führen als heute. Wie es erst des Ansturms der Massen bedurft hat, um die Regierung überhaupt zur Einbringung einer Wahlrechtsvorlage zu zwingen, so wird vor dem Willen des Volkes, gleichviel ob es seinen Willen bei den Landtagswahlen, bei den Reichstagswahlen oder wo immer zum Ausdruck bringt, schließlich auch die konservativ-kerisale Mehrheit des Preußenparlamentes kapitulieren müssen.

In dem Artikel „Zur Landtagswahl-Taktik“ in Nr. 207 ist infolge des Ausfalls einer Zeile ein Satz in Spalte 2, zweiter Absatz, unverständlich geworden. Der Satz muß heißen:

„Ist auf das Zentrum wegen seiner fortgesetzten Verweigerung kein Verlaß, so können wir mit den Nationalliberalen wegen ihrer Segnerschaft gegen ein gleiches Wahlrecht nicht zusammengehen.“ Selbst wenn wir mit den Nationalliberalen und mit dem Zentrum — soweit ihre Mannen nicht abkommandiert werden — für die geheime und direkte Stimmabgabe votieren, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß wir einer Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts, die sich auf diese beiden Punkte beschränkt, zustimmen müssen.“

Der 45. britische Gewerkschaftskongreß.

Newport, 3. September 1912. (Eig. Ber.)
Nach der Wahl der Kongreßbeamten und Ausschüsse schritt man zur Beratung der Frage des Zusammenschlusses der Gewerkschaften. Zu diesem Punkte hatten die Maurer eine Resolution gestellt, die die Beschlüsse des Kongresses der letzten zwei Jahre in dieser Frage bekräftigte. Man glaubte allgemein, daß diese Resolution zu einer der wichtigsten Debatten Anlaß geben würde. Denn die Nationale Gewerkschaft der Dodarbeiter hatte ein Amendement folgenden Inhalts gestellt: (Der Kongreß) beauftragt das Parlamentarische Komitee, zu versuchen, die Verschmelzung der verschiedenen Gewerkschaften desselben Berufs herbeizuführen, so daß in jedem einzelnen Beruf nur eine Gewerkschaft besteht, oder andernfalls die Föderation aller Gewerkschaften in derselben Industrie herbeizuführen, so daß in bezug auf Taktik und Vertragsverhältnisse Einheitlichkeit erzielt wird. Dieser Kongreß weißt auch die Propaganda des Syndikalismus zurück. Dieser letzte Satz wurde auf Vorschlag des Parlamentarischen Komitees als nicht zum Thema gehörig gestrichen. Da dieser Satz aber gerade das interessanteste Thema anschnitt, gestaltete sich die Debatte nur zu einer Wiederholung der so oft gehörten Argumente für die Verschmelzung der einzelnen Gewerkschaften eines Berufs. Kessell (Dodarbeiter), der zu dem Amendement sprach, bemerkte, daß die Zeit der teilweisen Streiks noch lange nicht vorüber sei. Die Wirksamkeit eines nationalen Streiks in einer Industrie sei manchmal sehr problematisch. Wäre während des letzten Londoner Streiks ein nationaler Ausstand zustande gekommen, so wäre der Kampf sicher zumgunsten der Arbeiter ausgefallen. Nach kurzer Diskussion wurde das Amendement an Stelle der Resolution als Resolution angenommen.

Am Schluß der Sitzung des ersten Tages erregte sich noch ein amüsant Vorkommnis. Die Kongreßdelegierten waren, wie ein von dem Präsidenten verlesener Brief mitteilte, von dem konstitutionellen Arbeiterklub Newport zu Ehrenmitgliedern ernannt worden. Die unerwartete Möglichkeit leitens eines der konservativen Vereine, deren Haupttätigkeit darin besteht, bei Wahlen und ähnlichen Angelegenheiten das nötige Agitationsbüro anzufahren zu lassen, verursachte zuerst ein bellommenes Schweigen, das der Präsident mit der Erklärung brach, daß der konstitutionelle Arbeiterklub jedenfalls die übliche Absicht hege, die Delegierten während der Kongreßwoche in Getränken freizuhalten.

Zweiter Tag.
Zur Anfang der Sitzung wurde der Bericht des Parlamentarischen Komitees besprochen.

Short (Kesselschmiede) beklagte sich über die Haltung des Komitees in bezug auf den „Daily Citizen“, das neue Arbeiterblatt, das nächsten Monat in Manchester erscheinen soll.

Howe man (Sekretär des Komitees) erklärte die Handlungsweise des Komitees. Als der „Daily Herald“, das schon bestehende Arbeiterblatt, herauskam, wendeten sich die Gründer an das Parlamentarische Komitee und räumten ihm zwei Sitze im Verwaltungsrat ein. Der Vorschlag wurde angenommen. Bald darauf empfing das Komitee eine Deputation der Gründer des „Daily Citizen“, die eine ähnliche Einladung überbrachte. Da die Einladung jedoch nicht schriftlich bestätigt wurde, entstand ein Mißverständnis und das Komitee unternahm keine weiteren Schritte in der Angelegenheit. Die Gründer des „Daily Citizen“ glaubten, das Parlamentarische Komitee stehe ihrem Unternehmen interessellos oder gar feindselig gegenüber. Das ist aber keineswegs der Fall. Wir werden den „Daily Citizen“ mit allen Kräften unterstützen. Die Streitigkeiten, die zwischen dem „Daily Herald“ und dem „Daily Citizen“ ausgebrochen, haben absolut keinen Sinn. In England nicht groß genug für zwei Arbeiterblätter? In Deutschland haben unsere Freunde 80 Tagesblätter, und keinem einzigen derselben wird es einfallen, seinem Nachbar das Leben zu mißgönnen.

Parlamentarische Mitglied Ward (Erdarbeiter): Die veröffentlichte Korrespondenz beweist, daß die Unduldsamkeit nicht bei dem Parlamentarischen Komitee, sondern bei den Leuten vom „Daily Citizen“ zu suchen ist, die alles getan haben, um den Bestand des „Daily Herald“ in Frage zu stellen. Wenn dieser intolerante Geist den „Daily Citizen“ beherrschen wird, wird das Blatt kein langes Leben haben.

Parlamentarische Mitglied Roberts (Buchdrucker): Nachdem das Parlamentarische Komitee die Deputation vom „Daily Citizen“ empfangen, versprach es, eine Antwort auf die Einladung zu geben. Diese Antwort ist ausgeblieben. Es hat es vorgezogen, ein Blatt zu unterstützen, das sich jetzt an die Feinde der Arbeiter mit der Bitte wendet, es finanziell zu unterstützen. Das ist mir aus guter Quelle mitgeteilt worden, und wenn es nicht wahr ist, werden wir ja die Antwort gleich hören.

Dent (Buchdrucker) verteidigt das Parlamentarische Komitee, das recht getan habe, das einzige Arbeiterblatt zu unterstützen, das augenblicklich in Großbritannien erscheine.

Howe man (Sekretär) kritisiert den „Daily Herald“, weil dieser die Londoner Schneider in ihrem Kampfe unterstützt und die Mitglieder seiner Organisation, die sich nicht am Kampfe beteiligen hätten, Streikbrecher genannt habe.

Edwards (Druckereihilfsarbeiter, Vorsitzender des Verwaltungsausschusses des „Daily Herald“): Das Parlamentarische Komitee konnte nicht anders, als den „Daily Herald“, das einzige Arbeiterblatt, zu unterstützen. Es sind die Gründer des „Daily Citizen“, die den Streit angefangen, die stets erklärt haben, der „Daily Herald“ sei nicht lebensfähig und sei deshalb auch nicht zu unterstützen. In dem Kampf der Londoner Schneider und Hasenarbeiter hat der „Daily Herald“ der Arbeiterschaft nützliche Dienste erwiesen. Es ist wahr, daß wir einen sogenannten Feind der Arbeiterklasse um Unterstützung gebeten haben. Es ist derselbe Feind, der während des Hasenarbeiterstreiks in London jede Woche 2000 Kinder der Streikenden mit Nahrung versorgte. Dürfen wir von diesem Manne Nahrung aber kein Geld annehmen? Der „Daily Herald“ hofft, eine Million Anteilsscheine von je 1 Schilling herauszugeben. Wir vom „Herald“ wünschen dem „Citizen“ allen Erfolg. Das Geld ist groß genug für beide. Folgen wir dem Beispiel unserer deutschen Freunde.

Damit endete die Diskussion; ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Wie man erzählt, ist der Mann, der dem „Daily Herald“ Geld vorstrecken will, das linksliberale Parlamentsmitglied Baron de Forest.

Es entspann sich darauf über die Schlusssätze des Berichts des Parlamentarischen Komitees eine längere Diskussion über die Osbornevorlage,

in der das (liberale) Parlamentsmitglied Ward (Erdarbeiter) und Havelock Wilson (Seekleute) darzulegen suchten, daß das Osborneurteil die Arbeiterschaft ganz kalt ließe. Die Debatte wiederholte sich in ihren Hauptzügen später bei der Beratung einer Resolution über diesen Gegenstand. Die Resolution, die von den Bureauangestellten der Eisenbahnen eingebracht wurde, lautete:

„Da die von der Regierung eingebrachte Gewerkschaftsvorlage Nr. 2 den Gewerkschaften das Recht der Ausübung der elementaren Funktion der Selbstverwaltung vorenthält, betrachte dieser Kongreß die Vorlage als nicht zufriedenstellend, bekräftigt seine früheren Beschlüsse, in denen er die Freiheit der politischen Aktion fordert, und beauftragt das Parlamentarische Komitee, gegen die Vorlage energisch zu opponieren, es sei denn, daß sie derart abgeändert wird, daß sie den Gewerkschaften vollständig die politische Freiheit zurückgibt. Die diese 40 Jahre lang vor dem Osborneurteil befohlen, wie in der vorher von der Arbeiterpartei eingebrachten Vorlage verlangt wurde.“

Chandler (Eisenbahner, Bureauangestellter): Unsere Gegner haben auf einmal ihr warmes Herz für die Rechte der Minderheit entdeckt. Sie wollen es der Minderheit erlauben, die parlamentarischen Beiträge für die Wahrnehmung ihrer gewerkschaftlichen Interessen in der Volksvertretung nicht zu bezahlen. Das ist gerade so, als wollten sie einem Bürger gestatten, der Gemeinde die Steuern vorzuenthalten, weil er sich mit dem Beschluß der Mehrheit des Gemeinderats nicht einverstanden erklären kann. Leider hat die Agitation für die Umstößung des Osborneurteils in unseren Reihen seit dem Scheitler Kongreß sehr nachgelassen. In Sheffield erklärten vor zwei Jahren alle Gewerkschaftsführer, daß sie bereit seien, das ungerechte Gesetz zu brechen und ins Gefängnis zu wandern. Seitdem unsere Parlamentsmitglieder vom Staate besoldet werden, hat ihr Enthusiasmus in dieser Frage merklich nachgelassen.

Parlamentarische Mitglied Harbey (Vergarbeiter): Wenn mein Vordruder die offiziellen Parlamentsberichte studierte, würde er sehen, daß unser Eifer keineswegs nachgelassen hat. Das Osborneurteil ist hauptsächlich deshalb erlassen worden, weil die Vertreter der Arbeiter die Interessen ihrer Klienten so eifrig verteidigten haben. Schon vor 80 Jahren gebrauchten die Gewerkschaften ihre Gelder, um Vertreter wie Broadhurst, Burt, Wilson und Hewitt ins Parlament zu schicken. Erst als die Arbeiterschaft in geschlossenen Reihen auf dem politischen Felde erschien, kam man dahinter, daß diese Tätigkeit ungeleglich sei. Wir können uns nur mit der vollständigen Wiederherstellung des vor dem Osborneurteil bestehenden Zustandes zufrieden geben.

Havelock Wilson (Seekleute): Was führte zum Osborneurteil? Es war die Tatsache, daß viele Gewerkschaften von ihren Mitgliedern, die die Politik der Arbeiterpartei nicht billigen, obligatorische politische Beiträge erhoben. Diese Mitglieder traten ihren Organisationen nicht aus politischen Gründen bei, sondern lediglich, um eine Vertretung ihrer beruflichen Interessen zu finden. Nicht ein organisierter Arbeiter von zehn kümmert sich einen Pfifferling um das Osborneurteil. Wenn wir von dieser Frage soviel Weisens machen, wird es den Anschein erwecken, als läge uns nur daran, ins Parlament zu kommen.

Sexton (Dodarbeiter): Und interessiert weniger die Frage, was zu dem Urteil geführt hat; und interessiert vielmehr, daß das Osborneurteil ein unhaltbares, ein monströses Urteil ist. Wilson war selbst einmal Parlamentsmitglied; die Gelder seiner Gewerkschaft ermöglichten es ihm, ins Parlament zu kommen. Er sollte doch wahrlich der letzte sein, der die politische Tätigkeit der Gewerkschaften kritisiert. Die Kapitalisten denigen das Parlament, um die Entwicklung der Gewerkschaften zu hemmen und die Macht unserer Organisationen zu zerstören. Kann es den Gewerkschaften verboten werden, sich gegen diese Angriffe zur Wehr zu setzen und ihre eigenen Vertreter ins Unterhaus zu schicken?

Shaw (Textilarbeiter): Unsere Gegner beschuldigen uns, daß wir die politische Tätigkeit auf Schleichwegen in die Wege unserer Organisationen eingeschmuggelt hätten. Das ist nicht wahr. Wir Textilarbeiter haben die politischen Beiträge erst erhoben, nachdem nach offener Diskussion die Erhebung dieser Beiträge mit großer Mehrheit beschlossen worden war. Es sind unsere Gegner, die im Dunkel arbeiten. Sie machen sich an unzufriedene Mitglieder der Gewerkschaften heran und bewegen diese durch Geldgeschenke, einen richterlichen Einhaltsbefehl gegen die Gewerkschaft zu erlangen. Die Kosten dieses Prozesses werden aus einem geheimen Fonds gedeckt. Und diese Leute, die sich zu solchen Zwecken gebrauchen lassen, das sind die Ehrenmänner, denen die politische Aktion der Gewerkschaften Gewissensbisse bereitet.

Der Vorsitzende tat wohl daran, eine genaue Abstimmung über diesen Punkt vornehmen zu lassen. 1 868 000 Stimmen wurden für und nur 89 000 Stimmen gegen die Resolution abgegeben.

Interessant war noch die Debatte über die

Anträge der Landarbeiter, die in Ostengland wieder anfangen, sich zu organisieren. In einem Antrag forderten sie für die Landarbeiter, die im Durchschnitt in England nur 18 Schilling verdienen, daß diese in die Liste der Verurteilten aufgenommen werden, in denen das Schwurgericht vorherrscht und für die Lohnmänner errichtet werden müssen laut dem Gesetz des Jahres 1900. In einem anderen Antrag verlangten sie ein Gesetz, das die Bebauung landwirtschaftlichen Bodens obligatorisch mache. Ihre Vertreter Edwards und Dewart schilderten in beredten Worten die Not ihrer Kollegen,

wiesen darauf hin, wie alle die besten und tüchtigsten jungen Leute das Land verlassen, um in den Städten die Löhne herabzubekommen wie dadurch das Volk entkräftet wird, wie die Eisenbahnen und andere große Gesellschaften bei der Entlohnung ihrer Arbeiter die Landarbeiterlöhne als Grundlage nähmen, wie es daher im Interesse der Industriearbeiter liege, ihren Arbeitern auf dem Lande im Kampfe um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu helfen, und wie die englische Landbevölkerung recht gut die gewaltigen Massen importierter Lebensmittel selbst produzieren könne, wenn ihr nur der Boden, der jetzt brach daliege oder dem Vergnügen der Reichen diene, zugänglich gemacht werde.

Das Parlamentsmitglied Roberts (Buchdrucker) teilte mit, daß die Arbeiterpartei ein Komitee zum Studium der Landfrage eingesetzt habe, das bald einen Bericht herausgeben werde. In warmen Worten forderte er die Gewerkschaften auf, in ihrem eigenen Interesse die Landarbeiterorganisationen mit allen Kräften zu unterstützen.

Die beiden Resolutionen wurden einstimmig angenommen. Vor der Abstimmung wies der Vorsitzende Thorne noch darauf hin, daß eine Vorlage zur obligatorischen Bebauung des landwirtschaftlichen Bodens schon in den achtziger Jahren von dem bekannten und freigeistlichen Abgeordneten Bradlaugh im Unterhause eingebracht worden sei.

Aus der Partei.

Zum Fall Kadel.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins Teltow-Weeslow-Charlottenburg teilt uns mit, daß der Kreisvorbund, der endgültig über die Aufnahme von Mitgliedern zu entscheiden hat, mit Zustimmung des Vorstandes für den Bezirk Wilmersdorf die von Kadel im Juli nachgesuchte Aufnahme in den Wahlverein verweigert hat.

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den 8. hannoverschen Wahlkreis (Hannover-Linden) fand am Sonntag statt. Neben der Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten besaßte sich die Generalversammlung mit dem Parteitag. Abg. Genosse Leinert verteidigte das Stichwahlabkommen und sprach ausführlich über den geplanten Parteiausflug, den er empfahl als Mittel, die Maßnahmen und Beschlüsse des Parteivorstandes in engere Fühlung zu bringen mit den Organisationen im Lande, im übrigen anerkennend, daß der Parteivorstand seine Schuldigkeit getan habe. Leinert wandte sich scharf gegen die Absicht einer Verstärkung des Vorstandes mit dem Zwecke, einer bestimmten „Richtung“ entscheidenden Einfluß im Parteivorstande zu verschaffen, gegen die Eisenacher Sonderkonferenz und die Teilbereiche Kadel's, der, ohne Mitglied der Partei zu sein, deren Institutionen herunterziehe. Das seien unhaltbare Zustände. Weiter trat Genosse Leinert für die Aufhebung des Rirnderger Beschlusses betreffend die Abgabe des Tagesverdienstes am 1. Mai der in Parteitagen Angestellten und für die Behandlung der Steuerfrage auf dem Parteitag ein. — Angenommen wurden die Anträge: 1. Die Reichstagsfraktion soll vollständig mit beratender Stimme am Parteitag teilnehmen, 2. der Parteivorstand soll eine aus Theoretikern und Praktikern zusammengesetzte Kommission ernennen, die Vorschläge für ein Agrarprogramm machen soll; 3. auf dem Parteitag in Chemnitz die Steuerfrage zu behandeln; 4. den Beschluß, Abgabe des Tagesverdienstes am 1. Mai, aufzuheben. Die Sonderkonferenz in Eisenach wurde beurteilt. Abgelehnt wurde ein Antrag, den Parteiausflug abzulehnen und statt dessen den Parteivorstand zu vermahnen. — Weiter besprach die Generalversammlung den preussischen Parteitag und die nächstjährigen Landtagswahlen und erklärte sich gegen ein Wahlbündnis mit den Liberalen schon bei den Urwahlen.

Aus Industrie und Handel.

Die Syndizierungbestrebungen in der russischen Hoheisenindustrie.

Seit einiger Zeit verlaßt von Bestrebungen, die russische Hoheisenindustrie in ein Syndikat zu überführen. Begründet wird diese Absicht damit, daß die Hoheisenerzeugung Russlands in letzter Zeit derart gestiegen sei, daß die „Gesetze“ einer Preisabschwächung vorliege. Das Syndikat soll daher hauptsächlich der Hochhaltung der russischen Hoheisenpreise dienen. Diese Vorgänge in der russischen Hoheisenindustrie sind außerordentlich bemerkenswert. Sie zeigen, mit welcher Schmelzhaftigkeit die Eisenindustrie Russlands vorwärts zu kommen sucht, nachdem sie vor fünf bis sechs Jahren noch sehr daniieder gelegen hatte. Im Jahre 1907 kamen aus Russland laute Klagen über den Rückgang des inländischen Verbrauchs. Als sich der Eisenverbrauch in Russland hob, da fehlte es an Hoheisen und Gußeisen, und man sprach direkt von einer russischen Hoheisen- und Gußeisennot. Die Weiterfabrikation des Eisens war so schnell vorwärts geeilt, daß die Hoheisenproduktion nicht Schritt mit ihr halten konnte. Während die Produktion von Fertigware von 1904 auf 1910 um ungefähr 20 Millionen Pud stieg, war die Gußeisenproduktion nur um rund 6 Millionen Pud angewachsen. Das Jahr 1904 war für die russische Eisenindustrie ein außerordentlich günstiges Jahr gewesen. Die Beschäftigung dieses Jahres war lange Zeit hindurch nicht mehr erreicht worden. Das Jahr 1910 hatte jedoch eine noch viel günstigere Lage der russischen Eisenindustrie gebracht und die weiterverarbeitenden Werke konnten der Nachfrage kaum genügen. Diese Nachfrage wurde so stark, daß die Eisenindustriellen sich an die russische Regierung wandten und beantragten, die Einfuhr von Gußeisen erheblich zu erleichtern. Schließlich wurde ein Gesetz erlassen, wonach 10 Millionen Pud Gußeisen unter herabgesetzten Zöllen eingeführt werden konnten. Seit der Einführung der Zollermäßigung muß die Produktion außerordentlich gesteigert worden sein, sonst wären die jetzigen Bestrebungen, ein russisches Hoheisensyndikat zu gründen, nicht zu verstehen. Zu vermuten ist, daß dieses Syndikat darauf hinarbeiten wird, daß die Zollermäßigungen für ausländisches Gußeisen wieder aufgehoben werden. Würde das geschehen, so läge ein neues Beispiel für die schwebelnde russische Tendenz zu sehen gegenüber der deutschen Industrie vor. Seit einigen Jahren schon wird in Russland mit Heftigkeit darauf hingearbeitet, die Industriezweige weiter zu erhöhen. Deutschlands Nachschubsystem würde dadurch einen Stoß erhalten, der im Interesse der deutschen Konsumenten ebenso zu begrüßen wäre, wie die geplanten russischen Getreidezufuhrgänge.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Wasserstände, mitgeteilt vom Deutschen Wetterbureau

Wasserstand	am 4. 9.	am 3. 9.	Wasserstand	am 4. 9.	am 3. 9.
Remel, Mühl	128	-6	Saale, Großh.	118	+32
Bregel, Ansternburg	15	-10	Dabel, Panbau ²⁾	28	0
Beißel, Thon	58	+8	Althaus ²⁾	-6	-1
Dber, Kallbor	498	+240	Spre, Spremberg ²⁾	78	0
„ „ „ „ „ „ „ „	118	-1	Beßer, Beckton	79	+3
„ „ „ „ „ „ „ „	129	-5	Wänden, Wänden	244	+2
Wartze, Schimm	-4	0	Wänden, Wänden	317	-7
„ „ „ „ „ „ „ „	-1	-1	Walden, Walden	538	+6
Rehe, Borsdamm	-10	-4	„ „ „ „ „ „	314	-10
Elbe, Zellmetz	68	-9	„ „ „ „ „ „	328	-16
„ „ „ „ „ „ „ „	64	-9	Redar, Gellbronn	199	+101
„ „ „ „ „ „ „ „	249	-12	Wain, Wain	171	-5
„ „ „ „ „ „ „ „	200	-10	Wol, Krier	111	+9

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall - ²⁾ Unterpegel.

Trinken Sie „Kornfranck“ mit „Aecht Franck“!

Gibt ein intensiv dunkles Kaffeegetränk von sehr feinem und kräftigem Geschmack.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Köpenicker Viertel, Bez. 187 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
August Ulrich
Görlicher Str. 42, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 6. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
21918 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Landsberger Viertel, Bez. 391 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter
Josef Wroz
Müller Str. 26, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 6. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
21919 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises
Nachruf.
Am 28. August verstarb unser Genosse, der Arbeiter
Heinrich Schmidt
Christenstr. 35, Bez. 484.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung fand bereits am 2. September in Schwarzengrund statt.
232/3 **Der Vorstand.**

Verband der Maler, Lackierer etc. Küchenmöbelbranche.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maler
Hermann Schwenn
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 6. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
130/7 **Die Branchenleitung.**

Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin.
Unseren Mitgliedern zur Nachricht, daß der pensionierte Kollege
Friedrich Reichardt
welcher früher in der Berl. Wasserwerken beschäftigt war, verstorben ist. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet Freitag, den 6. September, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Friedrichshagen, Landsberger Allee aus auf dem nördlichen Friedhof in Friedrichsfelde statt.
25/11 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau
Marie Schuster geb. Hinze,
am Mittwoch, früh 1/3 Uhr, nach langen, schweren Leiden verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 7. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, auf dem Jüdischen Friedhof, Tempelhofer Weg, statt.
Der trauernde Gatte
Gustav Schuster, Elisabethstr. 15.

Dankagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters
Karl Karbe
sage ich den werthen Kollegen von den Firmen Hugo Hartung und Siemens u. Gadele meinen innigsten Dank.
Charlotte Karbe
und Kinder.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Touren
zum Sonntag, d. 8. September:
1. Abt.: 6 Uhr: Frelenwalde (Radweg). 12 Uhr: Berneuchen (Schlötke). Start: Säulowstraße 58.
2. Abt.: 6 Uhr: Reger-See (Abt. 10). 1 Uhr: Neu-Dahendorf (Holler). Start: Schönleinstr. 6.
3. Abt.: 5 Uhr: Ludenwalde. 12 Uhr: Grohbeeren. Start: Kaufinger Platz 11.
4. Abt.: 8 Uhr: Hafenseide (kein Lokal frei). 14 Uhr: Vögelstörcher (Alter Krenn). Start: Kistnerstr. 11.
5. Abt.: 10 Uhr: Neu-Dahendorf. 1 Uhr: Niedersdorf (Zur Wähle). Start: Elshum.
6. Abt.: 8 1/2 Uhr: Zehdenick. 1 Uhr: Röhlenbeck (Sack). Start: Oberberger Straße 28.
7. Abt.: 5 Uhr: Frelenwalde (Radweg). 12 Uhr: Berneuchen. Start: Säulowstraße 58.
8. Abt.: 8 Uhr: Neu-Dahendorf. Start: Regerowstraße 21. 11 Uhr: Neu-Dahendorf (Seehof). Start: Quittenstr. 6.
9. Abt.: 1 1/2 Uhr: Niedersdorf. Start: Schillingstr. 22.
10. Abt. (Zuchendreibl-Verbeiter): 2 Uhr: Schmalde (Witte). Start: Große Frankfurter Str. 30.
11. Abt.: Am 11. Sept., 9 Uhr: Beelitz. Start: Große Hamburger Straße 18/19. 12/14

Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Die schönsten
Monats-, Jackett-, Rock- und Gehrockanzüge, erstklassige, in erster Hand hergestellten, auf Seide gearbeitete Garderobe, von **Kavaliere getragen,** (alt neu, für jede Figur passend, preislich vortrefflich) sind in großer Auswahl! Bitte zu staunend billigen Preisen zu haben.
Abt. II: **Neue Garderobe.**
Nathan Wand
129 Stalitzer Str. 129.
Nachbahrungskauf! Bitte im eigenen Interesse auf Hausnummer zu achten.

Birnen!
Gute graue / Halb chreit
Reithöhle / 50 kg 8,00 M.
Williams Christ / etwas später reif
Napoleon (Winter) / 60 kg 12,00 M.
Liefer frei Haus Berlin bei Abnahme von mindestens 12,5 kg so lange Vorrat reicht gegen Kasse bis 197/12*
Stadt. Gutsverwalt. Falkenberg bei Berlin O.

Gänse pro 75 Pf.
7-12 Pfund schwer.
Nur allererste Qualität!
Gänserümpfe, 1/2 Gänse, feine Suppenhühner, junge Bratvögel.
Berlin 50, Mariannenstr. 34.
Wegner,

Brautleute
die in Berlin keine reelle dabeil billige und kulante Möbel-Zinkaufsquelle suchen, gehen nach Brunnenstrasse 120 zu **Otto Piehl Möbelhaus I. Ranges.**
Gewähre trotz billigster Preise kulante Teilzahlungen, obwohl kein Kredithaus.

Kaufmännliche Besichtigung erbeten!
Beste Referenzen!

ca. 600 m Ausstellungs- u. Lagerraum

Dr. med. Rud. Weil's
Nährsals-Bananen-Kakao
ist wohlschmeckend, äußerst nahrhaft und stößt nicht. Beste Kraftnahrung bei Magen- und Darmstörungen, bei Schwächezuständen, bei Unterernährung und Nervosität. Angenehmstes Nahrungsmittel für Gekrante und Kranke. Paket = 1/2 Pf. 1 Pf., 5 Pf., 10 Pf., 20 Pf., 40 Pf., 80 Pf. — Prospekte gratis u. franco.
Allein. Fabrikant: **D. Mader, Berlin S., Prinzenstr. 88**
Verlangen Sie aber ausdrücklich Dr. med. Weil's Nährsals-Bananen-Kakao, denn dieser ist der beste. Wo nicht zu haben, liefern direkt.

So so, also Sie
waren es, die mit **Dr. Gentner's Veilchenseifenpulver „Goldperle“** empfohlen hat. Herzlichen Dank! Kaufe nur noch diese Marke, denn die den Paketen beiliegenden Geschenke sind nur praktische, reizende und brauchbare Gegenstände.
Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schuhcreme **„Nigrin“:**
Carl Gentner in Höpfigen (Würtbg.)
Vertretung für Groß-Berlin: 200/12* **Max Hirsch, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 216. Tel. Neukölln 9280.**

Größte Gänse-Ausschlachterei im Süden. 465*
Täglich frische Gänse p. Pfd. 80 Pf.
Gänsefleisch 90 Pf., Stückenfleisch 70 Pf., Gänseenten 70 Pf., Rehen 120 Pf., Enten 90 Pf., Hühner p. 30 Pf. an.
Frau W. Schöning, Annenstr. 22.

Ziehung unwiderruflich
24. und 25. September in Bonn.
Erste Preis-Pfand-
Rheinische Lotterie
Lose à 1 M. 11 Lose für 10 M.
Porto und Liste 30 Pf. extra.
Gesamtverloosung 8717 Gewinne.
Gesamtverloosung 8717 Gewinne.
80 000 Gewinne
40 000 Gewinne
50 000 Gewinne
20 000 Gewinne
30 000 Gewinne
10 000 Gewinne
Lose in Lotteriegeschäften, Loseverkaufsstellen u. durch Kontogeschäfte.
Lud. Müller & Co.
Berlin C., Breitestraße 8.
Telegr.-Adr.: Glückwünscher.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose „Herkules“ tragen.
= Unerschrocken =
= Leichtigkeit =
= Ailette-Vorkauf =
Sehr starkes Leder in grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet, wodurch besondere Haltbarkeit bedingt ist. Sehr feste Kappnähte u. stark. Gummischuhe.
Schwere Leder-Pfand-Taschen.
Große Flecken umsonst.
Trotz dieser vielen und anderer Vorteile kostet die Herkules-Hose für normale Mannes-Größe **4 M. 50**
Berufs- u. Schutzkleidung für alle Zweige der Gewerbe u. Industrie, Sanitätsdienst usw.
BAER SOHN
Spezial-Haus größter Maßstabes
Chausseestr. 20-30 — Brünnstr. 27
Gr. Frankfurterstr. 20
Schöneberg, Hauptstr. 18.
Haupt-Katalog gratis und franco.
Nachdr. verboten.
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Garbáty
Cigaretten
Königin
von
SABA
Garantiert Handarbeit

Hört! Hört!
Regenschirme! Staunend billig!!!
Kein Laden, Fabrikniederlage.
A. Möhle, Alexanderstr. 121, I.
Verkaufsbis 5. Okt. 5%, Rabatt

Billige Landparzellen, meistlicher Vorort, direkt am Bahnhof, verkauft zu besonders günstigen Bedingungen, an Vorwärtsleiter schon mit 100 M. Anzahlung, bei Zahlungsmöglichkeit ev. ohne Anzahlung. Geringe Teilzahl. Weg Buchholz, Berlin NO. 35, Friedberger Str. 4.



A. Wertheim



Leipziger Str 126-30
132-37

König-Str am Bahnhof
Alexander-Platz

Rosenthaler Strasse

G. m. b. H.

Oranien-Strasse

Fleischwaren

- Zerelat und Salamiwurst Pfd. 1.40
- Bauernmettwurst Pfund 1.15
- Landschinken im Ganzen . . Pfund 1.35
- Mausschinken ca. 2 1/2-8 Pfd. schwer Pfund 1.45
- Schinkenspeck in Stücken von 1 1/2-4 Pfund Pfund 1.35
- Teewurst 1.25 Jagdwurst 1.05
- Feine Leberwurst Pfund 1.15
- Landleberwurst Pfund 1.00
- Pasteten-Leberwurst . . . Pfund 1.25
- Rotwurst Pfund 55, 75 Pf.
- Delikatess-Sülze Dose 50 Pf.
- Frankfurter-Würstchen Dose 2 1/2 Paar 85 Pf., 5 Paar 1.40
- Delikatess-Brühwürstchen Dose 6 Paar 90 Pf., 12 Paar 1.75

Soweit vorhanden:

- Stangenspargel extra stark 1.90, 1/2 Dose 1.00
- Stangenspargel I 1.75, 1/2 Dose 93 Pf.
- Stangenspargel II 1.55, 1/2 Dose 83 Pf.
- Stangenspargel III 1.30, 1/2 Dose 70 Pf.
- Riesen-Bruchspargel 1.60, 1/2 Dose 85 Pf.
- Bruchspargel I 1.30, 1/2 Dose 70 Pf.

Gemischte Marmelade

mit mehr als 25% Capillarsirup, gefärbt, Eim. ca. 5 Pfd. 1.20

- Bratheringe Dose 45 Pf.
- Bismarckheringe Dose 45 Pf.
- Filetheringe l. Remouladensauce Dose 78 Pf.
- Rollmops in Remouladensauce D. 48, 75 Pf.
- Delikatessheringe in versch. Saucen D. 48, 78 Pf.

- Nordseekrabben m. Borsäure konserv. D. 38, 68 Pf.
- Gabelbissen Dose 50, 80 Pf.
- Norweg. Sprotten Dose 28 Pf.
- Delikatess-Gewürz Gurken Dose ca. 4 L. 1.55
- Einmache-Essig in Korkflaschen à 5 u. 10 Ltr. oh. Fl. Ltr. 22 Pf.

Kakao

- Deutscher Kakao Pfd. 60, 85 Pf.
- Holländ. Kakao Pfund 1.50, 2.00

Schokolade

- Vanille-Schokolade Pfund 1.20, 1.30
- Haushalt-Schokolade Pfd. 80, 95 Pf.

Fruchtsäfte

- mit Raffinade eingekocht
- Himbeersaft . . . 1/2 Flasche 95 Pf., 1.30
- Kirschsft 1/2 Flasche 95 Pf., 1.30
- Johannisbeersaft 1/2 Flasche 95 Pf.
- Erdbeersaft 1/2 Flasche 1.20
- Ananassaft 1/2 Flasche 1.30
- Zitronensaft mit Zucker 1/2 Fl. 95 Pf., 1.30
- Zitronenmost mit Zucker 1/2 Flasche 1.10

* Fleisch

- Ochsenschmorfleisch 1.00
- Filet ungeschält, im Ganzen Pfund 1.10
- Roastbeef Pfd. 1.10, ohne Knochen 1.40
- Brust u. Fehlrippe Pfd. 90 Pf.
- Frisch. Schinken l. Ganz. Pfund 85 Pf.
- Schweinefilet Pfund 1.25
- Schweinekamm u. Schaft Pfund 1.00
- Schweine-Koteletts Pfd. 1.10
- Eisbein (Dickbein) Pfd. 70 Pf.
- Kalbskeule im Ganzen Pfd. 95 Pf.
- Kalbskotelettes Pfd. 1.30

* Obst

- Kaiserkronen Pfund 18 Pf.
- Napoleons-Birnen . . 2 Pfund 15 Pf.
- Bergamotte-Birnen am Einmach. Pfd. 10 Pf.
- Alexander-Aepfel . . . Pfund 10 Pf.
- Essäpfel Pfd. 15, Kochäpfel 2 Pfd. 15 Pf.
- Weintrauben Pfund 23, kleine 70 Pf.
- Blaue Kurtrauben Pfund . . 20 Pf.
- Blaue Pflaumen . . 3 Pfund 15 Pf.
- Bananen Pfund 20 Pf.

* Geflügel

- Tauben Stück 35, 45, 65 Pf.
- Junge Hühner St. 45 Pf. bis 1.25
- Junge Hähne Stück 1.55 bis 2.00
- Suppenhühner . . 1.20 bis 2.50
- Enten 1.75 bis 4.50
- Junge Gänse Pfund 65, 75, 85 Pf.
- Gänsertümpfe 3.75, 4.00, 4.50
- Gänseklein mit Magen . Stück 90 Pf.
- Gänseleber Stück 45 Pf.
- Hautfett Pfund 90 Pf.
- Gänsebrust Pfund 1.20
- Gänsekeulen Stück 75 Pf.
- Gänse-Stückenfleisch Pfund 65 Pf.

* Gemüse

- Spinat 3 Pfund 25 Pf.
- Weiss-, Rot- u. Wirsingkohl, 10 Pf.
- Kürbis 3 Pfund 20 Pf.
- Span. Zuckermelonen 2 Pfd. 15 Pf.
- Mohrrüben 3 Pfund 10 Pf.
- Rosenkohl Pfund 30 Pf.
- Tomaten Pfund 5 Pf.
- * Butter u. Käse
- Kochbutter Pfund 1.15
- Essbutter 1.25, 1.35, 1/2 Pfd. 68 Pf.
- Pflaumenmus Pfund 33 Pf.
- Schweizer Pfd. 92, Tilsiter 68 Pf.
- Emmentaler Käse . . Pfd. 1.10
- Limburger Pfd. 58, Brikkäse 68 Pf.

* Fische

- Kabeljau ohne Kopf, in ganz. Fisch. Pfd. 13 Pf.
- Schellfische Pfd. 15, 20 Pf.
- Goldbarse Pfd. 12 Pf.
- Goldbutten Pfd. 35 Pf.
- Schollen Pfd. 15, 25 Pf.
- Braunzungen Pfd. 16 Pf.
- Heilbutten Pfd. 25 Pf.
- Grüne Heringe Mdl. 25 Pf.
- Frische Plötzen Pfd. 25 Pf.
- Lachs Pfd. 48 Pf.
- Fluss-Tafelzander Pfd. 55 Pf.

* Räucherwaren

- Fludern Pfund 40, 60, 70 Pf.
- Kieler Schleibücklinge 3 St. 20 Pf.
- Bücklinge 2 Stück 10 Pf.
- Aale Pfund 1.15, 1.60
- Forellenstör Pfund 70 Pf.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35 kein Laden Tel.: A. III, 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Hallo! Spare in der Zeit

Beim Einkauf. Wir empfehlen Gelegenheitskäufe in neuen sowie gebrauchten Herren-Äffeln, Anzügen, Paletots etc. Bekannte und Bekannte. Von Monatsgarde, welche teils in feinsten Stoffen (auch auf Seide) gearbeitet sind. Jeder Herr findet passende Garde. Früherer Kaufspreiz bis 120 M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen:

Herren-Paletots 8.- 12.- 16.- 20.- M. u.	Rock-Anzüge 12.- 16.- 20.- 24.- M. u.
Herren-Äffeln 10.- 14.- 18.- 22.- M. u.	Gehrock-Anzüge 18.- 22.- 26.- 32.- M. u.
Jackett-Anzüge 9.- 12.- 14.- 19.- M. u.	Herrenhosen 3.- 5.- 6.- M. u.

Verteilung von eleganten Rock- u. Gesellschaftsanzügen.

J. Wand Haupt-Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 116, an der Androssstraße. IL Geschäft: vis-à-vis Chausseestr. 89, Lützenstr.

100 Speise-Zimmer,

Herrenzimmer, Schlafzimmer, ganz feine gebiegene Sachen — sehr billig —

Speditionsspeicher

Neue Friedrichstr. 5-8 alle Kasernen, Hof.

Theater und Vergnügungen

Freitag, 6. Sept. 1912. Anfang 7 1/2 Uhr.

Regl. Opernhaus. Madame Butterfly. Regl. Schauspielhaus. Der große König. Deutsches. Judith. Deutsches Schauspielhaus. Egmont. Theater. D. diese Berliner. Anfang 8 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Der Bierwäldler See und der Goldbarb. Seltung. Wenn wir Toten er-machen. Kammerjäger. Agalabine und Seligkeit. Berliner. Große Rosinen. Königgräber Straße. Die fünf Frankfurter. Kleines. Der Unerschämte. Der Krat seiner Ehre. Lottjens Geburtstag. Montis Operetten. Der liebe Augustin. Schiller O. Die Haubenleiche. Sa. n. e. Charlotteburg. Gefährtin. Paracelsus. Der grüne Kalafu. Residenz. Der Herr von Nr. 19. Thalia. Antolledchen. Russen. Der Walzerkönig. Herrnsfeld. Wie man Männer bessert. Die Original-Klablas-partie. Trianon. Die Briefstache. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb. Metropol. Schwindelmeier u. Co. Wintergarten. Spezialitäten. Apollo. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Casino. Der Großfürst. Reichshallen. Stettiner Sänger. Die Nacht der Lüge. Anfang 8 1/2 Uhr.

Entspielhaus. Ein Königreich m. b. H. Friedr. Dittl. Schauspielhaus. Die feinsche Sulanne. Hofe. Zapfenreich.

Walhalla. Nur nicht drängel. Folies Caprice. Der feinsche Joseph. Der Weiboch. Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Der Meister. Anfang 10 Uhr.

Admiralpalast. Eisballett: Dromme. Sternwarte. Inpallbenstr. 57-62.

Schiller-Theater O. Theater. Freitag, abends 8 Uhr: Die Haubenleiche. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Gefährtin — Paracelsus. Der grüne Kakadu. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Zopf und Schwert. Sonntag, abends 8 Uhr: Die Lokalbahn. — Die Medaille.

Schiller-Theater Charlotteburg. Freitag, abends 8 Uhr: Die Gefährtin — Paracelsus. Der grüne Kakadu. Sonntag, abends 8 Uhr: Nachraum. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld Sonntag, abends 8 Uhr: Nachraum.

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Große Rosinen. Theater in der Königgräber Straße Abends 8 Uhr: Die 5 Frankfurter. Deutsches Schauspielhaus (Romische Oper). WAbendlich 7 1/2 Uhr: Egmont.

Residenz-Theater. 8 Uhr: Der Herr von Nr. 19. Schwank in 3 Akten von Seroul und Barré. Morgen und folgende Tage: Der Herr von Nr. 19. Montis Operetten-Theater (früher Neues Theater) 8 Uhr: Der liebe Augustin. Operette von Leo Fall. Quijen-Theater. Abends 8 Uhr: Der Walzerkönig. Sonnabend: Der Alpenkönig und der Menschenfeind. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Die Kuno-Rise.

ROSE-THEATER (Große Frankfurter Str. 132) Zapfenreich. Anfang 8 1/2 Uhr. Auf der Gartendüne: Auf vielteiligen Wunsch: Neu einstudiert: Es gibt nur ein Berlin. Neue.

Reichshallen-Theater Stettiner Sänger. Neu: Die Macht der Töne. Beste o. Regler. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

ZOO-LOGISCHER GARTEN. Täglich: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater. Schwindelmeier & Comp. Opern-musik Komödie in 3 Akten aus d. Engl. völlig frei bearb. von J. Freund. Musik von R. Nelson, u. a. Länge von 2 1/2 Stöck. In Szene gef. v. Dir. Schulz. Anfang 8 Uhr. Kaufen gestaltet.

Apollo Theater. Ab 8 Uhr Lachen ist die Parole! 4 Schwestern Ruby Humorist akrob. Potpourri. H. Vega Trio der Gipfel der Komik. Wunderpapagei Lore und 8 weitere Novitäten. Voigt-Theater. Badstraße 56 Voranreige! Sonnabend, den 7. September 1912 Zum Benefiz f. d. technische Berjonal und die Hauskeller: Robert und Bertram.

Herrnsfeld Theater. Wie man Männer bessert! Die Original-Klabrias-Partie. Beide Stücke mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse.) Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Die Briefstache. Ein peinlicher Zwischenfall. Der Dieb. Passage-Theater. Gastspiel der Sieben Spaßmacher „Da tut sich was.“ Große Metropolparodie-Revue nach dem Englischen aus dem Französischen ins Dämliche übersetzt von Schmolius Feind, Musik von Victor Limburger, in Szene gesetzt von Direktor Ricardo Shoultz. Jean Pedro, Frati Massivo, Laatsch Messing, Papi Papi, Kohn Erzbishop, Luido Quiescher. Plafien überall gestatet!

Passage-Panoptikum Prinz ATOM. Das kleinste menschliche Lebewesen. Das Wunder aller Wunder. Lebend! Ohne Extra-Entree!

Casino-Theater. Reibinger Str. 37. Täglich 8 Uhr Ein lustiges Stück a. d. Berl. Leben Der Großfürst. Vorher ein ausnehmender Spezialitäten, nur Ränlicher ersten Ranges. Vorverkauf an der Theaterkass. von 11-2 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr: Der stille See.

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Novitäten: Der feinsche Joseph. Der Weiboch. Der Eindreher.

Für den Inhalt der Intereare übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Gewerkschaftliches.

Eine „Wohlfahrts“-Einrichtung als Streikversicherung.

Der Redaktion der „Düsseldorfer Volkszeitung“ lag nachstehendes, noch nicht an die betreffenden Arbeiter ausgegebene gedruckte Zirkular zu:

Wohlfahrts-Einrichtung für Lithographen und Steindrucker

der Hermann Schött-Kontingentsgesellschaft Rhehdt.

Die Hermann Schött-Kontingentsgesellschaft will ihren Lithographen und Steindruckern eine Unterstützung gewähren, ohne daß sie Beiträge zu leisten haben.

Die Unterstützung sollen erhalten alle Lithographen und Steindrucker, welche wenigstens ein Jahr bei der Firma beschäftigt sind. Sie dürfen keiner anderen Unterstützungskasse angehören und müssen sich diese verpflichten, an keinem Streik teilzunehmen.

Die Erklärung, daß man keiner anderen Unterstützungskasse angehört und sich verpflichtet, an keinem Streik teilzunehmen, wird durch eigenhändige Namensunterschrift abgegeben.

Rhehdt, 12. Juni 1912.

Es folgen dann noch Bestimmungen über die Art der Kranken-Todesfall-, Alters- und Wittwenunterstützung und über Urlaub. Die Verteilung des Zirkulars an die Arbeiter hat man wohl deshalb noch nicht vorgenommen, weil man noch am Ueberlegen ist, ob man wirklich wagen darf, den Arbeitern den Verzicht auf ihre Rechte für einige Wohlfahrtsbrosden zuzumuten. Mit den „anderen“ Unterstützungskassen sind die Gewerkschaften gemeint, aus denen man auf diese Weise die Arbeiter zu reihen gedenkt. Wenn die Firma die Arbeiter zum Verzicht auf Organisation und Streik verleiten könnte, dann wäre sie vor Lohnrückgehungen und sonstigen unheimlichen Dingen sicher. Das ersparte Geld würde zweifellos mehr ausmachen, als ihr die „Wohlfahrt“ kosten würde. Selbst die Gewährung von drei Tagen Urlaub für Leute, die mindestens fünf Jahre bei der Firma beschäftigt sind, ist unter diesen Umständen nur ein zurückweisender Köder. Hoffentlich werden die Arbeiter, wenn die Firma an sie herantritt, es ablehnen, ihr wirtschaftliches Todesurteil „eigenhändig“ zu unterschreiben.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik in den Buchdruck-Maschinenfabriken

Ist mitzuteilen, daß die Arbeitgeber sich bereit erklärt haben, eine allgemeine Zulage von 8 und 5 Pf. zu gewähren, soweit eine solche im letzten Vierteljahre nicht erfolgt ist. Jedoch wollen sie bei den jungausgelernten Schlossern und Drechern über ihr bisheriges Angebot nicht hinausgehen. Auch wollen sie für Arbeiten außerhalb der Werkstatt keinen Zuschlag geben.

Eine am Donnerstag abgehaltene Streikerversammlung beschloß einstimmig, daß auf Grund dieses Angebots der Streik nicht aufgehoben werden soll, jedoch beauftragt sie ihre Kommission, falls die Arbeitgeber zu Verhandlungen weiter bereit sind, mit ihnen zu verhandeln.

In Nr. 71 der „Buchdrucker-Woche“ ist eine Notiz enthalten, die die Tatsachen auf den Kopf stellt und ein falsches Bild von der Bewegung und ihren Ursachen gibt. Es wird darin gesagt, die Arbeitgeber hätten größtenteils die Forderungen der Arbeiter erfüllt und zwar sei dies seitens der Unternehmer „auch stets und gern geschehen, soweit die Forderungen als berechtigt hätten anerkannt werden können“. Dieser Passus hat bei der Versammlung die größte Heiterkeit ausgelöst. Mit Enttäufung wurde aber von der Stelle Kenntnis genommen, die behauptet: die Arbeitsniederlegung entspringe nur der sich geltend machenden Streiklust der Arbeiter, „denn ein zwingender Grund hierzu hätte nicht vorgelegen“. Die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen bringen den Gegenbeweis zu dieser Behauptung.

„Weitere Verhandlungen“, sagt die Notiz weiter, „hätten sicher auch die letzten Differenzpunkte ausgeglichen.“

Warum war es denn nicht schon am ersten Tage der Verhandlungen möglich, die Differenzpunkte „auszugleichen“, wenn es den Arbeitgebern angeblich so bitter ernst damit war?

Die Stimmung der Versammlung zeigte denn auch, daß sie sich in ihren Maßnahmen auch durch solche Ausstreunungen nicht beirren lassen werden, sondern nach wie vor geschlossen und einmütig für ihre nur allzu berechtigten Wünsche einzutreten gewillt sind.

Streik in der chirurgischen Branche.

Die Arbeiter der chirurgischen Branche befinden sich in einer Tarifbewegung. Bisher standen in dieser Branche nur einzelne Betriebe im Tarifverhältnis mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. Die wichtigsten Forderungen der Tarifvorlage sind: Kunstständige Arbeitszeit, ein Mindestlohn für Altpolier, Drücker, Schleifer, Dreher, Mechaniker, Gärtler, Schlosser, Radierer von 70 Pf. pro Stunde. Nach 14 Tagen folgen 75 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Für Schwabler resp. Schleifer-Hilfsarbeiter unter 20 Jahren 50 Pf., über 20 Jahre 65 Pf. pro Stunde. Für Jungausgelernte im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 10 Pf. weniger pro Stunde.

Der jeweilige Stundenlohn soll bei der Affordarbeit garantiert werden. Diejenigen, die in Afford 80 Pf. pro Stunde und darüber verdienen, erhalten, wenn sie im Lohn beschäftigt werden, den Durchschnittslohn der letzten 4 Wochen. Neue Afforde werden auf Grund des festgesetzten Stundenlohnes kalkuliert. Die alten Afforde werden um 10-15 Prozent erhöht. Der Tarif soll bis 1914 gelten.

In einer am Mittwoch abgehaltenen Unternehmerversammlung lehnten diese es strikte ab, mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zu verhandeln. Eine Ausnahme macht nur die Firma Küster in der Kraustroße, die sich erboten hat, mit der Tarifkommission in Verhandlungen zu treten. Bei der Tarifbewegung kommen etwa 150 Personen in Betracht; beteiligt daran ist außer dem Deutschen Metallarbeiterverband noch der Dirsch-Dunderische Gewerksverein, dessen Vertreter der am Donnerstag abgehaltenen Versammlung beizuhöhen und auch in die Diskussion eingieft.

Die Versammlung stimmte mit 81 gegen 6 Stimmen für den Streik.

Die Arbeiter einer Firma hatten sich schon morgens für den Streik erklärt, die Arbeiter der Firma Küster bleiben vorläufig im Betriebe.

Lohnbewegung im Möbelspeditions- und Transportarbeiter.

Die Pader, Kutscher und Transportarbeiter in den Groß-Berliner Möbelspeditionsbetrieben befinden sich in einer Lohnbewegung. Die Vorbereitungen zur Durchführung dieser Bewegung haben die Arbeiter seit mehreren Wochen bereits getroffen. Vor einigen Tagen hielt die Möbeltransportarbeiter eine sehr stark besuchte Versammlung ab, in welcher von der Lohnkommission über die den Unternehmern zu stellenden Forderungen berichtet wurde. Wie in der Versammlung angedeutet wurde, bestehen in den meisten Möbeltransportbetrieben noch immer die alten Lohnsätze, welche die Unternehmer bei der letzten Lohnbewegung im Jahre 1907 durch ihre Organisation einseitig ohne Mitwirkung der Arbeiterorganisation, des Transportarbeiterverbandes, festsetzten. Es war den Möbeltransportarbeitern damals nicht gelungen, die Unternehmer dazu zu bringen, die Forderungen der Arbeiter auf tarifliche Regelung der Löhne anzuerkennen.

Danach bezahlen die Unternehmer heute noch Löhne für Pader 24-27 M. und für Kutscher 25-28 M. pro Woche. Die nicht ständigen Arbeiter (Möbelträger) werden in der stillen Zeit mit 4-4,50 M. und in der Umsatzzeit mit 5-5,50 M. pro Tag bei oftmals 15-18stündiger Arbeitszeit meistens ohne Bezahlung von Ueberstunden entlohnt. Die Unternehmer rechnen gemeinhin den Arbeitern die Trinkgelder als Vergütung für die Ueberstunden an. Die Trinkgeldfrage gibt oftmals nicht nur zu Differenzen mit der Kundschaft der Unternehmer Veranlassung, sondern es entstehen sogar in gewissen Fällen noch Streitigkeiten zwischen den Unternehmern und ihren Arbeitern selbst, weil bei größeren Transporten die Expediteure das Trinkgeld den Auftraggebern von Umzügen mit auf Rechnung setzen und hernach den Arbeitern ein Anrecht auf das Trinkgeld streitig gemacht wurde (1), so daß sich die Gewerbe- und ordentlichen Gerichte mit solchen Streitigkeiten befassen mußten. Es wurde denn auch besonders darauf hingewiesen, daß diese Entlohnung in Anbetracht der jetzigen Forderung und der zu leistenden Arbeiten nicht mehr zeitgemäß sei.

Seitens der Lohnkommission wurde den Versammelten ein Lohn-tarifentwurf zur Annahme vorgelegt, der folgende Forderungen an die Unternehmer enthält: Arbeitszeit für Pader und Arbeiter von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends. Für Kutscher 5 1/2 Uhr früh bis 7 Uhr abends mit zweistündigen Pausen zur Einnahme von Mahlzeiten. Ueberstunden nach 6 bzw. 7 Uhr sollen mit 75 Pf. bezahlet werden; nach 10 Uhr abends mit 1 M. pro Stunde. Als Lohn wird gefordert: für Kutscher 31 M., für Pader 30 M. pro Woche, für die Arbeiter in der stillen Zeit 6 M., und in der Umsatzzeit 7,50 M. pro Tag. Für die Pader wird beim Verpacken von Glas und Porzellangeschirr außer dem Betrieb pro Tag ein Zuschlag zum Lohn von 3 M. gefordert. Für Geldschranke, welche in Gärten getragen werden können, werden 5 M., für Flügel-Instrumente 2 M. bzw. 4 M. Extracompensation an die Transportkolonne gefordert. Für Nachttransporte nach außerhalb werden für jeden Bedienungsmann pro Nacht 4 M. Spesenlohn und bei Eisenbahntransporten im Inlande 5 M. bzw. 6 M., nach dem Ausland nicht unter 12 M. pro Tag Spesenlohn neben Eisenbahnfahr-geld 3. Klasse gefordert. Außerdem enthält der Tarifentwurf noch eine Reihe von Bestimmungen bezüglich der Regelung von Sonntagsarbeiten, Sommerurlaub und die Auslegung des § 818 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Der ausgearbeitete Tarifentwurf wurde ohne wesentliche Änderungen seitens der Versammlung angenommen und die Leitung des Transportarbeiterverbandes beauftragt, den Tarifentwurf dem Vorstand des Vereins Berliner Möbeltransporteure umgebend einzureichen und um gegenseitige Verhandlungen darüber nachzugehen.

Die Forderungen sind dem Unternehmerverein bereits überreicht worden und wird abzuwarten sein, ob die Unternehmer den Wünschen ihrer Arbeiter entgegenkommen zeigen werden, so daß dadurch eine friedliche Beilegung der Lohnbewegung herbeigeführt werden könnte.

Achtung, Steinmeken! Die Firma Gebr. Friesede, Kunststeinwerke, weigert sich, das Jahrgeld nach dem Bau Deutsche Oper in Charlottenburg zu zahlen. Der Bau ist so lange gesperrt, bis die Firma das tarifliche Jahrgeld bewilligt hat. Zentralverband der Steinarbeiter. Ortsverwaltung Berlin.

Die Bildhauer der Modellbranche

im Bauhof haben ihren Tarifvertrag gelündigt und von den Arbeitgebern eine Erhöhung der Minimallohne gefordert. Außerdem wurden noch einige weniger wesentliche Forderungen aufgestellt. Die zuständige Unternehmerorganisation hat alle Forderungen abgelehnt und will nur einer unveränderten Verlängerung des alten Vertrages zustimmen. Vor etwa vier Wochen hat eine Versammlung der Modellbranche beschlossen, sich bei dieser Erklärung der Arbeitgeber nicht zu beruhigen, sondern an ihren Forderungen festzuhalten. Die Kommission wurde beauftragt, Verhandlungen in diesem Sinne mit den Arbeitgebern anzubahnen. Darauf hat die Kommission bei dem zuständigen Gewerbeamt die Einberufung der Schlichtungskommission beantragt, denn der alte Vertrag schreibt vor, daß wenn sich die Parteien über den Inhalt eines neuen Vertrages nicht einigen können, die Schlichtungskommission und in letzter Instanz das Einigungsamt des Gewerbeamtes zu entscheiden hat. Die Unternehmer haben aber erklärt, sie würden nur unter der Voraussetzung in der Schlichtungskommission verhandeln, wenn der alte Vertrag verlängert werde. Neuer neue Forderungen würden sie nicht verhandeln. Inzwischen ist nun der alte Vertrag mit dem 1. September abgelaufen.

Das ist der Stand der Dinge, den Böcker als Referent in der am Mittwoch abgehaltenen Versammlung der Modelleure vor-trug. Er betonte, daß die Arbeitgeber sich des Vertragsbruchs schuldig gemacht haben, indem sie der Vertragsbestimmung, die sie zu Verhandlungen in der Schlichtungskommission verpflichtet, nicht nachgekommen sind. Es sei jetzt Sache der Kollegen, die Antwort auf die Haltung der Arbeitgeber zu erteilen. Es empfehle sich nicht, wegen der aufgestellten Forderungen in einen allgemeinen Streik einzutreten. Da aber der Tarif seit dem 1. September nicht mehr besteht, so hätten die Kollegen in der tariflosen Zeit die Möglichkeit, in den Betrieben, wo es ihnen angebracht erscheint, Forderungen zu erkämpfen, die dann allerdings höher sein würden als die für den neuen Tarifabschluß aufgestellten. Die Geschäfts-lage sei derart, daß die Arbeitgeber eine Lohnrückgehungen ohne Nachteil bewilligen könnten. Auf der anderen Seite sei auch die Organi-sation der Modellbranche so günstig, daß ein partieller Streik gute Aussichten auf Erfolg biete.

Nach eingehender Diskussion beschloß die Versammlung, mit Werkstatistreiks vorzugehen. In denjenigen Werkstätten, wo die Gipsschneider die Minimallohne der Statuetten nicht erreichen, sollen Forderungen gestellt werden, die von der Kommission zu formulieren sind. Die Kommission ist deshalb in jedem Falle von dem beabsichtigten Vorgehen zu benachrichtigen.

Zur Aussperrung im Dachdecker-gewerbe.

Zu den Firmen, welche bewilligt haben, sind in den letzten Tagen fünf Firmen hinzugekommen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen unterschriftlich anerkannten. Es haben bis jetzt ins-gesamt 32 Firmen unterschrieben. Die Zahl der Ausständigen geht dadurch natürlich zurück. Im Ausnahmefalle befinden sich noch die Arbeiter von 40 Betrieben. Die Gesamtzahl der Ausständigen beträgt 875. Der Kampf ist belanntlich durch die Diktatur der Schornmaier im Bau-gewerbe entstanden, weil diese forderten: der Tarifvertrag darf nicht länger als bis zum 31. März 1918 abgeschlossen werden. Die Dachdeckermeister waren kurzfristig genug und gehorchten. Jetzt sitzen sie in der Klemme und mögen nun sehen, wie sie sich heraus-winden. Von den Arbeitern wird der Kampf mit derselben Schärfe geführt wie von Anfang an. Die Erbitterung ist auf beiden Seiten aus höchster gesteigert. Die Unternehmer machen fortgesetzt die ver-zweifeltsten Anstrengungen, Arbeitswillige zu bekommen. In ihrem Organ weisen sie ständig auf ihren Weisheitsreichtum hin. Wenn sie nur in der Lage wären, ihren Bedarf einigermaßen be-friedigen zu können. Die Ausprüche der Arbeitgeber beweisen dieses selbst. Hat irgendwo ein Arbeitswilliger angefangen und die Aus-ständigen holen diesen weg, dann erklären die Herren ganz weh-mütig: nun haben sie mir auch noch diesen einen Mann weggeholt; den hätten sie mir doch wenigstens lassen sollen. Die Qualität der Leute ist aber oft derart, daß die Ausständigen sich gar keine Mühe geben, diese aus den Betrieben herauszuholen. Als Arbeitswilliger sucht sich besonders der Dachdecker Heinrich Alt-haus heranzuzum. Er zieht von einer Werkstätte zur anderen, um den Arbeitgebern aus der Tasche zu helfen. Ihn ebenfalls ist der Dachdecker Ernst Seifert aus Steglitz, Bergstr. 84. Der-

selbe betreibt ein Zigarrengeschäft; obgleich er es also nicht not-wendig hätte, spielt er den Arbeitswilligen bei der Firma Benz in Friedenau.

Ihre letzte Hoffnung hatten die Arbeitgeber jetzt auf den Monatsfesten gesetzt. Sie hatten bestimmt darauf gerechnet, daß ein Teil der Ausständigen wieder in die Werkstätten zurückkehren werde. Ihre Rechnung stimmte jedoch nicht. In der letzten Woche wurde den Ausständigen von der Organisation ein Zuschlag aus dem Reservefonds zur Streikunterstützung gezahlt. Das mag den Arbeitgebern auch zeigen, daß, wenn sie glauben, die Kasse der Organi-sation zu plündern, um hierdurch die Unterstützung zu unterbinden, sie darauf noch sehr lange warten können. Die Ausständigen haben Vertrauen zur Organisation, so daß es ihnen unter allen Umständen gelingen muß, den Kampf zu einem siegreichen Ende zu führen.

Tarifbewegung der in der Postbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die im Deutschen Buchbinderverband organisierten Rieter, Zu-schneider, Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter befinden sich in einer Tarif-bewegung. Die Arbeiter hatten den Arbeitgebern eine Tarifvorlage eingereicht, worauf die Unternehmer eine Gegenvorlage unterbreiteten. Nachdem nun 4 Sitzungen zwischen beiden Parteien stattgefunden hatten, scheiterten die Verhandlungen an der starren Haltung der Arbeitgeber. In der Sitzung, die am 30. August statt-fand, schlugen die Arbeitgeber vor, bezüglich der Wochenlöhne die Tarifbedingungen der Bezugbranche bewilligen zu wollen. Zu den Affordpreisen wollten sie in der ersten Sitzung eine Zulage bis 10 Proz. geben, in der zweiten gar nichts, während sie die Frage der Arbeitszeit ebenfalls nach dem Bezugtarif geregelt wissen wollten. Dadurch aber würden die Arbeiter der Postbranche, deren Arbeit eine äußerst schwere ist, ungünstiger gestellt werden. Unter diesen Umständen mußten die Verhandlungen als gescheitert gelten. Seitens der Arbeitervertreter ist bei den Besprechungen das denkbar weiteste Entgegenkommen gezeigt worden, so daß es nicht ihre Schuld ist, wenn die Verhandlungen resultatlos verlaufen mußten.

Eine stark besuchte Versammlung der Postbranche billigte das Verhalten der Tarifkommission ausdrücklich und nahm ein-stimmig eine Resolution an, die besagt, daß die Versammelten beschließen, nach den gemachten Zugeständnissen der Unternehmer weitere Verhandlungen nicht zu führen, da bei der Haltung der Arbeitgeber eine friedliche Einigung nicht zu erwarten ist. Den Wünschen der Arbeitgeber, namentlich das Einigungsamt des Berliner Gewerbeamtes anzurufen, vermag die Versammlung nicht zuzu-stimmen. Die Versammelten beauftragen die Tarifkommission, mit je einem Vertreter aus jeder Werkstätte die reduzierte Vorlage nach der letzteren Verhandlung zusammenzustellen und dieselbe zur Unter-schrift vorzulegen. Eine weitere Versammlung wird dann über die weiteren Maßnahmen zu beschließen haben.

In Anbetracht der Situation verpflichten sich alle Anwesenden, für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen, um am 1. Oktober eine geschlossene Macht zu bilden.

Achtung! Tapezierer (Kleber)! Die Sperre über die Firma Wagg e, Innsbräcker Str. 19 (Dauten: Innsbräcker Str. 25 und am Park, Ecke Rymphenburger Straße) ist hiermit aufgehoben. Die Schlichtungskommission.

Die ausständigen Färber der Färberei und chemischen Wasch-anstalt von Kalläne u. Weiling, Blumenstr. 88, haben zum großen Teil Arbeit in anderen Betrieben angenommen, da Herr Kalläne sich zu keiner Verhandlung bereit erklärte. Den Schaden trägt natürlich die Firma, die ihre alten, eingestellten Arbeiter verloren hat. Der Streik ist aufgehoben. Die Firma, welche keine organi-sierten Arbeiter und Arbeiterinnen in ihrem Betriebe bilden will, zahlt dennoch offenbar gern die organisierte Arbeiterschaft zu ihrer Kundschaft. Es ist uns wenigstens nicht bekannt, daß die Kundschaft in den vielen Annahmestellen gestagt wird, ob der Eigentümer des zu reinigenden oder zu färbenden Kleidungsstückes etwa organisiert ist. Wer ein Gegner der Organisation ist, sollte auch konsequent sein und das auf der ganzen Linie durchführen. In Verlegenheit geriete die organisierte Kundschaft deswegen allerdings kaum. Es gibt in Berlin größere Färbereien und chemische Wäschereien genug, die ihrer Arbeiterschaft gegenüber nicht den kraffen Unternehmer-standpunkt herausgeschleht haben, wie die Firma Kalläne u. Weiling.

Deutsches Reich.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma Goldschmid u. Löwenid, Frankfurt a. M., haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt, weil die Firma den bestehenden Affordtarif um 50 Proz. gekürzt hat. Der Durchschnittslohn im letzten Jahre betrug bei 100 Ueberstunden und neunstündiger Arbeitszeit 28,54 M., in den letzten neun Wochen mit Ueberstunden 30 M. Angefichts der teuren Lebensverhältnisse hat es der Inhaber der Firma, ein steinreicher Mann, fertig ge-bracht, die Affordläge fast um die Hälfte zu kürzen, so daß es den Arbeitern höchstens möglich wäre, bei Ausnutzung aller Kräfte auf einen Lohn von 17-18 M. zu kommen. Verhandlungen mit dem Fabrikantenverband haben sich zerklüftet, die Fabrikanten-organisation scheint aber von einer Aussperrung absehen zu wollen, so daß der Konflikt auf die eine Firma beschränkt bleibt. Die Firma fertigt lediglich Reifeschuhe und Kamelhaarartikel. Die Arbeiter dieser Branchen werden gebeten, den Zugang von Frankfurt fernzuhalten.

Glasarbeiterstreik.

In Münden am Deister streiten seit 31. August sämtliche Glas-arbeiter. Die Ursache liegt in Differenzen über Bezahlung der Feierschichten. Die Firma sorgt nicht für die Beschaffung der Roh-materialien, so daß das Glas nicht fertig geschmolzen werden kann. Die Arbeiter müssen deshalb zwei bis drei Tage in der Woche aus-setzen und verlangen dafür Bezahlung. Da die Rummelei der Firma sehr oft eintritt, weigern sich die Arbeiter weiterzuarbeiten, wenn sich die Firma nicht zur Bezahlung der Feierschichten bereit erklärt. Alle Glasarbeiter werden ersucht, Münden am Deister streng zu meiden.

Einen schönen Sieg

erfoht der freie Vergarbeiterverband bei den Siche-heitsmännern wählen im Wurmreber, die jetzt ab-geschlossen worden sind. Im allgemeinen ist die Begeisterung der Arbeiter für diese Wahlen nicht groß. Das Wahlreglement ist so beschaffen, daß es gerade dem Vergarbeiterverband außerordentlich schwer gemacht ist, Erfolge zu erringen. Wahlberechtigt ist nur, wer ein Jahr ununterbrochen auf der Arbeit tätig ist, wählbar ist nur, wer zwei Jahre in dem Bezirke gearbeitet hat und ebenfalls ein Jahr auf der Arbeit arbeitet. Es ist den Herren also sehr leicht gemacht, nichtliebigen Leuten die Qualitäten zu nehmen, die sie haben müssen, um als Kandidaten aufgestellt zu werden. Nichts-destoweniger war es diesmal für den freien Verband sehr verlockend, sich an den Wahlen zu beteiligen. Die Wahl sollte einen Gradmesser dafür bieten, wie bei den Vergleuten des Wurmrebers der Streikbruch des christlichen Gewerbevereins bei dem letzten Vergarbeiterstreik im Wurmreber gewirkt hat. Da ist denn bei der Wahl dem Deutschen Verg-arbeiterverband ein Vertrauensvotum ausgeföhrt worden, das sich dieser nicht besser wünschen könnte. Fast auf allen Fachen hat der freie Verband beträchtliche Erhöhungen seiner Stimmenzahlen zu verzeichnen. An der Zahl der Mandate ist er dem christlichen Gewerbeverein, der bis jetzt im Wurmreber dominierte, gleich ge-kommen. Auf mehreren Fachen, auf denen er bisher noch keine Vertretung hatte, hat er Mandate erobert. Nach der Zahl der für ihn abgegebenen Stimmen ist er an die erste Stelle gerückt. Er er-hielt 976 Stimmen (die Zahl der abgegebenen Stimmen ist bei

dieser Wahl wegen der rigorosen Bestimmungen des Wahlreglements immer niedrig, während es der christliche Gewerverein diesmal nur auf 761 und die Jechenpartei nur auf 525 Stimmen brachte. Mandate erhielten der freie Verband 20, der Gewerverein 20 und die Jechenpartei 17. Auf den Jechen Anna und Wilhelmshacht, die bisher als unbestrittener Besitz des christlichen Gewervereins galten, wurden 2 Verbändler gewählt. Einen großartigen Erfolg hatte der Verband auf Jech Nordstein bei Herzogenrath. Sämtliche acht Mandate die auf dieser Sache zu vergeben waren, hatten die Christen in Händen. Bei der diesmaligen Wahl eroberte der freie Verband fünf Mandate. Im ganzen hat der freie Verband seine Mandate von 11 auf 20 vermehrt, wobei zu bemerken ist, daß dieser Erfolg in der Hochburg der Schwarzem erreicht ist!

Was von den Jechen diesmal wieder an Wahlterrorismus geübt worden ist, geht auf keine Kuhhaut. Auf der Jech Maria I und II bei Mariadorf waren die Stimmzettel (die laut Wahlreglement von der Jechenverwaltung entnommen werden müssen) mit den Namen der Jechen kandidaten versehen. Die Arbeiter, die wählen kamen, wurden gefragt, ob sie „einen Zettel mit oder einen ohne Namen“ wünschten. Durch dieses Vorgehen ist mancher Arbeiter eingeschüchtert worden. Auf Eschweiler Reserve wurde am Tage der Wahl ein Sicherheitsmann, der wieder kandidierte, eröffnet, daß er nach einer anderen Abtheilung verlegt sei, als für die auf der Kandidatenliste siehe. Nach beendeter Wahl wurde unser Genosse, der gewählt worden wäre, für nicht gewählt erklärt. Der für gewählt erklärte Jechenkandidat hatte — eine einzige Stimme erhalten! Selbstverständlich wird gegen diese und eine Reihe anderer Wahlen Protest erhoben werden. In der Presse der Christen herrscht über den Ausgang der Wahl heftiges Schweigen!

Die gelben Fleischergefallen hielten in der Zeit vom 1. bis 8. September in Hamburg ihren Bundestag ab. Außer den circa 80 Delegierten nahmen noch etwa 25 „Ehrengäste“ an ihm teil, namentlich Innungsmeister, auch Vertreter der Gewerbetammer und ein Vertreter des Hamburgischen Verbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Daß diese Ehrengäste nichts anderes als die Drahtzieher waren, zeigte sich recht deutlich, denn sie waren stets hütlich bei der Hand, wenn es einmal den Anschein hatte, als sollten die Meisterinteressen im mindesten berührt werden. Hatte dann dieser oder jener Obermeister gesprochen, dann schied programmgemäß der Weisfall ein. Die Verhandlungen waren erfüllt von einem wütenden Gekläff gegen den „sozialdemokratischen“ Zentralverband, durch das jede Sachlichkeit ersicht wurde. So kam es, daß im Bericht über das erste Geschäftsjahr kaum eine tatsächliche Mitteilung gemacht wurde. Erst später wurde gelegentlich von einzelnen Delegierten behauptet, die Mitgliedszahl betrage 6000 oder 6000. Traurig steht die Bundeskasse. Sie hatte im ersten Halbjahr eine Einnahme von 7906,88 M. und eine Ausgabe von 8102,42 M. Auf der Tagesordnung standen einige Punkte, nach denen es schien, als sollten Geselleninteressen vertreten werden. Man war offen genug, zu betonen, daß es hier nur gelte, angesichts der Arbeit des Zentralverbandes zu zeigen, daß man auch etwas für die Gesellen tun wolle. So wünschte man eine neue Regelung der Sonntagsruhe. In den Geschäften, wo mehrere Gesellen beschäftigt werden, müßte wenigstens alle zwei oder drei Wochen ein freier Sonntag gewährt werden. Aber man dürfe natürlich nicht weitergehen, als das Handwerk betragen könne. Von Berlin war der Antrag gestellt worden, im Fleischergewerbe die 72 stündige Arbeitszeit pro Woche einzuführen. Verles-Arztowitsch erklärte dazu, das sei geschehen, weil im Berliner Gesellenausfluß drei Zentralverbändler seien. Da brauche man einen solchen Beschluß zur Agitation. Bei dieser Frage traten die Meister besonders in Aktion. Daß in den Fabriken eine feste Arbeitszeit gelte, wünschten sie auch, aber im Handwerk sei mit einer bestimmten Arbeitszeit von 12 Stunden nicht auszukommen. Der Vorsitzende des Arbeitgeber-Schlichterverbandes im Fleischergewerbe, Schmidt-Hannover, erklärte den Gesellen, sie dürften nicht für eine solche Arbeitszeit eintreten, denn damit arbeite ja gerade ihr Gegner, der Zentralverband. Nein, so fuhr er fort, sagen Sie: Wir wollen freie Gesellen sein und über unsere Arbeit verfügen, wie wir wollen, nicht nach den Vorschriften eines Verbandes. Und wenn die Meister noch eine Arbeit von uns wünschen, dann kommen wir dem gern nach. (Wrauf der Weisfall!) Obermeister Rastfeldt-Ehrlottensburg meinte: In Ihrem Interesse kann ich nicht für diese Arbeitszeit sein. Wenn Sie im nächsten Jahre selbständig werden, dann werden Sie das ebenlognt bezahlen müssen, wie wir. Also machen Sie sich nicht unglücklich! Die Haltung der Gesellen war erbärmlich. Opiß-Deißig meinte, es dürfte wenigstens nicht länger als 14 Stunden gearbeitet werden. Andere erklärten, daß man nicht für eine Regelung der Arbeitszeit eintreten könne, da doch der Deutsch-nationale Fleischergefellensbund den Zweck habe, den Kleinbetrieb zu fördern. Fischer-Hamburg meinte, eine solche Regelung könne nicht durch einen Innungsbeschluß, sondern nur durch einen Tarifvertrag erreicht werden. Aber der Tarifvertrag sei eine Schraube, an dem die Bundesgesellen und gar auch der Zentralverband drehen können. Er glaube deshalb nicht, daß der Tarifvertrag im Fleischergewerbe zweckmäßig sei. (Rufe: Nein, nein!) Eine Resolution wurde dann gefaßt, wonach eine Regelung der Arbeitszeit einzig und allein nach britischen Verhältnissen vorzunehmen ist. Verlagt so der Bund, wo es sich um die Interessen der Gesellen handelt, so vergißt er doch nicht, daß er verlangen kann, von den Meistern gehäufelt zu werden. Die Innungsunterstützungen, die bisher allen Gesellen auf der Reise gegeben wurden, sollten künftig nur den gelben zugute kommen und deshalb von den Innungen pauschal in eine Unterstützungskaße gezahlt werden. Die Meister wollen aber die Verzichtung darüber nicht verlieren. Nun soll der Zweck dadurch erreicht werden, daß den Wandlern Legitimationkarten gegeben werden, die allein zum Empfang des Innungsgeheimnisses berechtigen sollen. Eine Krankenunterstützung einzuführen glückte nicht wegen mangelnder Finanzen, ein Arbeitsnachweis zum Ausschluß der roten nicht wegen mangelnder Organisation. Somit wurde natürlich über den „Streik- und Boykottunsg der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ gezeiert und für die nationale Jugendbewegung Propaganda gemacht. Der praktische Erfolg der Tagung war gleich Null.

Lohnreduzierung in bremischen Staatsbetrieben.

In der vorigen Woche stimmte die Bremische Bürgerschaft zwei Anträgen zu, wonach sowohl von der Stadt als auch von der Regierung Maßnahmen gegen die herrschende Fleischersteuerung gefordert wurden. Damit hat das Bremische Parlament anerkannt, daß eine Teuerung besteht. Trotzdem haben noch bremische Verwaltungsdeputationen den Rat, den Staatsarbeitern die Löhne zu kürzen. Vor kurzer Zeit wurden den Wasserbauarbeitern die Anfangslöhne, die 4 M. pro Tag betragen, auf 3,80 M. pro Tag reduziert. Im Februar d. J. hatten die der Deputation für Häfen und Eisenbahnen unterstellten Arbeiter Forderungen gestellt. Bis zum 21. August hatten die Arbeiter darauf noch keine Antwort erhalten, sie hatten aber bereits vernommen, daß die Deputation mit der Absicht umgehe, die Löhne zu vermindern! Die Staatsarbeiter verurteilten diesen Hieb mit neuen Forderungen zu parieren und baten die Deputation, innerhalb acht Tagen darauf zu antworten. Die Antwort kam, aber nicht auf die letzten Forderungen, sondern auf die am 21. Februar gestellten. Sie ist auch tatsächlich so ausgefallen, wie die Arbeiter vermuteten. Die Löhne, die jetzt für ungelernete Arbeiter 3,90 M. und dann nach zwei Jahren der Ausbildung 4,40 M. pro Tag betragen, sollen ab Oktober d. J. nach der neuen Verordnung wie folgt festgesetzt werden: für ungelernete Arbeiter 3,80 M. nach einem Jahre der Ausbildung 3,90 M., nach zwei Jahren 4,20 M., nach vier Jahren 4,40 M. und nach sechs Jahren 4,60 M. pro Tag. Danach tritt sowohl bei den Anfangslöhnen als auch bei den Lohnsteigerungen eine Verschlechterung ein. Bei einer Unterredung des Vertreters des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes mit dem Vertreter der Deputation stellte sich heraus, daß die Mitglieder der Deputation von der neuen Eingabe der Arbeiter noch gar nicht in Kenntnis gesetzt worden sind. Die Arbeiter bestimmten deshalb den 5. September als den letzten Tag, an dem sie die Antwort auf ihre neue Eingabe entgegennehmen

Zammesgeduld haben die Bremische Staatsarbeiter jetzt genug bewiesen, ihre Organisationsvertreter haben auch alles versucht, um den Frieden zu erhalten. Ob das nach dem 5. September noch möglich sein wird, wird ganz von der Stellung abhängen, die die maßgebenden Behörden zu den Forderungen der Arbeiter einnehmen.

Erfolgreiche Streikbewegung.

In Gengenbach (Baden) wurden die Arbeiter der Alb. Köhlerschen Pappendekelabrik von der Fabrikleitung seit einiger Zeit ungebührlich behandelt und durch Androhung oder direkte Entlassung gemahregelt. Am Sonntag traten die Arbeiter, über 100 an der Zahl, zusammen, um einen Abwehrtreik zu beraten. Die Leiter der freigewerkschaftlichen und christlichen Organisation sprachen sich beide für ein gemeinsames Vorgehen, eventuell durch Arbeitseinstellung, aus, wenn am Montag der zu entlassenden Deputation keine Garantien für die Abstellung der Arbeitskräfte gegeben würden. Als der Fabrikant dieser unerwarteten Einigkeit seiner Arbeiter gegenüberstand, einigte er sich mit denselben. Dieser Erfolg hat in dem kleinen katholischen Städtchen die Macht der Organisation wirkungsvoll veranschaulicht.

Soziales.

Teuerung und Standesamt.

Der Glaube, daß die neuerdings besonders scharf hervortretende Teuerung eine „vorübergehende Erscheinung“ sei, will im deutschen Volke trotz allen offiziellen und offiziellen Geredes nicht recht Wurzeln schlagen. Jeder Hausvater, der sein Ausgabenkonto einige Jahre zurückverfolgt, weiß, daß die Kosten des Nahrungsmittelverbrauches, die Mietpreise, die Kosten für Bekleidung, Heizung, Beleuchtung sowie die Steuerlasten ununterbrochen gestiegen sind. Die Lebenshaltung der breiten Schichten des Volkes hat sich nicht gebessert, sondern eher noch verschlechtert, da die Löhne und Gehälter meist nur geringfügige Steigerungen erfahren haben. Daß solche ungesunde Zustände auf die Dauer unserer Volkskraft schweren Schaden zufügen müssen, liegt auf der Hand. Werthvoll ist es jedoch, daß die neuesten Ergebnisse der amtlichen Statistik die schon früher oft genug ausgesprochenen Befürchtungen bestätigen. Die unmittelbare Folge der wachsenden Teuerung ist ein Stufen der Heiratslust und in Verbindung damit ein Rückgang der Geburtenziffer. Die Eingehung der Ehe bedeutet unter den heutigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen ein gefährliches Wagnis. In den meisten Gewerbezweigen entsprechen gegenwärtig die Löhne auch nicht im entferntesten den Kosten der Lebenshaltung. Auch der kleine Beamte ist bei größter Beschränkung meist nicht mehr in der Lage, seine Familie auskömmlich zu ernähren und seinen Kindern eine angemessene Ausbildung zu geben. Es ist daher kein Wunder, daß die Zahl der Eheschließungen von Jahr zu Jahr scharf zurückgeht. Das Sinken der Heiratslust und das Nachlassen der Volksvermehrung im Deutschen Reich in den Jahren 1905 bis 1910 ergibt sich aus nachstehender tabellarischer Uebersicht:

	Auf 1000 Einwohner kamen:	
	Eheschließungen	Geborene
1905:	485 906	2 048 453
1906:	498 990	2 084 739
1907:	508 964	2 060 973
1908:	500 820	2 078 680
1909:	494 137	2 088 957
1910:	498 396	1 982 836

Eine besonders ungünstige Bewegung der Eheschließungen und Geburten setzte seit dem Jahre 1896 ein. Die Zahl der Heiraten hat sich von 1896 auf 1910 um 2594 oder um 0,5 pro Tausend der Bevölkerung vermindert. Die Geburtenziffer ist gleichzeitig um 101 908 oder um 3,4 pro Tausend gesunken. Um diese auffallende Erscheinung zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß im ganzen Deutschen Reiche die Kosten des Nahrungsmittelverbrauches für eine vierköpfige Familie seit 1905 durchschnittlich um 11 Proz. und seit 1906 um 33,1 Proz. gestiegen sind. Die Erhöhung der Mietpreise für Kleinwohnungen vollzog sich ungefähr in dem gleichen Tempo. In den meisten Großstädten sind die Haushaltskosten weit rascher gestiegen als im Reichsdurchschnitt. Sie erhöhten sich während der Jahre 1906 bis 1912 in Berlin um 12,5 Proz., in München um 15,5 Proz., in Köln um 18,5 Proz., in Breslau um 14,5 Proz., in Magdeburg um 26,2 Proz., in Leipzig um 12,9 Proz., in Düsseldorf um 27 Proz. und in Halle a. S. sogar um 35,8 Proz. Seit dem Jahre 1896 stiegen die Kosten des Nahrungsmittelverbrauches einer vierköpfigen Familie in Berlin um 37 Proz., in Hamburg um 41,7 Proz., in München um 29,5 Proz., in Köln um 34,1 Proz., in Breslau um 30 Proz., in Hannover um 40 Proz. und in Magdeburg um 44 Proz. Daß diese gewaltige Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse die jungen Leute von der Eingehung der Ehe abhält, kann gar nicht mehr bestritten werden. Eine Folge dieser anormalen Zustände ist auch der steigende Prozentsatz der unehelichen Geburten. Im Jahre 1906 waren unter 100 Geborenen durchschnittlich 8,1 uneheliche. Der Anteil der unehelichen stieg im Jahre 1909 auf 9 Proz. und im Jahre 1910 auf 9,1 Proz. Ein geradezu vernichtendes Urteil über unsere schädliche, einseitige Wirtschaftspolitik werden voraussichtlich die entsprechenden statistischen Angaben für die Jahre 1911 und 1912 bilden. Ob man dann wohl an den leitenden Stellen einsehen wird, daß die Teuerung keine „vorübergehende Erscheinung“ war? Oder will man warten, bis die dauernde Schädigung unserer Volkskraft es dahin gebracht hat, daß man auch vom deutschen Volke als von einer „vorübergehenden Erscheinung“ sprechen kann?

Kann der Gehilfe noch nicht fälliges Gehalt einlangen?

Die Erste Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts bejahte diese Rechtsfrage, indem sie einer Klage auf Zahlung des rückständigen Gehalts und der an den folgenden Monatsgehältern bis zum Ablauf des Quartals fälligen Monatsraten statt gab. Allerdings erfolgte die Beurteilung nur in der Weise, daß nur das fällige Gehalt sofort, die anderen Raten sofort nach Fälligkeit zu zahlen seien. In früheren Entscheidungen wurden Klagen auf Zahlung später fällig werdenden Gehalts darum abgewiesen, weil die Gerichte sich auf den Standpunkt stellten, der Gehilfe müsse erst abwarten, ob er nicht inzwischen anderweitig Stellung finde. Da dies jedoch in den meisten Fällen nicht eintrat, so war die Folge eine Anhäufung von „Monatsklagen“ und damit verbunden eine unnütze Befragung des Kaufmannsgerichts. Nach dem von der Ersten Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts jetzt eingenommenen Standpunkt wird der ganze Rechtsfall in eine Entscheidung gefaßt. In seinen Rechten wird dadurch der Prinzipal keineswegs gekürzt, denn er kann, wenn er den Kläger im Verdacht anderweitiger Tätigkeit hat, sofort Klage beim Kaufmannsgericht erheben und die Auszahlung der fälligen Raten eventuell durch schleunige Verfügung inhibieren. In den weitaus meisten Fällen wird übrigens der Gehilfe nach Erlangung einer anderen Stellung von dem rechtskräftigen Urteil gegen seinen früheren Prinzipal erst gar keinen Gebrauch machen.

Das „Finanzierungsinstitut“ für Lehrlinge.

Die Spekulation auf die Dummheit und Unerfahrenheit junger Leute, die es schnell zu etwas bringen möchten, findet immer noch ihre Opfer. Das zeigte sich wieder einmal in einer geklärten stattgehabten Verhandlung vor der 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts. Verlagt war das Finanzierungsinstitut von Straube u. Co., das früher „Institut Unio“ (Inhaber Heintze u. Roll) firmierte. Schon unter dieser alten Firma bestanden die

Finanzgeschäfte, die bei dem Unternehmen betrieben wurden, in der Hauptsache darin, junge Leute als „Lehrlinge“ einzustellen und ihnen dafür ein Lehrgeld abzunehmen, das, je nach der Zahlungsfähigkeit der Kandidaten, zwischen 300 M. und 1000 M. variierte. Dafür sollte dann auch der „Herr Volontär“ in einem Jahre in die Geheimnisse der Finanz- und Börsenkunde eingeweiht werden. Als die alte Firma wegen der Missbilligung von Volontären, die ihr „Lehrgeld“ heraushaben wollten, bei den Gerichten und in der Öffentlichkeit zu bekannt wurde, verbandelte sie sich in das oben genannte beklagte Unternehmen. Die alte, sehr rentable Geschäftspraxis, Leute mit Lehrgeld heranzuziehen, wurde natürlich in bewährter Weise fortgesetzt. In dem zur Verhandlung gekommenen Falle sollte der junge Mann 300 M. Lehrgeld in einem Jahre zahlen, wovon 150 M. anzuzahlen waren. Von dem Vormund, der die Klage auf Herausgabe der Anzahlung einleitete, wurde der Firma von der Angurechnungsfähigkeit des Klägers erhoben. Obgleich der Vormund im Interesse ihres Sohnes lag, suchte die Mutter — wahrscheinlich aus dem Gefühl der Mutterliebe heraus — die Unmündigkeitsklärung ihres Sohnes an und hatte damit auch Erfolg. Nach dem dem Kaufmannsgericht vorliegenden Akten des zuständigen Amtsgerichts ist der Kläger G. im Vollbesitz seiner Geisteskräfte. Da die Leiter des merkwürdigen Finanzierungsinstituts es aber vorgogen, zur Verhandlung nicht zu erscheinen und sich auch nicht vertreten zu lassen, so emigrierte die Firma doch nicht der antragsgemäßen Beurteilung.

Aus der Frauenbewegung.

Dienstbotenlos und Dienstbotenpflicht.

(Ein Mahnwort an die proletarischen Eltern.)

Die proletarischen Eltern können ihren Kindern keine materiellen Güter hinterlassen, sie sind nicht einmal imstande, ihnen die Existenzmöglichkeit einigermaßen zu sichern. Raum der Schule erwachsen müssen die jungen Menschen hinaus ins feindliche Leben, in das Getriebe von toller Heerei und struppelosester Ausbeutung, das dem Kapitalismus eigen ist.

Handelt es sich um Mädchen, dann denkt wohl mancher Vater, manche Mutter: Es ist besser, das Kind geht nicht in eine Fabrik, sondern in Dienst. Da hat es sein gutes Essen, da kann es manches lernen, was ihm später als Frau zugute kommt, und ist im Schutze des Hauses weniger den Gefahren ausgesetzt, die ein junges Mädchen umlauern. Im einzelnen Falle mag manches an dieser Rechnung richtig sein, aber im ganzen ist sie doch falsch.

Die Dienstboten sind schlechter gestellt als die gewerblichen und Industriearbeiterinnen. Ihre Arbeitszeit ist unregelmäßig. Es bleibt der Einsicht der Herrschaften überlassen, ob sie die tägliche Leistung der Hausangestellten auf ein erträgliches Maß einstellen wollen. Und um diese Einsicht ist es sehr miserabel bestellt.

14 bis 16 Stunden am Tage haben die Mädchen noch immer in den meisten Häusern zu arbeiten. Und die Kost ist gewöhnlich bei weitem nicht so gut und so reichlich, daß sie den Kräfterverbrauch voll ersetzen könnte. Die Teuerung aller Lebensmittel wirkt auch auf die bürgerlichen Haushaltungen ein, und auch dort sind es die Proletarier — die Hausangestellten —, die zuerst darunter leiden müssen. Die Herrschaft selbst entbehrt nicht gern, da wird eben soviel wie möglich den Dienstboten abgezwaht. Dazu kommt, daß dem Mädchen in der Regel keine bestimmten Pausen für die Mahlzeiten eingeräumt werden, und daß es infolgedessen das Essen meistens nur so nebenher bei der Arbeit hinunterschlucken muß. Wie die Essenspausen, so ist auch die Zeit für die Nachtruhe auf das geringste bemessen. Oft genug muß das Mädchen des Nachts die Sorge für kleine Kinder oder sonstige Verpflichtungen übernehmen, weil die gnädige Frau zu bequem ist, selbst zu tun, was ihres Amtes wäre. — Besonders traurig ist es um die Schlafkammer der Mädchen bestellt. Ein heizbares und verschließbares Raum steht ihnen in den schlechtesten Fällen zur Verfügung. Meistens werden sie in der Küche, auf dem Hängeboden, im Keller oder in einem Mansardenstübchen untergebracht, oft genug in einem elenden, unsauberen Bett.

Darüber gibt eine Statistik klare Auskunft, die der Verband der Hausangestellten aufgenommen hat und die 15 Städte umfaßt. Von 900 Schlafkammern waren 540 nicht heizbar, 24 lagen auf dem Hängeboden, 65 im Keller, 13 in der Küche, 12 in der Wadestube, 5 auf dem Korridor und 138 waren Mansardenräume. 13 Räume besaßen überhaupt kein Fenster, in 63 konnte das Fenster nicht nach außen geöffnet werden, sondern nur nach einem Innenraum. Von einer genügenden Ventilation kann dabei natürlich nicht die Rede sein. Auch die Reinlichkeit ließ in den meisten Fällen viel zu wünschen übrig, weil den Mädchen nicht die nötige Zeit für die Reinigung zur Verfügung gestellt wird.

Das Angeführte umfaßt nur einen kleinen Teil der Mißstände, unter denen die Hausangestellten zu leiden haben. Es sollte trotzdem genügen, um die Arbeitereltern zum Nachdenken darüber zu veranlassen, ob sie unter solchen Umständen noch länger beiseite stehen wollen. Um so mehr, als bekanntlich auch in rechtlicher Beziehung die Dienstboten ganz besonders schlecht gestellt sind. Noch immer gelten für sie die Lu's nachwegesehe der Gesindeordnungen. Nach verschiedenen davon haben die Mädchen nicht einmal das Recht, den Dienst zu verlassen, wenn sie tätlich mißhandelt worden sind. Von sonstigen Beschimpfungen ganz zu schweigen. Sie müssen es sich gefallen lassen, daß ihnen im Dienstbuch ein Zeugnis mitgegeben wird, das oftmals lediglich von der Niedertracht und Rachsucht der „Herrschaft“ diktiert ist und das Mädchen beim Suchen einer neuen Stellung schwer schädigt.

Auch jene Arbeiterfrauen, die, von der steigenden Not getrieben, als Aufwärtserinnen, Wäscherinnen und Reinmachfrauen usw. tätig sein müssen, um so das lärgliche Einkommen der Familie zu erhöhen, sind ähnlichen Schädigungen und Verdrückungen im Arbeitsverhältnis ausgesetzt wie die Dienstboten. Auch sie werden in der Regel für schwere, überlange Arbeit miserabel entlohnt und befristet. Aber es gibt auch für die im Haushalt tätigen Proletarierinnen eine Möglichkeit, ihr trauriges Los zu verbessern.

Die Arbeitereltern können ihren Kindern keine materiellen Güter vererben. Aber sie können ihnen das beste Erbeil des Proletariats übermitteln: Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation und des gemeinsamen Kampfes! Auch für die Hausangestellten besteht eine Organisation, die auf dem Boden der freien Gewerkschaftsbewegung steht: Der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, der bereits 6000 Mitglieder umfaßt und im stillen, gähnen Ringen schon manchen Vorteil herausgeholt hat.

Der Verband gewährt kostenlos Rechtschutz, Rat und Anstaltsvertretung bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis; kostenlose Diebstahlversicherung der Verbandsgewerkschaft, die zu allen wichtigen Fragen Stellung nimmt, Aufklärung und Unterhaltung bringt. Der Verband bietet: Gefellige Zusammenkünfte und aufklärende Vorträge. Er nimmt sich auch im Krankheitsfalle seiner Mitglieder an und gewährt eine Krankenunterstützung.

Besonders die Gewährung von Rechtschutz ist für die Hausangestellten von größter Wichtigkeit. Infolge der Unkenntnis seiner Rechtslage mußte schon gar manches Mädchen im Streitfalle in der unerschämtesten Weise sich übervertellen lassen. Gehört es dem Verbands an, dann steht ihm dieser in allen solchen Fällen schützend zur Seite.

Arbeiterkern! Sorgt darum dafür, daß eure Köpfe, die als Hausangehörige tätig sind, ihrer Organisation beitreten. Seid nicht lau und lässig, denkt daran, daß nur durch die Organisation das Dienstbotentum gelindert werden kann und daß darum eure Kinder für eure Unterlassungssünden büßen müssen. Und ihre Arbeiterfrauen, die ihr selbst als Reinmachfrauen, Aufwartenden usw. Euer saures Brot verdienen müßt, erinnert euch, daß auch ihr hineingehört in den Verband der Hausangehörigen. (S. H. Berlin SO. 18, Michaelkirchplatz 1 (ab 1. Oktober Engelauer 21).)

Kommunales.

Die Stadtverordnetenversammlung

trat gestern zu ihrer ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammen. Das Ereignis des Tages, das ein Meer von Schaulustigen nach dem Rathaus gelockt hatte, war die Einführung des neuen Oberbürgermeisters, des Staatssekretärs a. D. Wermuth. Lange vor Beginn der Sitzung hatte die Tribüne rund sich gefüllt, so daß der Zugang gesperrt werden und Hunderte umkehren mußten. Im Saal sah man ein ungewohntes Bild. Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistratskollegiums hatten nämlich ihre Amtskette angelegt, überdies präsentierten viele sich im Schmud ihrer Orden, so daß man mit Staunen bemerkte, eine wie große Zahl offenbar hochverdienter Leute es im Rathaus gibt. Die Einführungsfeierlichkeit machte auf die Männer des Stadtfreiwilens offenbar einen tiefen Eindruck, wir aber konnten das Schauspiel, das sich da bot, nur mit stiller Heiterkeit genießen. Die Selbstverwaltung der Gemeinden wurde, wie's bei solchen und ähnlichen Gelegenheiten herkömmlich ist, in mehr oder minder schönen Reden gepriesen. Aber wie ein Hohn auf diese „Selbstverwaltung“ wirkte der in Person anwesende Vertreter der „Aufsichtsbehörde“, der Oberpräsident v. Conrad, der diesmal selber die Einführung des obersten Beamten der Stadt zu vollziehen hatte. Oberbürgermeister Wermuth antwortete mit einer Rede, die einige Hauptpunkte seines Programms andeutete. (Sie ist an anderer Stelle unseres Blattes im Wortlaut wiedergegeben.) Schließlich hielt noch Stadtverordnetenvorsteher Michalek eine Begrüßungsansprache, in der er betonen zu sollen glaubte, daß die Berliner Stadtverordnetenversammlung mal keinen Liberalen zum Oberbürgermeister gewählt habe. Diese ungewollte Selbstverpottung des Stadtfreiwilens machte sich nicht übel. Der neue Oberbürgermeister Wermuth vollzog dann sogleich seine erste Amtshandlung, indem er den neugewählten Stadtrat Berndt in sein Amt einführte.

Das sehr reichliche Arbeitspensum, das den Stadtverordneten in einer langen Tagesordnung vorgelegt wurde, beschäftigte sie bis in die zehnte Stunde hinein. Den größten Teil der Sitzung nahm die Feuerungsdebatte in Anspruch, die sich an den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion sowie an einen von den Freisinnigen eingebrachten Antrag knüpfte. (Eine Würdigung dieser Debatte finden unsere Leser an anderer Stelle unseres Blattes.) Beide Anträge wurden der gemischten Deputation überwiesen, die zur Beratung der gegen die Feuerung zu ergreifenden Maßnahmen schon im vorigen Jahre eingesetzt worden ist.

Gerichts-Zeitung.

Ein Polizeistand

Beschäftigte vor einigen Tagen die Offenburger Strafkammer. In dem badischen Industrieblättern Lehr wurde am Samstagmorgen der Arbeiter D. Erhard, ein Drechsler und unbekannter Bürger, nachts auf dem Heimwege von mehreren Schulknaben festgenommen, geschlagen und beschimpft, so daß es das Arrestlokal als ein schwerverwundeter Mann verließ.

Die Staatsanwaltschaft brachte am Dienstag die vier städtischen Schulknaben Wähler, Wiegert, Pohl und Knöfler wegen Körperverletzung vor die Offenburger Strafkammer. Das ausgedehnte Zeugenverhör stellte fest, daß Erhard in jener Nacht in Begleitung seiner Frau und mehrerer Verwandten auf dem Heimwege war, als ihnen zwei von männlichen Masken begleitete Schulknaben in Uniform begegneten und ihnen das Singen eines bekannten Karnevalsliedes verboten. Auf die Erwiderung, daß sich die Schulknaben durch ihr Kostümbildern dann auch strafbar machen würden, wurde Erhard von den Uniformierten ergriffen, fortgerissen, mit Faustschlägen traktiert und trotz der Vermittlung seiner Frau und anderer unbeteiligter Personen nach der Polizeiwache gebracht. Unterwegs wurde auch seine Schwägerin von einem Schulknaben zu Boden geschlagen. Letztere wollte nämlich dagegen Einspruch erheben, daß ihr auf dem Boden liegender Schwager vom Schulknaben Hof gewirkt werde. Auf der Wache wurde Erhard rasch in ein dunkles Arrestlokal gebracht und dort bald darauf unverhört mit einem schweren Schlag auf den Schädel betäubt. Sein Bruder und seine Frau, welche um Ausbändigung des Hausknabens baten, wurden zur Wache hinausgeworfen.

Der als Sachverständiger geladene Arzt stellt fest, daß der Schädel Erhards durch Schläge blutunterlaufen war und daß eine dreikantige, bis auf die Knochenhaut bringende Wunde eine große Wundung herbeigeführt hat. Vor Gericht belasteten die persönlich unbeteiligten Zeugen die angeklagten Schulknaben schwer durch übereinstimmende Aussagen; während die Angeklagten jede Schuld leugneten und angaben, angegriffen zu sein. Der Staatsanwalt fordert die Bestrafung der vier Schulknaben, jedoch nur mit Geldstrafen!

Das Gericht sprach zwei Schulknaben frei und verurteilte die beiden anderen zu 25 Mark Geldstrafe; außerdem zu einer Buße (kein Schmerzensgeld) von 20 Mark wegen Dienstverletzung in fortgesetzter Tat.

Der Staatsanwalt machte ein etwas verdächtig Gesicht, das Publikum brumnte vor Entsetzen. Plötzlich! Jetzt können wieder wie bisher in Lohr neue Zivilisten den Gummischlauch und den eisernen Dreikant über den Schädel bekommen.

Ausgehenden Vordiertrudel.

Auf Vordiertrudeln pflegt es keineswegs ruhig herzugehen. Denn der Vord die fröhlichen Reiter köhlt, dann erreicht der Jubel und Trubel oft einen solchen Höhegrad, daß sich die Nachbarschaft des Festlokals davon unangenehm berührt fühlt. So ist durch das fröhliche Treiben eines Vordierfestes, welches ein Verein im Lokale des Schankwirts Sankt, Edertür. 18 feierte, von einigen Hausbewohnern als unbehaglicher Lärm empfunden worden. Schutz wurde angeklagt, vom Schöffengericht aber freigesprochen, weil er für den Lärm, den seine Gäste machten, nicht bestraft werden könne. — Gestern hatte die von der Staatsanwaltschaft angerufene Berufungskammer die näheren Umstände des Vordierfestes zu untersuchen. Hier zeigte sich, daß lediglich zwei

Frauen, deren Wohnungen unmittelbar über dem Schulischen Lokal liegen, durch den Vordiertrudel in ihrer Nachtruhe gestört wurden, während die Männer dieser Frauen von einem ruhstöhrenden Lärm nichts wissen. Auch andere in demselben Hause wohnende Mieter konnten sich während des Vordierfestes ungestört dem sanften Schlummer hingeben.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß sich des ruhstöhrenden Lärms nicht nur der schuldig macht, welcher ihn verursacht, sondern auch der, welcher ihn in seinen Räumen duldet. Schulz wurde deshalb zu einer Geldstrafe von 8 Mark verurteilt. — Er will noch das Kammergericht anrufen und hofft, dort mehr Verständnis zu finden für die Lage eines Gastwirts, der die fröhliche Stimmung seiner Gäste beim besten Willen nicht eindämmen kann.

Gegen das alte preussische Plakatgesetz!

Immer wieder muß der Protest gegen den Fortbestand der von der Jurisdiktion noch für gültig erklärten Plakatbestimmungen des alten preussischen Preßgesetzes erhoben werden. Kamentlich aber auch gegen ihre durchaus einseitige Anwendung. Von großem Interesse in dieser Hinsicht ist auch ein Prozeß, der das Kammergericht dieser Tage beschäftigte.

In einer der vielen Filialen der Bäderfirma Hanke zu Berlin hing das Plakat aus, worauf die Firma ihren Kunden mitteilte, daß sie die Forderungen des Verbandes der Bäder und Konditoren bewilligt habe. Die Behörde ging davon aus, daß das Plakat von der Straße aus sichtbar sei. Die Filialverwalterin S. und der Geschäftsführer Waage wurden in zweiter Instanz vom Landgericht wegen Verletzung des § 9 des preussischen Preßgesetzes verurteilt, welcher lautet:

„Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Verammungen, aber öffentliche Bekanntmachungen, über gestohlene, verlorene und gefundene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr dürfen nicht angehängt, angeheftet oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.“

Das Landgericht nahm an, daß das Plakat hier nicht lediglich den gewerblichen Verkehr betreffe und deshalb überhaupt nicht öffentlich hätte angehängt oder ausgestellt werden dürfen.

Die Angeklagten legten Revision ein und Rechtsanwalt Dr. Karl Liebkecht machte vor dem Kammergericht unter anderem folgendes geltend:

Selbst ein Senatspräsident am Kammergericht und ein Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft hätten seinerzeit anerkannt, daß die alten preussischen Plakatbestimmungen in unsere Zeit absolut nicht mehr hineinpaßten. Tatsächlich würde ihre allgemeine Anwendung auch den heutigen Verkehr unmöglich machen. Danach wären z. B. unzulässig viele der Plakate, die an und in den Bahnhöfen mit Dampfen und mit Genehmigung der Behörden angebracht seien. Er erinnere nur an die Plakate des Bundes für Mutterrecht, über Säuglingsheimen, über Fürsorgestellen für Kranke und über alle mögliche andere soziale Fürsorge. Man gebe ganz richtig davon aus, daß es eine Stillwidrigkeit, eine Unmöglichkeit den Bestimmungen der neuen Zeit gegenüber wäre, wenn man diese Plakate verbieten wollte. Ausschließlich nicht gern gelesenen politischen, sozialen und religiösen Bestrebungen gegenüber würden die längst veralteten Bestimmungen hervorgehoben. Es sei so weit gekommen, daß sie ausschließlich als politische Kampfschilde betrachtet würden, nicht nur von den Betroffenen, sondern auch von ihren Gegnern. So hätten, als ein Antrag des Anwalts im Parlament auf Änderung der fraglichen Gesetzesvorlage der Justizkommission überwiesen wurde, die Bädermeister petitioniert, sie brauchten das preussische Preßgesetz, um der Arbeiterklasse bei Lohnbewegungen ihrer Gesellen entgegenzutreten zu können. Aus alledem ergebe sich, daß eine ergiebige Auslegung des Gesetzes zu vermeiden wäre. In einer solchen nötige übrigens das Gesetz durchaus nicht.

Der Anwalt legte eingehend dar, daß auch das hier vorliegende Plakat als eine Nachricht für den gewerblichen Verkehr anzusprechen sei, weil die Mitteilung an die Kundenschaft, unter welchen Bedingungen die Ware hergestellt werde, einen Einfluß auf das Verhältnis zwischen Verkäufer und Kunden ausübe, sowie überhaupt eine Reklame für den Verkäufer sei. Daß die Mitteilung auch irgend welche soziale Gesühle auslösen könne, müsse demgegenüber gleichgültig sein. Der Anwalt zog noch die Auslegung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb heran, die im Gegensatz zu der angegriffenen Auslegung des preussischen Preßgesetzes den Begriff des geschäftlichen Verkehrs möglichst weit fasse.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision und führte aus: Der Begriff der Nachrichten für den gewerblichen Verkehr im Sinne des preussischen Preßgesetzes sei so auszulegen, wie es damals das Gesetz wollte. Da habe man aber Nachrichten gemeint, die lediglich, ohne jede Nebenabsicht, den gewerblichen Verkehr betrafen. Wenn das Landgericht dies bezüglich des fraglichen Plakats verneine, weil der Inhalt zugleich auf die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Bezug nehme, dann sei das kein Rechtsirrtum. Das Wettbewerbsgesetz sei zur Auslegung nicht heranzuziehen.

Zu große Schamhaftigkeit beim Ausschauen der Damentoilette.

Am 30. Oktober 1910, abends gegen 7 Uhr, verunglückte die Klavierlehrerin W. aus Hannover in dem „Aurhaus Richmond“ in Braunschweig dadurch, daß sie beim Ausschauen der Damentoilette eine Kellertür öffnete und die Kellertreppe hinabstürzte. Die Ursache der Verwundung der Türen läßt sich folgendermaßen erklären: Die W. kam aus dem Restaurationsaal und ging zunächst an der Herrentoilette vorüber. Sie schritt nun den Korridor entlang bis zu der Stelle, die der Herrentoilette des anderen Korridors entsprach. Hier befand sich eine zweifelhafte Kellertür. Daneben ist die Aufschrift „Damentoilette“ und ein um die Ecke weisender Pfeil angebracht. Wegen einiger auf dem Korridor im Gespräch stehenden Herren und Damen ließ sich die durchaus nicht mehr junge Dame von einem falschen Schamgefühl leiten. Sie wollte nicht merken lassen, nach was sie suchte und begnügte sich mit der Silbe „Do-“, aus der sie das Wort „Damen“ schloß und dieses dann auf die Kellertür bezog. Anstatt die Aufschrift genau anzusehen, sah sie sich um, als man nach ihr sehe und schritt dann geschwind durch die Kellertür. Infolge der durch den Sturz erfolgten Kontusionen hatte sie gegen den Restaurateur J. Ansprüche auf Schadloshaltung in Höhe von 1148 Mark erhoben, sich aber die Geltendmachung des weiteren Schadens vorbehalten.

Das Landgericht Braunschweig erkannte die Klage für gerechtfertigt an. Es hielt die Anlage der offenen Kellertür für eine sehr gefährliche Einrichtung. Dagegen hat das Oberlandesgericht Braunschweig die Klage abgewiesen. In den Entscheidungsgründen des oberlandesgerichtlichen Urteils heißt es u. a.: Da das Schild mit der Aufschrift von der Kellertür wegweist, kann vernünftigerweise niemand auf den Gedanken kommen, daß hinter der Kellertür die Damentoiletten sind. Wer die Tür sucht, muß auch das Schild sehen. Deshalb konnte der Wirt auch nicht damit rechnen, daß die Kellertür für die Damentoilette gehalten werden konnte. Wollte man auch eine geringe Fahrlässigkeit des Verklagten darin finden, daß die Kellertür nicht mit der warmenden Aufschrift „Vorwärts! Kellertreppe!“ versehen war, so kommt doch darauf nicht an, da ausschließlich das eigene Verschulden der Klägerin den Unfall herbeigeführt hat. Sie hätte bei der erforderlichen Sorgfalt bemerken müssen, daß es sich um eine andere Tür handelte, die der Tür der Herrentoiletten ganz unähnlich war. Auch beim Öffnen der Kellertür, die nach außen hin zu öffnen ist, hätte die Klägerin sofort erkennen können, daß eine Treppe abwärts geht. Das abertretene Schamgefühl kann niemanden berechtigen, unvernünftig zu handeln. Wenn man auf ein übertriebenes Schamgefühl Rücksicht nehmen wollte, so müßte man damit rechnen, daß Damen in öffentlichen Lokalen bei manchen Handlungen überhaupt unzurechnungsfähig wären.

Gegen das Urteil des Oberlandesgerichts Braunschweig hatte die Klägerin Revision beim Reichsgericht eingelegt, jedoch ohne Erfolg. Das Reichsgericht hat das Urteil des Oberlandesgerichts bestätigt und die Revision zurückgewiesen.

Aus aller Welt.

Die Grubenkatastrophe bei Wehune.

Die Schlagwetterkatastrophe auf der Grube Clarence hat entgegen den ersten beruhigenden Meldungen weit mehr Opfer gefordert. Wie jetzt berichtet wird, sind 71 Tote und 18 Verwundete geborgen worden. Es steht noch nicht fest, ob mit diesen Opfern der ganze Umfang des Unglücks erschöpft ist. Nachdem ein Obergenieur die Grube Clarence in einer Tiefe von 1000 Meter noch einmal nach allen Richtungen durchsucht, aber kein Lebenszeichen mehr gefunden hatte, stellten die Ingenieure, um nicht wünschenswerten unnötig aufs Spreu zu setzen, die Einfahrten ein. Mehrere neue Explosionen wurden gehört.

Auch ein Zeichen der Zeit.

Den „Bremer Nachrichten“ zufolge ist auf der Landstraße von Schwanevide nach Sankt Magnus in einem Graben eine Leiche gefunden worden, die als diejenige des Oberlehrers Dr. Ernst Spieder, zuletzt in Jhehoe in Holstein tätig, rekonstruiert wurde. Dr. Sp. hat nach den vorgefundenen Papieren in Königsberg studiert und erwarb die Lehrberechtigung für Deutsch, Latein, Griechisch, Englisch und Französisch. Die Papiere waren in Ordnung. In dem Portemonnaie befanden sich fünf Pfennig. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß Dr. Sp. Hungers gestorben ist.

Apachentampf in Genua.

In der Via Venti Settembre in Genua gerieten am Mittwoch abend auf einem Straßenbahnwagen drei Fahrgäste mit dem Schaffner in Streit. Als sie den Wagen verlassen und der Schaffner ihnen wegen des Fahrgeldes nachließ, wurde er durch Revolverschläge niedergestreckt. Polizeibeamte verfolgten die Räuber, wobei auf beiden Seiten mindestens vierzig Schüsse abgegeben wurden. Einer der Räuber und zwei Polizeibeamte wurden getötet, zwei Karabinieri und drei Polizeibeamte verletzt. Die beiden anderen Räuber entkamen zunächst, wurden aber noch in der Nacht verhaftet. Einer von ihnen gab sich als Gipsarbeiter Battista Ferrerio aus Marselle aus und erklärte, erst vor zwei Tagen nach Genua gekommen zu sein. Bei seiner Verhaftung verhielte er, zum Revolver zu greifen, wurde aber unschädlich gemacht. Die Polizeibeamten mußten den Verhafteten vor der Menge, die ihn lynchen wollte, schützen.

Diebstahl eines Mobilisationsplanes.

Eine merkwürdige Meldung kommt aus Loubac im französischen Departement Cotes du Nord. Dort bemerkte der Bahnhofsvorsteher Salze, daß während seines Urlaubs sein Privatbriefschloß erbrochen worden war. Der in dem Schloß aufbewahrte Mobilisationsplan war infolgedessen unangehört geblieben. Entfernt war nur ein Mobilisationsplan für die dem Bahnhofschef unterstehende Eisenbahnstrecke. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet worden.

Selbstverständlich gilt bei der Regierung, für die der Mobilisationsplan gestohlen wurde, in diesem Falle Diebstahl als eine ehrenvolle Tat.

Die Sedanfeier der Idioten.

Im „Kleiniger Tageblatt“ lesen wir: Gestern wurde in der Idiotenanstalt Wilhelm- und Augusta-Stiftung der Sedanfeier in schlichter Weise gefeiert. An dem schönen sonnigen Nachmittag vergnügten sich alte und junge Zöglinge mit allerlei Spielen und abends bewegte sich ein langer Zug von männlichen und weiblichen Anstaltsangehörigen durch die mit bunten Lampfen gezierten Wege. Viele trugen stolz ein Lampion, andere fangen eifrig patriotische und geistliche Volkslieder. Alle wurden durch das Abklingen von Feuerwerkskörpern erfreut. Von den weiblichen Zöglingen hatte sich eine Anzahl sinnig maskiert. An einem Hoch auf den Kaiser und die Anstaltsleitung fehlte es nicht. Jedenfalls brachte die Sedanfeier einen Freudenstrahl in das gleichmäßige Anstaltsleben der mehr als 500 Idioten. Wirkungsvoller kann der ganze Sedanrummel wohl kaum charakterisiert werden.

Kleine Notizen.

Gattenmord in Hamburg. Seine Frau erstochen hat gestern Nacht nach einem kurzen Wortwechsel der in der Goldingstraße wohnende Mechaniker Münsterberg. Der Mörder ging nach vollbrachter Tat nach einem benachbarten Restaurant und erzählte dort, daß er seine Frau ermordet habe, worauf er zusammenbrach. Er erhob sich jedoch bald wieder und wurde von der sofort benachrichtigten Polizei verhaftet.

Schreckliches Brandunglück. Am Ufer der Rewa in der Nähe einer im Bau begriffenen Brücke der finnisch-russischen Verbindungsbahn ist in der letzten Nacht ein großer Heuschaber niedergebrannt, in welchem Arbeiter übernachteten. Dabei sind 17 verstoßene Leichen geborgen worden.

Krieg im Frieden. Bei einer militärischen Übung in der Nähe des Forts Vossogat zerbrach ein mit Soldaten bemanntes Floß, 18 Mann fielen ins Wasser, von denen 6 ertranken. Von Moskito gestikt. In Cambden im Staate New Jersey wurde ein sechsjähriges Mädchen von Moskito auf so grausame Weise gestochen, daß es nach kurzer Zeit an den Folgen starb. Als Nachbarn zur Hilfeleistung herbeieilten, fanden sie den Körper des Mädchens über und über mit Moskito bedeckt.

Weiterprognose für Freitag, den 6. September 1912. Zeitweise heiter, jedoch unbeständig, mit einzelnen Regenschauern und frischen südwestlichen Winden; Temperatur wenig verändert.

Berliner Wetterbureau.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Deute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal IV (Arbeitslosensaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 9. September:

Mitglieder-Versammlungen

der Bezirke und Branchen.

Die Versammlungslokale werden am Sonntag bekannt gegeben. 88/11

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend. E. H. No. 118.

Laut Generalversammlungsbeschluss vom 11. August 1912 ist die Jahreshilfe Westen aufgehoben, weil sich für diese Jahreshilfe kein Hilfskassierer fand. Die Mitglieder müssen von jetzt an ihre Beiträge im Bureau Rusackstr. 25 in den Bureaustunden von 9-5 Uhr entrichten.

Der Vorstand.

Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

e. G. m. b. H.

Zentrale: Lichtenberg, Rittergutstraße 22-26.

Unseren Mitgliedern, Freunden und Gönnern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß wir unsere

eigene Konditorei

in Betrieb genommen und von heute ab in unseren sämtlichen Verkaufsstellen

Konditoreiwaren

zum Verkauf bringen.

Der Vorstand.

Möbel-Angebot.

Solltes Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel gegen mäßige Barvergütung bei kleiner Anzahlung u. geringen monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 70, Postamt 28.
Kein Abzahlungsgeschäft. 38512*

Kindertwagen, Teilzahlung, Woche 1.- Klappwagen, Kinderbetten, Kleiderkasten, Spottbühnen, Kleiderkasten, Waschküchen 50. 20688

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stampfer, Gebunden 3 Bde. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Laden). 12009*

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, jeder praktisch Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei

Kohnen & Jöring, Größtes Spezialhaus für Arbeits- u. Berufskleidung

Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenfelder Str. 53 - Landsberger Allee 148 - Neufölln: Bergstr. 66

Alle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.

Verkäufe.

Teppiche, unbedeutende Farbenschleier, für die Hälfte des Wertes. Gelegenheitskäufe. Portieren, Gardinen, Steppdecken, Tischdecken, Schloßdecken zu Schloßdecken, Teppichhaus Adler, Königstraße 50, gegenüber Rathaus. 19578*

Trepprollen, Holzverkleidung, Putzmaschinen, Spiegel, Krüge u. Wägen, Bohmannstraße 29. 20988

Teppiche, Prachtstücke (Farbenlehre) für halben Preis. Vorwärts-leier 10 Prozent! Kauerhoff, Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden! 18908*

Wanduhren, dreifach, komplett 7,50, Gasglocken 6,00, Gasglocken 2,40, Gasmanometer 1,50, Raumdekor, vier Wanduhren - Große Frankfurterstraße 9 - Nebenstr. 6 (Wedding) - Schloßhauser Allee 121 (Gleisdorf) - Neufölln, Berlinerstraße 102. 20088*

Teppiche (Jedlerhülle) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes. Lederschleier, Braum, Lederer Markt 4, Bahnhofs Börse. (Leier des Vorwärts) erhalten 5 Prozent Rabatt! Sonntags geöffnet!

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Dolan von 1,50, Gebrochene von 12,00, Frack von 2,50, sowie für forpante Figuren. Neue Garderobe zu kleinsten billigen Preisen, aus Vordrücken verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Kaufmannstraße 14.

Gardinen! Steppdecken! Portieren! Tischdecken! außerordentlich billig! Vorwärts-leier 5 Prozent Rabatt extra! Gardinenhaus Braum, Lederer Markt 4 (Bahnhofs Börse), Sonntags geöffnet.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 20-40 Mark, Hosen 6-14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 12888*

Vorwärts-leier fünf Prozent Extrarabatt, selbst bei Gelegenheits-Teppich 2 homas 21078

Teppiche, farblich, spottbillig. Tischdecken mit Tischschlern für halben Wert.

Steppdecken, im Schaufenster gelitten, jeden Preis!

Portieren, Tisch, Leinen, Kleiderkasten spottbillig.

Gardinen, Stores, Rollläden, angehängte, ladelhaft billig.

Teppich-Thomas, Prachtbau Oranienstraße 126, Rosenbrotstraße 54.

Germanian 6. Handbühnen, Schablonen, Adressbücher, Gebrochene, Commemorative, Herrenhosen, Damenmäntel, Allerbilligster Bettenverkauf, Vermietungsbett, Kuchenerbetten, Kuchenerbetten, Tischdecken, Tischdecken, Steppdecken, Goldschmuck, Tischdecken, Wanduhren, Wandbilder, Warenverkauf ebenfalls Sonntags.

Betten, Stand 9.-, Brunnenstraße 70, im Keller. 12009*

Ohne Anzahlung Bilder, Spiegel, wöchentlich 50 Pfennig, Steppdecken, Tischdecken, Portieren, Bezüge, Uhren, Gastkonen, Teppiche und Herren-Garderobe, ferner komplette Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke mit den kleinsten An- und Abzahlungen. Besuch eventuell Portier, Weber, Neue Königstraße 34.

Diese Woche erhalten Vorwärts-leier zehn Prozent Rabatt. Extraverkauf, Gardinen ladelhaft billig, Tischdecken 5,75, Steppdecken 4,50, prachtvolle Teppiche, alle Größen, geringe Fehler, unter der Hälfte, unerreicht billig. Georg Lange Kaufhof, Chausseestraße 73/74. 20048

Labeneinrichtung, große Auswahl, Steigler, Bankstraße 51. 751*

Teilzahlungen 0,50 wöchentlich: Gardinen, Portieren, Teppiche, Decken, Uhren, Bilder, Möbel, Goldwaren, Betten, Wäsche, Kinderwagen, Herren-Garderobe. Sendt Vertreter, Kleider Kaufhof, Chausseestraße 80.

Leihhaus Moritzplatz 58a: Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als von Kavaliere wenig getragene Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damen-Wäsche, Juwelien, Reitmäntel, Kleider (hochlegant), Große Posten Pelzkleid, Pelzjacken, früher bis 150, jetzt 15-40 Mark. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäpche, Betten, enorm billig, nur Moritzplatz 58a I. 21038*

Kanarienvögel 5,00, Felder, Kopernickstraße 25. 751

Geschäftsverkäufe. Obst-, Gemüsegeschäft verkauft, jeden annehmbaren Preis. Wedmann, Neufölln, Voddinstraße 22.

Schankgeschäft, gangbares, passend für Anlässe, Brauereibetriebe, ist sofort oder später zu verkaufen. Erlangen Adalbertstraße 35, Kohlgasse 10.

Möbel. Möbel-Gelegenheits-Käufe (spottbillig), neue gediegene Einzelmöbel und ganze Einrichtungen, Schlafzimmer (siehe) 298.-, komplette Wohnzimmer 122.- bis 240.-, Chaiselongue 41.-, Sofa 38.-, Truhen 33.-, Schreibtisch 40.-, Bettstellen 25.-, Kleiderkasten, Möbelstücke, Neue Königstraße 5/6, 4 Etagen. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags. 249/1*

Möbel ohne Geld! Bei kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stücke auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden kauft bei uns. Krefschmann u. Co., Kopenstraße 4. (Eisenacher Bahnhof). 398*

Möbelhandlung Parliamentsstraße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. Vorwärts-leier 3 Prozent Rabatt. 398*

Möbel-Verkauf, Brunnenstr. 7, Kolonnenstr. 12, Spezial-Möbelhaus, Kredit und bar. Anzahlungen, Stühle und Säulen 20.-, 35.-, 50.-, 75.-, 100.-, Mark usw. Einzelne Möbelstücke von 5.- Anzahlung an. Bequeme Abzahlung. Kunden, deren Konto beglichen, eventuell ohne Anzahlung. Nervenzimmer, Speisezimmer, Schlafzimmer, dunte Küchen, Kleiderkasten, Vorzeiger dieses erhält beim Kauf von 50 Mark an 5 Mark gutgeschrieben. Kauf durch Lieferbares kann bis dahin kostenlos lagern. Beim Kauf braucht nur kleiner Teil anzahlen. Anzahlungsvertrag kann bis Lieferung in Teilzahlungen beglichen werden. 18028*

Schlüssiger Verkauf einer noch neuen Kuchenerkuche mit bildlichen Kuchenerkuchen, einige Wandbilder, sämtliche Tischgeschäfte, 195,00. Neue Königstr. 66 I.

Zentrale für Arbeitermöbel liefert Wohnungseinrichtungen in gediegener Arbeit an Realbesitzer und auch auf Teilzahlung und bietet Parteimitglieder um Preis der großen Lager. Niedrige Anzahlung, Jumbovergütung. Gelegenheitskäufe in gebrauchten Möbeln. Verkaufsstelle Schloß, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamstraße.

Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel in großer Auswahl reell und billig liefert auf Teilzahlung bei mäßiger Anzahlung die seit 50 Jahren bestehende Möbelfabrik Hermann Rolke, Tischlermeister, Jonsdammstraße 38/39. Verleihen gemietete Möbel billig. 112*

Arbeiter-Mieterwohnungen. Für jedermann leicht erwerbbar, sehr billig, auch gebrauchte Möbel zu erhalten, große Auswahl, Teilzahlung gern gestattet. Kassenpreis Jumbovergütung, keine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Mieter. Gabelstr. 54. Klein-Abzahlungsgeschäft.

Möbelverkauf und Möbelkäufe. Vorwärts-leier erhalten Möbel auf Teilzahlung. Bessere Möbel werden in Zahlung genommen. Postlagerkarte 12, Postamt 22. 19458*

Gelegenheitskäufe. Ganze Wohnungseinrichtungen, sowie einzelne Wohn-, Schlaf-, Herren- und Speisezimmer stellen bis zum 15. dieses Monats zu außerordentlich billigen Preisen zum Verkauf. Lagerung kostenlos. Bei größeren Einrichtungen gewährt Zahlungsvereinfachung. Große Frankfurterstraße 1, am Frankfurter Tor. 20998*

Kinderbettstelle, Felderstraße, Kinderwagen, Gasföcher sehr billig zu verkaufen. Weidestraße 21, Besoldenstraße. 732

Kuchenerkuchen, Prachtstücke mit Zubehör, Federbetten, Bilder, Teppich, umgünstigster Privatverkauf sehr billig. Weidestraße 2 I. 137/18

Wirtschaft, apartmodern, Küchen-einrichtung, veräußert. Tischglocke, Umbau, Chaiselongue, Truhen, Gasföcher. Königsbergerstraße 11, vorn I links, Pöcher. (Händler geschloß).

Möbel-Gelegenheitskäufe, gut gearbeitet, viele Gelegenheitsmöbel, welche bedeutend unter dem Preis sind. Väterspind 88.-, Schreibtisch 48.-, Bettstelle 33.-, Truhen mit Stufe 34.-, Sofa 45.-, Kleiderkasten 46.-, Kücheneinrichtung 88.-, Tisch, alle Schönhauserstraße 32. 19448*

Wahagnon-Ankleiderkäufe, Vertikales, Salomonen, Nachtschubladen, Bettstellen, komplette Schlafzimmer, Salons, Büfette, Schreibtische, Truhen, Tische, Stühle zu enorm billigen Preisen an Privat. Stallstraße 25, an der Hochbahn. 20528

Möbelhaus Andreasplatz, Brautleute, Möbelkäufer kaufen reelle Möbel sowie Wohnungseinrichtungen bekannt billig. Andreasstraße 25, neben Wegner. 21068*

Vollmöbelfabrik Chausseestraße 49 verkauft einen großen Vollen Moquetteloch Tischschloß allen Farben, Ankerbetten, Matratzen riesig billig.

Billige Möbelkaufe Chausseestraße 49 verkauft an Brautpaare vollständige bürgerliche Wohnungseinrichtungen neuester Muster riesig billig! Farbige Säulen 55.-, Umbau, Schreibtische, Büfette, Ankleiderstühle, komplette Schlafzimmer, großes Lager. Chausseestraße 49.

Musikinstrumente. Piano, Dolmetscher-Firma, sehr gut erhalten, 270.-, veräußert. J. Ranthey u. Co., Potsdamerstraße 31. 136/19

Pianofabrik kaufen ohne Zwischenhandel neue 300,00 aufwärts, gebrauchte, tadellos, 150,00. Kaufmann Pianofabrik, Jussufstraße 59. 723*

Piano, nurbaum, wenig gebraucht, prachvoller Ton, noch mit Garantie, 200 Mark. Kengel, Bauhauerstraße 55 I, vorn. 21148

Bilder. Sie kaufen Bilder nirgends billiger als direkt Fabrik bei Bilderverlag, Weinmeisterstraße 2. 10068*

Fahrräder. Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 35.-, Holz, Blumenstraße 44. 10938*

Erstklassige Fahrräder, Konstante 10 Mark, Louis Barth, Brückenstraße 10a, kein Laden. 20908*

Vrennaborrad, gutes, 30,00, fast unbekanntes Preisniveau, schnellstens. Garantiefeld, Frankfurter Allee 104, Wölfer. 136/8*

Vrennaborrad, Herrenfahrrad 25,00, gut erhaltenes Damenfahrrad sofort, Schräder, Weidestraße 42, Caergerstraße. 136/16*

Fahrrad, Damenrad, Herrenrad, aufgabebilder spottbillig. Frau Kraus, Andreasstraße 54. 136/2

Kaufgesuche. Platinabfälle, Gramm 5,65, Gold, Silber, Zahngebisse, Stanniol, Quecksilber kauft Güntel, Auguststraße 19.

Platina, alte Goldschmuck, Silber, Gebisse, alle Uhren, Rehrand, Goldmatten, Treiben, Curdölber, sowie sämtliche gold-, silber-, platinhaltigen Rückstände kauft Edelmetall-Gesellschaft, Köpenickerstraße 29, Telephon Moritzplatz 6958. 20408

Hochzahlend, Platinabfälle, Zahngebisse, Platinabfälle, Gold, Silber, Quecksilber, Metallschmelze Nieder, Köpenickerstraße 29a (gegenüber Rautenfelstraße). 137/8*

Zahngebisse, Platinabfälle, Silberabfälle, Stanniol, Quecksilber, Hochzahlend, Schmelze, Friedrichstraße 139 (Weidenbäumstraße). *

Zahngebisse, Platin, Goldschmuck, Silberabfälle, Stanniol, Hochzahlend, Schmelze, Köpenickerstraße 132, Oranienplatz - Tor. 137/8*

Zahngebisse, Zahn bis 1,25 Mark, Drähgold, Stanniol, Hochzahlend, Köln, Neue Königstraße 76. 229/13*

Unterricht. Unterricht in der englischen Sprache, für Anfänger und Fortgeschrittene, einzeln oder im Zirkel, nach englischer Unterricht erteilt. Auch werden Uebersetzungen angefertigt. G. Ewientz - Liedberg Charlottenburg, Stutigartenplatz 9 Gartenhaus III. 448*

Verschiedenes. Patentanwalt Wessel, Göttingerstraße 9a.

Kunstkopierer von Frau Kolosski Schloßstr. 8 III.

Patentanwalt Müller, Göttingerstraße 81. 24398*

Familien- und Vereins-Restaurant, Pagenhofer Bier, großes Vereinszimmer, 2 Regalbahnen, Schießstand, empfiehlt August Gölz, Wendischstraße 9. 715*

Tanzschule Stumpf, Prachtvolle Alster, Blumenstraße 10, Sonntag, 8. Oktober, beginnen neue Tanzkurse. Anmeldungen beliebig. 1428*

Waldschmidt Siebers, Köpenick, Schloßstraße 3, nächst Hofstraßen, Leihwäpche, drei Daubtücher 0,10. Abholung täglich. 713

Landesland auf mehrere Jahre an Parteilgenossen, Gemeinshafter, verpachtet, freier Pflanz- u. Verein, August 3. Hof, Neufölln, Hammerstraße 30/31, Seitenflügel IV. 732*

Bäckerei, eingerichtet, zu vermieten, Liebigstraße 15. 742*

Vermietungen. Bäckerei, eingerichtet, zu vermieten, Liebigstraße 15. 742*

Wohnungen. Soldinerstraße 41, freundliche Stube und Küche, Gas, Kamin, 18 Mark an zu vermieten. Dauer- miete vergütet Umzug. 1190

Schöne Wohnungen im Vorder- und Hinterhaus mit Gas zum 1. Oktober zu vermieten, Sultmannstraße 15 beim Birt. 18178*

Bankstraße 57, Brunnenpark, Stube, Küche billig. 751*

Zimmer. Vier Vorderzimmer, Bad, Balkon, hochparterre 950, II. 900 Mark. Schönberg, Koburgerstraße 17, Ecke Deyßstraße. 1445*

Schlafstellen. Sanfter Schlafstelle, Buschloßhof, Salomonstraße 55, 6. Aufgang, parterre.

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Renteneinpfeiler sucht Beschäftigung als Portier oder freier, welche andere Arbeit. Unter W. 7 an die Expedition Rheindorferstr. 67.

Stellenangebote. Steinmetz auf Karmor verlangt, Ulrich, Dronenstraße 20. 1405

Bauschloßer auf Schloßstr. und Gitter verlangt, H. Garm, Charlottenburg, Schillerstraße 94. 776

Straußfedern, Arbeiterinnen in und außer dem Hause finden dauernde Beschäftigung. Heinrich Bold, Stallstraße 24. 1395*

Lehrmädchen finden bei monatlicher Vergütung vorzügliche Ausbildung und anschließend dauernde und lohnende Beschäftigung in unserer Strauß- und Füllfederfabrik. Gebroder Kellon, Leipzigerstraße 71/72. *

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren, aus achtbarer Familie, gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Wohnungen nur in Be- reitung der Eltern oder des Vorgesetzten 10-2 Uhr vormittags oder 6-8 Uhr nachmittags, u. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-straße 1-2. 20618*

Achtung! Achtung! Wegen Mahregulierung der organisierten Refiner ist das **Café Abbazia** im Leop. Mandl, Charlottenburg, am Rute, für organisierte Geblissen bis auf weiteres gesperrt. Verband der Gastwirtsgeblissen. Zweigverein der Café-Angestellten.

Partei-Angelegenheiten.

Wilmersdorf. Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale von Wilmersdorf, Bismarckstr. 24, eine öffentliche Versammlung statt, welche sich mit den unerhörten Ueberfällen der räuberischen Streikbrecher auf friedliche Einwohner unseres Ortes beschäftigen wird.

Genossen und Genossinnen! Sorgt für Massenbesuch.
Zernsdorf. Am Sonntag, den 8. September, nachmittags 8 Uhr, im Lokale von J. Anort: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Der Vorstand.
Staken. Sonntag, den 8. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, große öffentliche Protestversammlung in Gnädigs Gasthof. Tagesordnung: Der Kampf gegen die Teuerung. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben. Diskussion. Parteigenossen! Sorgt für Massenbesuch dieser wichtigen Versammlung.

Sonntag früh 7 Uhr: Flugblattverbreitung von Gnädigs aus.

Berliner Nachrichten.

Die verkehrte Wohnungspolitik.

Der Magistrat von Wilmersdorf veranstaltet seit 1905 halbjährlich Aufnahmen über die unermieteten Wohnungen im Stadtbezirk. In diesen Tagen ist das Ergebnis der letzten, am 20. Mai veranstalteten Erhebung veröffentlicht worden. Danach standen an dem genannten Tage 2620 nur für Wohnzwecke bestimmte und 335 untrennbar mit Gewerberäumen verbundene Wohnungen leer. Von allen am Orte vorhandenen Wohnungen sind dies 7,62 Proz. der ersten Gattung und 13,82 Proz. der Löden, im ganzen 8,10 Proz. aller überhaupt vorhandenen Gelasse. Das bedeutet im Sinne der Hausbesitzer eine geringe Verbesserung, da am 20. Mai 1911 noch 8,38 Proz., am 15. Oktober noch 8,89 Proz. aller Wohnungen unermietet waren. Hält man an der bekannten Annahme fest, daß drei Prozent der Normalzahl leerstehender Wohnungen sei, so ist das Angebot immer noch recht groß. Wir kennen denn auch die Klagen der Hausbesitzer und der Grundstücksbesitzer; doch wissen wir, daß sie selber ihr wohl gemessen Teil Schuld an der Tatsache tragen, daß ein Neubau ohne ein- oder mehrmalige Subhastation ein Weltwunder in Wilmersdorf ist. Es darf besonders nicht unbeachtet bleiben, daß die Herren den Wohnungsüberfluß durch eine kurzfristige Politik zu ihrem und der gesamten Einwohnerschaft Schaden haben herbeiführen helfen. Die Hausbesitzer sind in der Stadtverordneten-Versammlung allmächtig; hier lassen sie sich aber gleich dem Magistrat nicht von der Meinung abbringen, daß einzig in dem Bau möglichst großer Wohnungen das Heil des Vorortes beruht. Große Wohnungen, das sind solche von fünf und mehr Zimmern, standen denn auch am 20. Mai d. J. 11,66 Proz. leer gegen 13,95 Proz. am 15. Oktober v. J. Fast unverändert blieb das Angebot mittlerer Wohnungen; es verringerte sich von 8,70 auf 8,35 Proz. Sehr erheblich ließ aber das Angebot von Wohnungen mit 1 oder 2 Zimmern nach; es waren hiervon am 20. Mai 3,95 Proz. gegen 5,33 Proz. am 15. Oktober 1911 unermietet. Wohnungen von nur einem Zimmer sind überhaupt kaum zu haben; in der ganzen Stadt standen nur 57 gegen 60 im Oktober vorigen Jahres leer. Diese Zahlen zeigen, daß die vielbejammerte Lage auf dem Grundstücksmarkt lange nicht so schlimm wäre, wenn im Wilmersdorfer Rathaus eine andere Wohnungspolitik Platz gegriffen, wenn man den Bau von Häusern mit kleinen Wohnungen begünstigt statt erschweren hätte. Die Grundstücksinteressenten mögen sich bei ihren Sachwaltern in der Stadtverordnetenversammlung bedanken, wenn weiter ein Strich nach dem andern folgt; es wäre nicht so arg geworden, wenn man auch der Arbeiterbevölkerung den Aufenthalt am Orte möglich gemacht hätte.

Eine totale Umwälzung erfährt jetzt Alt-Berlin. Die Wallstraße ist schon zum größten Teil mit neuen modernen Geschäftshäusern fast ihrer Verbreiterung beseitigt. Die noch vorhandenen alten Mietshäuser verschwinden. Einige sind schon abgebrochen, um Neubauten Platz zu machen. Die alte hölzerne Inselbrücke ist verschwunden. Eine neue prächtige Brücke wird an deren Stelle errichtet. Die alte Ruine des Inselspeichers gehört jetzt der Vergangenheit an. Nur Spalten, Mauern und Ratten gedenken noch der schönen Zeiten und des gefüllten Speichers. Neues Leben wird aus den Ruinen entstehen. Ein Gebäude für städtische Zwecke dürfte dort zunächst entstehen, umgeben von hübschen Anlagen. Alt-Berlin, um eine hübsche Anlage reicher, wird dadurch weiter an Anziehung gewinnen. Die Straße an der Fischerbrücke mit Reußhain a. Wasser, der Friedrichsgracht werden dann gewiß der Spitzhake zum Opfer fallen. Das Rolandufer zwischen Mühlenbamm und Weisenbrücke, als ganz neue prächtige Uferstraße, wird mit dazu beitragen, die Umwälzung zu beschleunigen. Am Kolonnenmarkt werden die Hausdächer mit dem Krögel verschwinden und an der Stralauer Straße schließlich nur noch einige ältere Gebäude an den früheren Zustand erinnern. Die Porochstraße soll verbreitert werden. Mit der Verjüngung der Weisenstraße ist begonnen worden. Der Durchbruch der Porochstraße nach der Neuen Friedrichstraße und eine Verbindung dieser Straße mit der Voltarestraße ist schon in der Ausführung begriffen.

Abholzung eines fiktalischen Wäldchens. Bei Blankenburg sollen jetzt auf einem Gelände des Eisenbahnstiles annähernd 4000 Tannen, Tannen, Fichten, Lärchen, Birken, Erlen usw. abgeholzt werden. Das Wäldchen soll verschwinden. Wenn man erwägt, daß der Norden und Nordosten (Reinickendorf, Pankow, Weichensee usw.) weit stiefmütterlicher als der Westen bedacht ist, und die wenigen Wald- und Wiesflächen im Norden zum größten Teil dem Publikum verboden worden sind, dann kann man nicht umhin, das Verschwinden dieses Wäldchens bei Blankenburg lebhaft zu bedauern.

Drei junge Mädchen vermißt. Aus Ober-Schöneweide sind drei junge Mädchen verschwunden, ohne daß es bisher gelungen ist, eine Spur von ihnen aufzufinden. Die näheren Umstände der Flucht lassen es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß die Mädchen Mädchenhändlern in die Hände gefallen sind. Es handelt sich um die in der Weidenstraße wohnhafte 17jährige Emilie W. und deren 19jährige Schwester Marie sowie deren 19jährige Freundin Dora W. aus der Weidenstraße. Die beiden ersten Mädchen waren im Bureau einer Ober-Schöneweider Fabrik beschäftigt, während die D. die Wirtin ihrer Mutter, die im Theater in der Könniggräber Straße angestellt ist, führte. Alle drei wurden in der letzten Zeit wiederholt in der Begleitung eines jungen Mannes gesehen, der sich v. d. Osten nannte. Dora W. hat häufig Briefe aus Bremen bekommen, die angeblich von einer Freundin stammen sollten. Die Mädchen hatten bei ihrer Abreise nur eine geringe Geldsumme bei sich. Die Kriminalpolizei hat alle zuständigen Behörden des Signalement der Mädchen und des angeblichen v. d. Osten übermittelt. Dieser ist dem Berliner Polizeipräsidium als Mädchenhändler bekannt.

Ein Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag gegen 1/2 Uhr auf dem Grundstück der Firma Rudolf Woffe, Schägenstraße. Einem Druckerarbeiter fiel eine schwere Kiste auf den Leib, so daß derselbe mittels Automobils nach der Unfallstation gebracht werden mußte.

Als Offizier der Schutztruppe trat ein Schwindler auf, der jetzt von der Kriminalpolizei ungeschädlich gemacht wurde. Er entpuppte sich als ein Forderungsgeld. Emil Gudrian, der wegen königlicher Gaunereien schon früher mit den Strafbehörden zu tun gehabt hat, Gudrian hatte es besonders auf höhere Postbeamten abgesehen. Er kundschaftete bei den Unterbeamten aus, wo ihre Vorgesetzten, Vorsteher, Inspektoren usw., Offiziere waren. War das der Fall, so suchte er die Herren auf, stellte sich ihnen unter irgend einem bekannten Namen als Offizier der südafrikanischen Schutztruppe vor, erzählte von seinen kriegerischen Erlebnissen und sagte endlich, daß ihm auf der Heimreise das Geld ausgegangen oder auch, daß es ihm gestohlen worden sei. In der Regel nannte er diesen oder jenen Offizier als seinen Vater oder seinen Onkel. Einmal telegraphierte er sogar, um sein Opfer sicher zu machen, vor dessen Augen an seinen angeblichen Vater, um Reisegeld. Dieser Streich führte aber endlich zu seiner Enttarnung. Der Empfänger des Telegramms hatte mit dem Abnehmer auch nicht das geringste zu tun und beantragte eine Untersuchung der ihm rätselhaften Angelegenheit. So kamen die Schwindbeuten zur Kenntnis der Kriminalpolizei, die dann auf den Gauner schandete und ihn jetzt in seiner Wohnung in der Campenhaußenstraße ermittelte und festnahm. Der Verhaftete hatte überall, wo er vorzukam, Erfolg gehabt. Er verstand es, so geschickt zu erzählen, daß man ihm überall glaubte und gern auszubehelfen bereit war.

Der „Luz- und Rennerrevisor“, der, ebenso wie der „Lüpf“, sich regelmäßig vor Eintritt der kälteren Witterung zu melden pflegt, ist auch diesmal nicht ausgeblieben. Schon viele dieser Schwindler wurden im Laufe der Zeit ungeschädlich gemacht, aber stets finden sich wieder andere, die den alten Kniff aufgreifen, und immer finden sich auch wieder Leute, die ihnen auf den Leim gehen. Jetzt sucht wieder so ein biederer „Handwerker“ den Westen heim. In Arbeitskleidung und Hemdbärmeln, eine kleine Oelflampe und eine Kasse mit Handwerkzeug in der Hand, als ob er gerade von wege aus der Werkstatt komme, spricht er bei den Hausbewohnern vor und sagt, daß der Herr ihn schade, damit er einmal nachhabe, ob auch die Türen und Fenster noch in Ordnung seien und gut schließen. Das leuchtet ein. Wenn auch nicht alle Hauswirte so aufmerksam sind, ohne vorhergehende Mahnung, nach dem Rechten sehen zu lassen, so freuen sich doch die Mieter um so mehr, wenn es wieder ihr Erwärmer geschieht. Wenn es irgendwo wirklich fehlt, so verspricht der „Revisor“, daß er sofort abhelfen werde; klopft dann hier und da etwas herum, läßt auch die Klappen und was sonst nötig ist, und tritt so vertrauensvoll auf, daß man ihn gern gewähren läßt. Erst hinterher entdeckt man, daß der Revisor nicht ein vom West abgefangener Handwerker, sondern ein Dieb war, der sich durch seine Vorspiegelungen Zutritt zu allen Räumen verschafft, und nicht, was er nur bekommen kann. Erst gestern besah der Gauner wieder am Kurfürstendamm eine Familie sehr empfindlich. Er ist etwa 24 bis 27 Jahre alt und mittelgroß, hat schlanke, schwächliche Figur, dunkelblondes Haar, einen kleinen dunklen Schnurrbart und ein schmales Gesicht. Arbeiter, die wirklich derartige Arbeiten zu verrichten haben, kommen durch das Gebaren des Schwindlers in die unangenehme Situation.

Eine traurige Aufklärung hat das Verhängnis des 22 Jahre alten Kaufmanns Arthur Weder aus der Philippsstraße 5 gefunden. Der junge Mann, der bei seiner Mutter, einer Witwe, wohnte, war schon seit längerer Zeit nervenleidend. Erst Anfang voriger Woche wurde er aus einer Heilanstalt entlassen, die er seiner Krankheit wegen hatte aufsuchen müssen. Am Mittwoch vergangener Woche verließ er plötzlich seine Arbeitsstelle und kehrte weder auf dieser noch in seine Wohnung zurück. Western landete man ihn nun als Leiche am Großen Fenster aus dem Wannsee. Nach dem Aussehen der Leiche zu urteilen, ist er wohl in einem Anfälle seines Leidens gleich von seiner Arbeitsstelle aus ins Wasser gegangen.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Mittwoch nachmittag auf dem Gesundbrunnen. Vor dem Hause Badstr. 54 wollte der Arbeiter Albert Kullat den Hintereck eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens der Linie 3 bestiegen, kam dabei zu Fall und geriet mit beiden Beinen unter den Schuttrahmen des Wagens. Mit Hilfe von Passanten wurde der Wagon angehoben und der Verunglückte befreit. Er wurde in bestmöglicher Weise nach der Unfallstation gebracht, wo schwere innere Verletzungen festgestellt wurden. Er wurde dann nach dem Rudolf-Wirchow-Krankenhaus geschafft, wo er in fast hoffnungslosem Zustande darniederliegt.

Selbstmord eines Oberrealschülers. Auf der Chaussee zwischen Zehlendorf und Zeltow wurde gestern früh ein Schüler mit einer schweren Schußwunde in der Schläfe aufgefunden. Polizeibeamte schafften den Anaben sofort nach dem Kreiskrankenhaus in Groß-Lichterfelde, wo er aber im Laufe des Vormittags starb. Es handelt sich um den 12 Jahre alten Sohn Franz des Gastwirts und Hauseigentümers B. in Zehlendorf. Der Anabe benutzte die Oberrealschule in Zehlendorf und soll den Selbstmord begangen haben, weil er von dem Klassenlehrer eine Rüge erhalten hatte.

Ein Dachstuhlbrand brach gestern früh kurz vor 8 Uhr in der Lehrter Str. 22 aus und beschäftigte die Feuerwehre anderthalb Stunden. Allem Anschein nach liegt auch in diesem Falle wieder böswillige Brandstiftung vor, doch konnten bestimmte Feststellungen noch nicht gemacht werden. — Vormittags gegen 10 Uhr wurde die Feuerwehre nach der Jerusalemer Str. 14, Ecke Leipziger Straße, gerufen, wo in einem Kontor ein Holzverlag Feuer gefangen hatte. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden.

Zeugen gesucht. Am Sonntagabend zwischen 8 und 1/2 Uhr wurde auf der Brunnenwaldchaussee am Bahnhof Brunnenwald der 16 Jahre alte Kaufmannslehrling Bruno Willich aus Charlottenburg, der gemeinsam mit seiner Schwester per Rad auf einem Ausflug nach Wannsee begriffen war, von einem Auto überfahren und schwer verletzt. Es wird angenommen, daß der Chauffeur des Autos, der schnell davonfuhr, den Unglücksfall bemerkt hat. Der verletzte junge Mann wurde in bestmöglicher Weise nach dem Krankenhaus Westend gebracht. Personen, die von diesem Vorfall etwas bemerkt haben oder zur Ermittlung des Chauffeurs beitragen können, werden gebeten, sich bei den Eltern des Schwerverunglückten, Charlottenburg, Guerickestr. 12, zu melden.

Vorort-Nachrichten.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung

beschäftigte sich in ihrer ersten Sitzung nach den Ferien mit der Frage der Teuerung. Anlaß dazu gaben zwei Anträge, ein Antrag der Sozialdemokraten und ein Antrag der Liberalen. In der Erkenntnis, daß eine Demonstration um so wichtiger ist, je einmütiger sie erfolgt, einigten sich die Antragsteller schon vor der Eröffnung der Diskussion auf folgenden gemeinschaftlichen Antrag: Wir beantragen, die Stadtverordnetenversammlung möge in Anbetracht der anbauenden Steigerung der Lebensmittelpreise, welche Gesundheit und Leben der Bevölkerung aufs ernste bedroht, A. den Magistrat ersuchen:

- 1. bei dem Bundesrat und Reichstag vorstellig zu werden wegen sofortiger Aufhebung der Zölle auf Fleisch und Futtermittel, der Aufhebung aller die Einfuhr beschränkenden oder verbietenden Bestimmungen für Vieh, das von der Grenze direkt den Schlachthöfen zugeführt wird, des § 12 des Fleischbeschau-

- gesetz, sowie endlich wegen einer Ermäßigung und eines allmählichen Abbaues der Getreidezölle; 2. die Frage der Lebensmittelteuerung zur Beratung auf den bevorstehenden Tagungen des Brandenburgischen und des Preussischen Städtetages anzumelden; B. die gemischte Deputation zur Beratung der Frage der Lebensmittelteuerung mit der Befugnis der Frage zu beauftragen, ob und welche städtischen Einrichtungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu schaffen und wie die vorhandenen auszubauen sind.

Dieser Antrag gelangte dann auch nach Begründung durch die Stadtd. Dr. Frenzel (lib.) und Dr. Vorchardt (Soz.) fast einstimmig zur Annahme, nachdem ein Versuch von nationalliberaler Seite, die Forderungen abzuschwächen, mit großer Mehrheit zurückgewiesen war.

Für den neu zu wählenden zweiten Bürgermeister wurde das Anfangsgeld von 16 000 auf 18 000 M. erhöht. Die Sozialdemokraten stimmten gegen die Gehaltsberhöhung, schlossen sich aber den anerkennenden Worten, die die beiden Vorsteher dem scheidenden Bürgermeister Matting zollten, an und erklärten sich auch damit einverstanden, daß die Stelle öffentlich ausgeschrieben wird. Nach einem früheren Gemeindebeschlusse muß der zu Wählende die Befähigung für den höheren Justiz- oder den höheren Verwaltungsdienst besitzen.

Am Brandenburgischen Städtetag am 9. und 10. September zu Fürstentum delegierte die Versammlung die Stadtvorordneten Dr. Hubatsch, Jolenderg und Gehert (Soz.), zum Preussischen Städtetag am 8. und 9. Oktober in Düsseldorf die beiden Vorsteher und den Genossen Girlich.

Mit der Verlegung der Wärmehalle nach dem städtischen Grundstück Charlottenburger Ufer 49 sowie mit einer Reihe kleinerer Vorlagen erklärte die Versammlung sich einverstanden, dagegen lehnte sie die vom Magistrat beantragte Stiftung eines Preises für den Reichsverband für deutsches Halbblut mit großer Mehrheit ab. Die von Frau Oberbergstr. Wächler der Stadtgemeinde gemachte Schenkung von 20 000 M. wurde dankend angenommen und beschlossen, das Kapital anzulegen und die Zinsen zu Unterstufungen zu verwenden.

Schöneberg.

Ein Revolvententat auf einen Güterzug, wobei ein Bahnbeamter schwer verletzt wurde, ist am Mittwoch zwischen den Stationen Ebersstraße und Papestraße verübt worden. Als gegen 1 Uhr ein Güterzug die Gleise der Ringbahn passierte, wurde aus der Nähe ein Schuß abgegeben, und der auf einem Güterwagen stehende 29-jährige Rangierer Friedrich Thors aus der Schürstr. 3 in Spandau, brach von einer Kugel in den rechten Oberarm getroffen, bestimmungslos zusammen. Der Zug wurde sofort zum Stehen gebracht und von den Bahnbeamten und anderen Personen die Suche nach dem Attentäter aufgenommen, doch gelang es leider nicht, den Frevel zu sassen. Der verletzte Bahnbeamte wurde nach der Unfallstation in der Vorbergstraße gebracht, wo ihm Notverbande angelegt wurden und dann nach dem Schöneberger städtischen Krankenhaus geschafft.

Wilmersdorf-Halensee.

Rotstand, Tischgebet und Ordensschwefeln.

In der Wilmersdorfer Stadtverordnetenversammlung spielte am Mittwoch die Lebensmittelteuerung der Gegenwart eine hervorragende Rolle, wenn auch die Tagesordnung noch nichts von dieser Angelegenheit enthielt. Doch ergab sich aus der Beratung der Magistratsvorlage über den Vertrag mit der Volkstafel- und Speisehallen-Gesellschaft zu Berlin von selbst eine Erörterung des Rotstandes. Wie wir am Dienstag mitgeteilt haben, will diese Gesellschaft mit städtischer Beihilfe im Hause Pfalzburger Str. 39 eine Volkstafel einrichten. Der fortschrittliche Stadtverordnete Cohn wies als erster Redner zu diesem Gegenstand auf die Fleischteuerung hin; weiter beantragte er eine Bestimmung im Vertragsskizzenentwurf, wonach der Magistrat sich damit einverstanden erklärt, daß der Vaterländische Frauenverein unter seiner, des Vereins, Verantwortung die Schülerbewirtung in der Volkstafel übernimmt. Diesen Teil des Vertrages verteidigte der sozialpolitische Degenerent des Magistrats, Stadtrat Steinborn in der denkbar unglücklichsten Weise. Er meinte, daß die Kinder bei Tisch doch beten müßten und daß es am besten wäre, wenn die Aufsicht in dem für sie reservierten Raum durch Schwestern in Ordensstracht ausgeübt werde. Gegen diese Bequämung von Religion und sozialer Pflichten wandte Genosse Nibel sich mit aller Entschiedenheit. Er legte dar, wie erniedrigend es für die Stadt ist, wenn die schuldlosen Opfer unserer sozialen Ordnung sich etwa im Widerspruch mit den Anschauungen der Eltern das höchste Mittagsbrod erst durch Religionsübungen erkaufen müßten. Der auf offizielle Frömmigkeit eingeschworene Vaterländische Frauenverein habe überhaupt in der Volkstafel nichts zu suchen; einzig die Stadt habe hier das Mitwirkungsrecht, wenn man einmal auf die Leitung des Unternehmens in städtischer Regie sich nicht einlassen wollte. Weiter trat Nibel einem Verlangen des Stadtverordneten Dr. Leidig entgegen, der die Speisehalle nicht als unter städtischer Aufsicht stehend bezeichnet wissen wollte, weil der Hinweis auf das Walten der Behörden manchen vom Besuch der Anstalt abschrecken könne. Im Gegenzug zu dieser Anschauung betonte Nibel, daß das Gevorhaben der städtischen Kontrolle der Anstalt nur förderlich sein könne.

Wenn Nibels Protest gegen die Verkommensbestrebungen des Stadtrats Steinborn aus von lebhafter Unruhe begleitet war, so erfüllten die Juridizierungen unserer Parteigenossen doch ihren Zweck. Denn auch bürgerliche Stadtverordnete fanden ein Faar in dem Walten des Vaterländischen Frauenvereins, dessen geschäftige Bestrebungen nach dem Stadtverordneten Dr. Wolff wie Pilze aus der Erde schießen. Stadtverordneter Dr. Leidig warf dem Magistrat vor, daß er die beanstandete Bestimmung hinter dem Rücken der Volkstafel-Deputation, also ohne deren Wissen und Zustimmung in den Vertrag hineingebracht habe, und der Demokrat Woll betonte, daß es nicht anständig sei, daß der Magistrat die Verantwortung für die Schülerbewirtung von sich weise. Vielmehr müßten die angeklagten Religionsübungen den Stadtverordneten Anlaß geben, sich den Betrieb in der Speisehalle recht genau anzusehen und den Magistrat erforderlichenfalls zur Rechenschaft zu ziehen. Verschiedene Hinweise auf den Rotstand veranlaßten den Stadtrat Steinborn noch zu der Erklärung, daß der Magistrat einen besonderen Ausschuss eingeleitet hat, der darüber beraten soll, wie etwa in Gemeinschaft mit anderen Groß-Berliner Kommunalbehörden der Teuerung entgegengetreten werden kann. Außer den Sozialdemokraten wird auch der Stadtverordnete Cohn in einem besonderen Antrage zur Lebensmittelteuerung Stellung nehmen.

Der Vertrag mit der Volkstafel- und Speisehallengesellschaft fand schließlich die Zustimmung der Versammlung, nachdem auf Anraten des Magistrats der Stadtd. Rosenbaum eine Änderung des beanstandeten Paragraphen dahin erfolgreich beantragt hatte, daß die Schülerbewirtung unter Verantwortung des Magistrats durch Ehren Damen erfolgen soll. Ein Antrag des Stadtd. Dr. Leidig, wonach die ganze Bestimmung wegen der Schülerbewirtung im Vertrag zu streichen sei, war vorher gegen eine große Mehrheit abgelehnt worden. Zugunsten des Leidigischen Antrages hatten Demokraten und Sozialdemokraten einen von ihnen gestellten Änderungsantrag zurückgezogen.

Friedenau.

Verrat an den Interessen der im Handelsgewerbe tätigen Personen übt der am Ort vegetierende evangelische Arbeiterverein. Bekanntlich wurde kurz vor den Ferien in der Gemeindevertretung die Erweiterung der Sonntagstraße im Handelsgewerbe beschlossen.

Der Landrat hat damals, weil dieser Beschluss von einem Dutzend rückständiger Spielbäuer angefochten wurde, die Bestätigung dieser Maßnahme für vorläufig — wie es in dem Bescheid heißt — ausgesetzt. Der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung liegt nun von verschiedenen Vereinen ein Antrag vor, den gelagten Beschluss wieder aufzuheben und es bei dem bisherigen unwürdigen Zustand zu belassen. Wäre dieser Antrag von einigen Kräften und Innungsvertretern gestellt, so fände man dies nicht weiter verwunderlich. Hier in diesem Falle sind es aber mit an erster Stelle Arbeiter, die gegen das Interesse ihrer Klasse wüten. Der am Orte begüterte enggländische Arbeiterverein protestiert „im Interesse der Arbeiterschaft“ gegen eine sozialpolitische Maßnahme, die von den meisten Kommunen im Berlin als unumgänglich notwendig anerkannt und beschlossenen ist. Hoffentlich weist die Gemeindevertretung das rückständige und verräterische Aufkommen unabweislich zurück.

Groß-Lichterfelde.

Vor einigen Jahren bereits hatte die Gemeindevertretung einer Vorlage des Gemeindevorstandes zugestimmt, nach welcher längs der früheren Paale und der Steglitzer Grenze ein öffentlicher Park gemeinsam mit der Nachbargemeinde angelegt werden sollte. Leider hat man bisher von einer Verwirklichung dieses Planes nichts mehr gehört und bei dem hier wie in anderen Gemeinden bestehenden chronischen Geldmangel wäre es nicht verwunderlich, wenn die Gemeindeverwaltung auf den Gedanken käme, diesen projektierten Gemeindepark überhaupt nicht ausführen zu lassen. Das wäre im Interesse der Erholung der besonders in der Chauffee-straße und in der Gegend des Händelplatzes ansässigen Bevölkerung, die dort dicht zusammenwohnt, sehr zu bedauern. Die Gemeinde ist trotz der weitläufigen Bauweise verhältnismäßig arm an größeren öffentlichen Parkanlagen. Wohl befinden sich solche längs des Zeltowkanals; aber sie kommen am meisten jenen zugute, die es am wenigsten brauchen: den reichen Leuten und Villenbesitzern, die fast unmittelbar an diesen Anlagen wohnen. Für die im nördlichen und südlichen Teil der Gemeinde wohnende ärmere Bevölkerungsschicht kommen die genannten Anlagen fast kaum in Betracht. Diese Verhältnisse erfreuen sich geradezu einer außergewöhnlichen stiefmütterlichen Behandlung durch die Gemeindeverwaltung; besonders der Süden ist fast auf allen Gebieten, man möchte beinahe sagen, verwahrloßt. Die Einwohner dieses Ostteils wählten eigens für gar nicht, daß sie zu dem vornehmen Villenort Lichterfelde gehören, wenn nicht in regelmäßigen Zwischenräumen der Steuerhosen sie an diese Zugehörigkeit unliebsam erinnerte. Es wäre daher nicht nur wünschenswert, sondern auch recht und billig, wenn die Gemeindeverwaltung dafür sorgen wollte, daß endlich mit den Parkanlagen an der Lichterfelde-Steglitzer Grenze der Anfang gemacht und daß ferner im südlichen Ostteil ebenfalls die Anlage öffentlicher Parks ins Auge gefaßt würde. Dies erscheint umso mehr gerechtfertigt, als nach Fertigstellung des Fern- und Vorkortbahnhofs Ost und der weiteren Hinausverlegung des Vorkortbahnhofs nach Süd eine erhebliche Bevölkerungszunahme zu verzeichnen sein wird. Die Eisenbahnverwaltung hat bei der Gemeindevorstellung die Pläne für das projektierte Bahnhofsgebäude bereits eingeleitet; soweit wir erfahren, sollen sich die zuständigen Kommissionen nicht besonders günstig über die vorgelegten Pläne ausgesprochen haben und beantragen verschiedene Änderungen. Hoffentlich kommt die Einigung so rechtzeitig zu stande, daß die jetzige Generation die Vollendung des Bahnhofsbaues auch noch erlebt.

Marienfelde.

Über einen Fall kraffen Aberglaubens wird uns folgendes mitgeteilt: Unter den Schweinen des Landwirts G., Berliner Straße, war die Seuche ausgebrochen. Der Landwirt ist nun der Meinung, daß die Frau des Arbeiters K., welche bei dem Nachbarbesitzer eine Mietwohnung inne hat, seine Schweine begehrt hat. Der Hof des G. ist nämlich von der Wohnung aus zu übersehen. Jetzt hat der Bauer vor den Fenstern der betreffenden Wohnung einen circa 6 Meter hohen Jaun aufrichten lassen, damit die Schweine vor dem Begehrt werden bewahrt bleiben. G. ist nun von der Polizei aufgefordert worden, den Jaun innerhalb 8 Tagen abzureißen, widrigenfalls derselbe auf seine Kosten entfernt wird. Noch kann dieses Denkmahl häuslicher Dummheit in Augenschein genommen werden. Marienfelde ist bekanntlich vom Potsdamer Bahnhof mit dem Vorkortzug nach Jossen in 18 Minuten zu erreichen.

Friedrichsfelde.

Der Kampf um die Gemeindegasanstalt. Vor kurzer Zeit hatte die Gemeindevertretung mit allen gegen zwei Stimmen die Errichtung einer Gemeindegasanstalt beschlossen. Somit hört mit dem 31. Dezember 1913 die Gaslieferung durch die fragliche Gasanstalt bezw. der Tochtergesellschaft „Gasanstalt Obersee“ auf.

Seit netto sechs Jahren schweben die Verhandlungen und auch der Streit, ob die Gemeinde den Vertrag auf 50 Jahre mit dieser Privatgesellschaft verlängern oder sich den völligen Ringewinn durch Übernahme der Gaserzeugung in eigener Regie sichern will. Im Sommer 1908 kam der frühere Gemeindevorsteher Löschert mit dem Plan, den bestehenden Vertrag mit der Gesellschaft bis 1918 zu verlängern. Im Falle der Vertragsverlängerung bot die Gesellschaft „bedeutende“ finanzielle Vorteile. Die Abgabe von der Bruttoeinnahme für das Gas innerhalb des Gemeindebezirks sollte von 5 Proz. auf 8 Proz. erhöht werden. Der Gemeindevorsteher, welcher der Vertragsverlängerung durch die Gemeindevertretung wurde, hatte nicht mit der Gegenströmung gerechnet. Den Gegnern der Vertragsverlängerung kam noch zu gute, daß bekannt wurde, daß der Sohn des Gemeindevorstehers bei der Gasgesellschaft angestellt sei. In der Sitzung der Gemeindevertretung wurde dann die Vertragsverlängerung mit einer Stimme Majorität abgelehnt, trotzdem die Freunde der Gesellschaft erklärten, es sei ein Verbrechen an den Gemeindegasinteressenten, wenn der Vertrag nicht angenommen würde. Die sozialdemokratischen Vertreter erklärten damals, die Verantwortung für dieses Verbrechen gern mit tragen zu wollen. Die Gasgesellschaft gab die Schläge aber noch nicht für verloren. Wohl bedeutete es einen harten Schlag für die Gesellschaft, als ihr bester Freund, der Gemeindevorsteher Löschert, „freiwillig“ sich pensionieren ließ. Doch es zeigte sich, daß auch der neue Gemeindevorsteher Gegner einer Gemeindegasanstalt war, indem er die Verbindung mit der Gesellschaft wieder aufnahm. In unzähligen Kommissionenberatungen wurde über die Angelegenheit nochmals verhandelt. Die Gesellschaft hat jetzt bereits eine Abgabe von 9,48 Proz., wenn der Vertrag bis 1928 verlängert würde. Ein anderer Entwurf sah 7 Proz. und freie Strohhalmelieferung bis zu einer gewissen Höchstgrenze vor. Dieser Vertrag sollte 1948 enden, aber die Gesellschaft behielt dann das Recht, auf ewige Zeiten Gas innerhalb der Gemeinde abzugeben.

Durch den Vertrauensbruch eines Kommissionsmitgliedes wurden später dem Gegner alle Maßnahmen der Kommission betreffs Grundstückskaufs für die Gasanstalt offengelegt. Obwohl eine nennenswerte Schädigung nicht mehr eintreten konnte, wurden einige geeignete Projekte durchkreuzt.

Die Gasanstalt soll nunmehr an der äußersten Nordwestspitze des Ostteils Karlshorst, am Kongerterbühl Himmelsberg, unweit der Spree erbaut werden. Für Bahnloste ist Gleisanschluss vorhanden, für Wasserleitung wird später eine direkte Förderanlage erbaut. Da das betreffende Grundstück in Bauklasse B liegt, dürfen Parkanlagen dort nicht errichtet werden. Für Gemeindevorsteher wird durch die Regierung fast ausnahmslos Dispens erteilt. Jetzt ging ein geharnischter Protest gegen den Bau einer Gemeindegasanstalt auf diesem Grundstück bei der Regierung ein. Sonderbarerweise äunzte der Bürgermeister diesen Protest und die Protestgründe bereits vor einem Jahr! Der Protest trägt nur 19 Unterschriften, darunter Prof. Dr. E. Traupe, Vorkortbahnhofs-Beauftragter, Sanitätsrat Dr. Setzger, Pfarrer emer. Kramm u. a. m. Die angeführten Protestgründe sind jedoch geeignet, das Wesen dieser Herren zu beleuchten. In dem Protest heißt es u. a.:

Wir unterzeichneten fühlen uns deshalb schon jetzt veranlaßt, unsere stark bedrohten Interessen bei der zuständigen Behörde wahr-

zunehmen. Die Gasanstalt würde nur 400 Meter vom Bestimmungsort der Augusta-Victoria-Strasse (bis 400 Meter vom unbebauten Moorboden) liegen; bei den vorherrschenden Westwinden würde gerade das Villenviertel von Karlshorst durch die unermessliche Ausdehnung, Rauchentwicklung, den Kohlenstaub usw. in größtmöglicher Weise belästigt werden. Unsere Hauptstraße würde durch den Transport von Kohlen und Ruß auf lärmenden Waggons ihres vornehm ruhigen Charakters herabst, unsere Grundstücke entwertet usw. Es heißt dann weiter: Die Gasanstalt zieht zweifellos Mietskasernen hinter sich her und an Stelle steuerkräftiger Ansiedler erhalten wir eine Arbeiterbevölkerung, die nichts an Steuern leistet und nur kostet. Aus all diesen Gründen bitten wir den Kreis-ausschuß, unsere fast zwanzigjährigen Rechte wahren und die ablehnen Folgen einer kurzfristigen und einseitigen Gemeindepolitik von uns abzuwehren usw.

Auch die Regierung wird hoffentlich diesen Protest richtig zu würdigen wissen. Die Gemeinde dürfte bereits im Jahre 1914 aus diesem Gaswerk eventuell 80 000 M. Gewinn erzielen, die andernfalls der Privatgesellschaft zufließen würden.

Weißensee.

In der letzten Gemeindevertretersitzung kam der Fall Alexander-Sonnenfeld nochmals zur Sprache. Die Auseinandersetzung erstreckte sich in der Hauptsache auf die in der stattgefundenen „Bürger“-Versammlung gemachten solchen Darstellungen. Bürgermeister Dr. Soeld gab in einstündigem Vortrag nochmals völlige Klarheit über den Stand der Sache und behauptete, daß sich Gemeindevorsteher im Saale befänden, die nicht imstande gewesen seien, der Bürgerschaft über die Angelegenheit Aufklärung zu geben. Statt dessen hätten sie es zugelassen, daß ganz fernstehende Personen Dinge über den Gemeindevorstand verbreiteten, die sie mit Leichtigkeit hätten widerlegen können. Rangjährige Vertreter, die den abgeschlossenen Verträgen mit Alexander ihre Zustimmung gegeben, hätten den Verdrehungen nicht widerprochen und dadurch den Ort auf Jahre hinaus geschädigt. Beigeordneter Dr. Klamroth behauptete die alte Fraktion, die den Frieden nicht halten wollte. Auch Schöffe Bewes wandte sich gegen die alte Fraktion mit dem Vorwurf, daß sie die Bevölkerung in fortwährender Aufregung erhalte, weil sie dadurch ihre Position zu stärken glaube. Genosse Schlemminger bemerkte, daß es der Sozialdemokratie gleichgültig sein könne, wenn die Herren sich in den Haaren lägen; nicht gleichgültig sei es aber, daß durch solchen Stank der Ort auf Jahre hinaus in seinem Fortschritt lahmgelegt werde. Wie Herr Fechner sein Versprechen, „möglichst objektiv“ zu sein, gehalten hat, beweisen die jetzigen Vorwürfe. Gemeindevorsteher Fechner versicherte, er habe in der Versammlung nur das ausgesprochen, was er wisse und was ihm von anderer Seite berichtet worden sei. Wenn man der alten Fraktion nicht mehr Entgegenkommen bewiese, dann werde der Frieden überhaupt nicht eintreten. Weiter verlangte er, daß man die Verleumder verfolgen solle, das Gericht werde schon Klarheit schaffen. Genosse Fuhrmann schilderte, wie der Baumeister Sonnenfeld sich an unsere Fraktion gewandt habe und als er hier kein Entgegenkommen gefunden, sei er zur neuen Fraktion gegangen, wo er sich mit den Worten eingeführt habe: „Mit den Quatschköppen von Genossen ist ja nichts anzufangen.“ Als er aber auch von der neuen Fraktion ununterrichteter Sache habe abziehen müssen, sei ihm nur noch die alte Fraktion übriggeblieben. Hier habe er Entgegenkommen gefunden. Sonnenfeld habe vom Lehramt ein Darlehen von 80 000 M. aufnehmen wollen, 25 000 M. habe er bekommen und dafür einen Teilbetrag der ersten Hypothek von 100 000 M. verpfändet. Dann habe er weitere 80 000 M. als zweite Hypothek aufnehmen wollen, das habe jedoch abgelehnt werden müssen, weil er nicht Eigentümer der Grundstücke sei. Als weiter die Hypothekenregulierung nicht gelingen, sei die ganze Schuld auf den Gemeindevorstand geladen worden; nunmehr habe der Stank begonnen. Einzelne Herren der alten Fraktion sind als Mitglieder der betreffenden Kommissionen hierdurch unterrichtet gewesen, sie hätten aber Aufklärung in der Versammlung nicht geben wollen. Die Vertreter der Sozialdemokratie habe man einfach von der Vermählung ausgeschlossen, weil man fürchtete das Konzept könnte verdorben werden, denn diese hätten sich solche tatsächlichen Verdrehungen nicht gefallen lassen. Schöffe Sebertin gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß der Führer der alten Fraktion, Herr Konig, heute den Verhandlungen ferngeblieben sei, trotzdem er wisse, daß man über das Vergangene sprechen würde. Der Kirchenratsmitglied die zu gleicher Zeit stattfinde, brauchte er doch nicht beizuwohnen. Es sehe so aus, als ob er wisse. Genosse Laubmann gab bekannt, daß die große Masse der Bevölkerung das Gefühl habe, in dem Verhalten der alten Fraktion liege System. Die Ausführungen des Herrn Fechner bestätigten das, denn wenn man selbst von einer Sache nicht unterrichtet sei, könne man doch nicht Aufklärung geben. Ein weiterer Beweis sei, daß man die große Masse der Bürger, die Arbeiterschaft, von solchen Aktionen ausschließt. Die alte Fraktion sei zu neuen Sensationen gezwungen, weil sich die Folgen ihrer Bewegung gegen die Vertragsordnung bemerkbar machten. Das Mitglied der alten Fraktion, Gemeindevorsteher Klesin, gab die Erklärung ab, daß er nach all dem Gehörten vor einem Mittel stehe. Genosse Feuchel sprach nochmals die gebührende Angriffe gegen unsere Genossen in den Zeitungen und machte hierfür ebenfalls die alte Fraktion verantwortlich. Gemeindevorsteher Leichert, alte Fraktion, sprach sich wiederum dafür aus, daß die Sanitationsbeiträge und Gebühren auf die Allgemeinheit verteilt werden müßten, denn diese habe den Vorteil und nicht der Hausbesitzer. Im übrigen sei die Mehrheit an den jetzigen Zustand der Unzufriedenheit schuld. Das Tempo der sozialen Fürsorge habe der Hausbesitz nicht mehr mitmachen können, wenn er sich nicht selbst zugrunde richten wolle. Seine altbekannte Spielbäuerrede fand jedoch keinen Anklang. Wiederholt kam es in der Debatte zu Zusammenstößen zwischen dem Gemeindevorsteher Fechner und dem Beigeordneten Dr. Klamroth. Herr Fechner verlangte, daß der bezahlte Beamte sich in seinen Äußerungen „mehr Reserve“ auflege.

Reinickendorf.

Vorgeen unzüchtiger Handlungen an einem zehnjährigen Mädchen ist besagtem ein Barbiergehilfe verhaftet worden. In dem Barbiergehilfe von B. in der Schornweberstraße erschien vormittags ein zehnjähriges Mädchen mit ihrem dreijährigen Bruder, um dem Knaben die Haare schneiden zu lassen. Nachdem der allein anwesende Gehilfe Gähm die Arbeit ausgeführt hatte, schickte er den Kleinen unter irgend einem Vorwande hinaus und nahm dann mit dem Mädchen unzüchtige Handlungen vor. Als die Schallerin nach Hause kam, erzählte sie den Vorfall ihren Eltern. Auf deren Anzeige hin wurde der Friseurgehilfe verhaftet.

Pantow.

In der Gemeindevertretersitzung am Dienstag, der ersten nach längerer Sommerpause, widmete der Eintritt in die Tagesordnung der Bürgermeister dem vor kurzem plötzlich verstorbenen Gemeindevorsteher Pradel einen Nachruf. Eine lange und lebhafteste Debatte zeitigte dann zunächst das Projekt einer Neuorganisation der Kreis- und Spandauer und Wollanstädter. Zu einem positiven Resultat kam es jedoch noch nicht. Ein großer Teil der hier in Frage kommenden Anlieger hat sich geweigert, in die zur Herstellung einer breiten und schönen Verkehrsstraße notwendige Abtretung von entsprechenden Vorgartengelände an die Gemeinde zu willigen. In Rücksicht hierauf suchte das vorliegende Projekt ohne Inanspruchnahme von Vorgartengelände die Frage zu lösen. Da das Projekt aber nicht viel Beifall fand und erneut mit den Anliegern in Verhandlungen zu treten gewünscht wurde, verwies die Vertretung die Angelegenheit nochmals in die Kommissionen zurück. Die bessere Instandhaltung des umfangreichen und wertvollen Döbubankbestandes auf dem Hiesigste Wäldchen macht die Anstellung eines hierzu besonders geeigneten Wärtners notwendig; die Vertretung bewilligte die hierzu erforderlichen Mittel. — Sodann hatte sich die Vertretung mit einer Erweiterung des Kabeleines für das Elektrizitätswerk zu be-

schäftigen. Für die Verstärkung des Kabels in der Schloßstraße wurden 11 500 M. für ein Anschlußkabel in der Spandauer Straße 1700 M. bewilligt, welche Summen durch Anleihe gedeckt werden sollen. — Eine längere Debatte entpinn sich bei einer scheinbar unbedeutenden Vorlage, welche die Erneuerung der Einfriedigung der Pumpstation in der Spandauer Straße betraf. Dieser Vorlage lag eine merkwürdige Veranlassung zugrunde. Der im Frühjahr dieses Jahres neugewählte bürgerliche Gemeindevorsteher Raab hatte an der besagten bisherigen Einfriedigung Kritik geäußert, da diese sich nach seiner Meinung in einem so verdaulichen Zustand befand, daß es kein und der Mitbürger jener Gegend ästhetischen Gefühl gräßlich verletzete. Da Herr Raab offenbar zum Gemeindevorstand nicht das genügende Vertrauen besaß, daß seinen ästhetischen Beschwerden von dieser Seite abgeholfen werden würde, zog er es vor, sich in der Sache ohne diese Umstände beschwerde führend an den Landrat zu wenden, durch den dann der Gemeindevorstand erst Kenntnis von jenem Schandfleck Pantows erhielt. Was Herr Raab eigentlich veranlaßt hat, diesen seltsamen Weg zu wählen, ist zunächst noch sein Geheimnis, da er in der Sitzung leider nicht anwesend war. Der Gemeindevorstand fand mit seiner auf so eigenartige Weise entstandenen Vorlage zunächst wenig Gegenliebe. Ihre Erledigung wurde noch zurückgestellt, bis eine in nächster Zeit durch die Gesamtvertretung vorzunehmende Lokalsinspektion stattgefunden hat. — Zur Teilnahme am nächsten Brandenburgischen Städtetage, der am 9. und 10. September in Färstenwalde stattfindet, wurden außer Herrn Stadtrat Stawitz noch Herr Baad und Genosse Kubig gewählt. — Einem Besuch des hiesigen Wirtschuhhauses wurde durch Bewilligung eines laufenden jährlichen Beitrages von 300 M. stattgegeben, wofür der Gemeinde zwei Betten für Mutter und Kind dauernd zur Verfügung gestellt werden. — Dann gab der Bürgermeister noch bekannt, daß die Regierung für die gewerbliche Fortbildungsschule für das Jahr 1911 einen Beitrag von 5180 M., ferner auch bereits für 1912 einen solchen von 5128 M. bewilligt hat. — Hierauf geheime Sitzung.

Kallberge-Rüderdorf.

Die Gemeindevertretung bewilligte in ihrer letzten Sitzung die Kosten für Umpflasterung eines Teiles der Friedrichstraße sowie eines Teiles der Bergstraße im Betrage von 8500 M. und beschloß, die Umpflasterung baldigst vorzunehmen zu lassen. — Der Antrag des Lehrereins betr. Schaffung eines Lehrerzimmers wurde der Baukommission übergeben, die die Sache regeln soll. — Durch den Einsturz des alten Feuerwehrturmes, der seinerzeit infolge eines Bergsturzes auf dem Arminusbürgel erfolgte, ist die Errichtung eines neuen Feuersturmes notwendig geworden. Die Kosten hierzu werden bewilligt. Zunächst sollen jedoch noch wegen des Platzes, auf dem der Turm erbaut werden soll, mit dem Vorstände der freiwilligen Feuerwehr Verhandlungen gepflogen werden. — In der Straßenbahnsache wurde vom Schöffen Hermann Koppisch mitgeteilt, daß der Betrieb der Bahn voraussichtlich schon mit dem 1. Oktober d. J. eröffnet werden wird. Die neuen Wagen werden allerdings erst im Dezember geliefert, bis dahin werden zwei schon im Gebrauch gewesene, aus Halle a. S. billig gekaufte Wagen Verwendung finden. Der erste Zug soll 6.30 Uhr fahren, damit hiesige Arbeiter, die auswärts beschäftigt sind, ihre Arbeitsstelle rechtzeitig erreichen können. Der volle Tarif von Kallberge bis Friedrichshagen ist auf 40 Pf. festgesetzt, auf Kallberge entfallen davon 25 Pf. und auf Schöneiche 15 Pf., Monatskarten bis Schöneiche 7 M. und bis Friedrichshagen 12 M.

Protestversammlungen gegen die Teuerung.

In Friedenau, wo die Protestversammlung am Mittwoch stattfand, hatten sich trotz des regnerischen Wetters zahlreiche Versammlungsteilnehmer eingefunden. Die scharfe Kritik des Genossen Barth gegen die volksfeindliche Agrar- und Schutzpolitik fand lebhaften Beifall. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats.

Die Steglitzer Versammlung war von über 500 Personen, darunter zahlreichen Frauen, besucht. Das Referat des Genossen Albin Rohs wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In Königswinterhausen hatten sich 800 Personen eingefunden. Leider blieb die Versammlung ohne Referenten. Nach langem vergeblichen Warten stimmten die Versammelten einstimmig der vorgelegten Resolution zu.

Freireisende Gemeinde. Sonntag, den 8. September, vormittags 9 Uhr, Doppel-Abend 15/17, und Richard, Doppel-Abend: Freireisende Gemeinde, vormittags 11 Uhr, kleine Frankfurter Str. 6: Vortrag von Frau S. Altmann-Bronn, Kumbach: Arbeiterentwurf als ethischer und kulturhistorischer. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen. — Montagabend 8 Uhr: „Beliebte Versammlung“.

Arbeiter- und Wandervereine „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 8. September: Wanderung von Königs-Winterhausen nach Senz, Gadow, Dolgen- und Wolgastsee nach Königs-Winterhausen. Abfahrt vom Görl. Bahnhof früh 6 Uhr nach Königs-Winterhausen. Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Wanderfahrt am Sonntag, den 8. September, zum Schivelbein, Wittenberg, Uerowitz, Forthaus Schamerberg, Schivelbein, Nollitz, Reichenberg, Rappitz, Baumgartenbrunn, Wilsdorf, Wildpark. Abfahrt 8 Uhr Bahnhof Charlottenburg und 6.10 Uhr Bahnhof in Wannsee. Sonntag, den 15. September: Spree-Wanderfahrt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 49. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Nochmals die Abklärung, von R. Kautsky. — Das Delegationsrecht zum Parteitag, von Richard Bissin. — Verbrechen und Sozialismus, (Jugleich ein Beitrag zum Studium der Kriminalität in Deutschland.) Von Dr. B. A. Bongers (Schluß). — Staatliche Maßnahme zu den Reichstagswahlen, von Adamitich (Schluß). — Die Teuerung und die Berliner Arbeiter, von Emanuel Wurm.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporturen zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist soeben Nr. 25 des 22. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer seien hier hervor: Genossinnen, auf zum Kampfe gegen Teuerung und Hungernot! V. A. Luise Rieck. — Die Frauenarbeit in Deutschland, IV. — Ein sozialistischer „Wirtschreib“ in Stahlfabrik, von Luise Rieck. — Die Frau in der Industrie und Landwirtschaft Württemberg, VI. Son. m. — Gegen die „Schwestern“-Ausbeutung, von B. W. Groppe. — Aus der Bewegung: 130 371 weibliche Mitglieder auf insgesamt 970 000 Organisierte zählte die deutsche Sozialdemokratie am 30. Juni 1912. — Von der Agitation. — Aus den Organisationen. — Die sozialdemokratische Frauenbewegung in den Unterwertern. — Jahresberichte der Genossinnen in Steier und Böhmen. — Mit den Selbigen. — Für unsere Mütter und Hausfrauen“ und „Für unsere Kinder“.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Beleggeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

Von der „Wahren Jacob“ ist soeben die 19. Nummer des 23. Jahrgangs erschienen, die in einer größeren Zahl von Beiträgen dem Vemünftigen Parteitag der deutschen Sozialdemokratie gewidmet ist. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. G. B. Dieckhoff & Co. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Marktbericht von Berlin am 4. September 1912, nach Ermittlung des Königl. Preisprüfungsamts, Markthallenpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—30,00. Linen 35,00—70,00. Kartoffeln (Reinhandl.) 6,00—12,00. 1 Kilogramm Hühnerfleisch, von der Haut 1,80—2,40. Hühnerfleisch, 1,50—1,90. Schweinefleisch 1,80—2,40. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 3,00—6,00. 1 Kilogramm Rapsen 1,40—2,40. Haie 1,00—3,20. Sander 1,40—3,60. Hechte 1,40—2,80. Barbe 1,00—2,40. Schlei 1,50—3,20. Welse 0,80—1,60. 60 Stück Krebse 2,00—4,00.